

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 4. Januar 1963

7 — 80606 — 6271/62 —

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Allgemeinen
Abkommen vom 7. Dezember 1957 zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und dem
Königreich Belgien über Soziale Sicherheit

nebst Begründung, Abdruck des Abkommens, der Ersten, Zweiten und Dritten Zusatzvereinbarung, des Schlußprotokolls und des Zusatzprotokolls in deutscher und französischer Sprache sowie die Denkschrift zum Abkommen, zu den Zusatzvereinbarungen, zum Schlußprotokoll und zum Zusatzprotokoll.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 252. Sitzung am 21. Dezember 1962 beschlossen, gegen den Entwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Blank

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Allgemeinen Abkommen vom 7. Dezember 1957
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Belgien
über Soziale Sicherheit nebst Schlußprotokoll,
der Ersten, Zweiten und Dritten Zusatzvereinbarung
und dem Zusatzprotokoll zu dem Abkommen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 7. Dezember 1957 unterzeichneten Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit nebst Schlußprotokoll, den folgenden, an demselben Tage unterzeichneten Zusatzvereinbarungen:

Erste Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit vom 7. Dezember 1957 über die Soziale Sicherheit der Grenzgänger,

Zweite Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit vom 7. Dezember 1957 über die Soziale Sicherheit der knappschäftlich versicherten Arbeitnehmer,

Dritte Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit vom 7. Dezember 1957 über die Zahlung von Renten für die Zeit vor dem Inkrafttreten des Abkommens

sowie dem in Bonn am 10. November 1960 unterzeichneten Zusatzprotokoll zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit vom 7. Dezember 1957, zur Dritten Zusatzvereinbarung und zum Schlußprotokoll zu dem Allgemeinen Abkommen vom 7. Dezember 1957 wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß auf die von der Verordnung Nr. 3 des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer vom 25. September 1958 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 30 Seite 561/58, abgedruckt im Bundesgesetzbl. 1959 II S. 473) erfaßten Personen das Vertragswerk nur im Rahmen des Artikels 6 Abs. 2 Buchstaben c und e der genannten Verordnung anzuwenden ist. Das Abkommen, das Schlußprotokoll, die Zusatzvereinbarungen und das Zusatzprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Ergeben sich aus der Durchführung des Abkommens für einzelne Träger der Krankenversicherung außergewöhnliche Belastungen, so können diese ganz oder teilweise ausgeglichen werden. Über den Ausgleich entscheidet auf Antrag der Bundesverband der Ortskrankenkassen; vor der Entscheidung

sind die anderen Spitzenverbände der Krankenversicherungen zu hören. Die zur Durchführung des Ausgleichs erforderlichen Mittel werden durch Umlage auf sämtliche Träger der Krankenversicherung im Verhältnis der durchschnittlichen Mitgliederzahl des Vorjahres einschließlich der Rentner aufgebracht.

Artikel 3

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zur Durchführung des Abkommens, des Schlußprotokolls zu dem Abkommen und der Zusatzvereinbarungen

- a) Träger der Sozialversicherung oder Verbände solcher Träger als Verbindungsstellen bestimmen, ihre Aufgaben abgrenzen und die Aufsicht regeln,
- b) den Personen, auf die das Abkommen und die Zusatzvereinbarungen anzuwenden sind, die Vorlage von Formblättern, ärztlichen Bescheinigungen und anderen Schriftstücken sowie die Einhaltung von Fristen und die Beachtung von Meldevorschriften auferlegen.

Artikel 4

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1).

Artikel 5

- (1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1959 in Kraft.
- (2) Die Tage, an denen
 - das Allgemeine Abkommen nach seinem Artikel 57 Abs. 2 in der Fassung des Artikels 2 des Zusatzprotokolls,
 - das Schlußprotokoll nach seinem Artikel 8 Abs. 2,
 - die Erste Zusatzvereinbarung nach ihrem Artikel 15 Abs. 2,
 - die Zweite Zusatzvereinbarung nach ihrem Artikel 11 Abs. 2,
 - die Dritte Zusatzvereinbarung nach ihrem Artikel 9 Abs. 2 und
 - das Zusatzprotokoll nach seinem Artikel 3 Abs. 2

in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Abkommen, das Schlußprotokoll, die Zusatzvereinbarungen und das Zusatzprotokoll bedürfen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung bezieht sich nicht auf die Teile der Vereinbarungen, in denen eine Materie geregelt ist, für die die Rechtssetzungsbefugnis den Organen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) übertragen wurde und von dieser in Anspruch genommen worden ist; die gemäß Artikel 7 der Verordnung Nr. 3 des Rates der EWG bei den Mitgliedsstaaten verbliebenen Kompetenzen sind nicht berührt.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Verwaltungsverfahren geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung gibt die Möglichkeit, außergewöhnliche Belastungen auszugleichen, die durch das Abkommen entstehen können. Die Entscheidung des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen unterliegt gegebenenfalls der Nachprüfung durch die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung ermächtigt den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, mit Zustimmung des Bundesrates die notwendigen Rechtsverordnungen zur Durchführung des Abkommens, des Schlußprotokolls und der Zusatzvereinbarungen zu erlassen.

Zu Artikel 4

Das Abkommen, das Schlußprotokoll, die Zusatzvereinbarungen und das Zusatzprotokoll sowie die nach Artikel 3 dieses Gesetzes zu erlassenden Rechtsverordnungen sollen auch für das Land Berlin gelten; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 sind die Zeitpunkte, in denen das Abkommen, das Schlußprotokoll, die Zusatzvereinbarungen und das Zusatzprotokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

**Allgemeines Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Belgien
über Soziale Sicherheit**

**Convention générale de Sécurité sociale
entre la République Fédérale d'Allemagne
et le Royaume de Belgique**

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER,

VON DEM WUNSCH GELEITET, die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiete der Sozialen Sicherheit zu regeln,

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, ein Abkommen zu schließen, und haben hierfür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Heinrich von Brentano,
Bundesminister des Auswärtigen,

Theodor Blank,
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,

Seine Majestät der König der Belgier
Baron de Gruben,
Ambassadeur du Royaume de Belgique,

Léon Eli Troclet,
Ministre du Travail et de la Prévoyance Sociale,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befindenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Bundesrepublik“
die Bundesrepublik Deutschland,
„Belgien“
das Königreich Belgien;
2. „Gebiet“
in bezug auf die Bundesrepublik den Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
in bezug auf Belgien das Gebiet des Mutterlandes;
3. „Staatsangehöriger“
in bezug auf die Bundesrepublik einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

et

SA MAJESTÉ LE ROI DES BELGES,

ANIMÉS DU DÉSIR de régler les relations réciproques entre les deux Parties dans le domaine de la Sécurité sociale,

ONT RÉSOLU de conclure une Convention et, à cet effet, ont désigné comme leurs Plénipotentiaires:

Le Président de la République Fédérale d'Allemagne
Dr. Heinrich von Brentano,
Bundesminister des Auswärtigen,

Theodor Blank,
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,

Sa Majesté le Roi des Belges
Baron de Gruben,
Ambassadeur du Royaume de Belgique,

Léon Eli Troclet,
Ministre du Travail et de la Prévoyance Sociale,

lesquels, après avoir échangé leurs pouvoirs reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Titre I^{er}

Dispositions Générales

Article 1

Pour l'application de la présente Convention, le terme:

1. « République fédérale »
désigne la République fédérale d'Allemagne;
« Belgique »
désigne le Royaume de Belgique;
2. « territoire » désigne,
en ce qui concerne la République fédérale, le champ d'application de la Loi Fondamentale de la République fédérale;
en ce qui concerne la Belgique, le territoire métropolitain;
3. « ressortissant » désigne,
en ce qui concerne la République fédérale, un Allemand au sens de la loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;

- in bezug auf Belgien einen belgischen Staatsangehörigen und einen Eingeborenen von Ruanda-Urundi;
4. „Rechtsvorschriften“
die in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften, die in dem Gebiet oder in einem Teil des Gebietes eines Vertragsstaates in Kraft sind;
5. „Zuständige Behörde“
in bezug auf die Bundesrepublik den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,
in bezug auf Belgien den Minister, zu dessen Aufgabenbereich die Soziale Sicherheit gehört;
6. „Träger“
in bezug auf die Bundesrepublik die Einrichtung oder die Behörde, die mit der Durchführung der in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon betraut ist,
in bezug auf Belgien die mit der Durchführung der in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften betrauten Behörden, Körperschaften des öffentlichen Rechts und privaten Einrichtungen;
7. „Deutscher Träger“
einen Träger, der im Gebiet der Bundesrepublik seinen Sitz hat; als solcher gilt auch die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf,
„Belgischer Träger“
einen Träger, der in Belgien seinen Sitz hat;
8. „Versicherter“, „gegen Entgelt beschäftigter Arbeitnehmer“, „Gleichgestellter“, „Leistungsempfänger“, „Berechtigter“, „Angehöriger“ und „Familienangehöriger“
die als solche von den anzuwendenden Rechtsvorschriften bezeichneten Personen;
9. „Beschäftigung“
eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;
10. „Beitragszeit“
eine Zeit, für die Beiträge nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates entrichtet worden sind oder als entrichtet gelten;
11. „Gleichgestellte Zeit“
in bezug auf die Bundesrepublik folgende Zeiten, die den Beitragszeiten gleichgestellt sind:
a) für die Erfüllung der Wartezeit und für die Berechnung der Leistungen die „Ersatzzeiten“,
b) für die Berechnung der Leistungen die „Ausfallzeiten“,
c) für die Berechnung der Invaliditätsrente die „Zurechnungszeit“,
in bezug auf Belgien eine Zeit, die nach den anzuwendenden belgischen Rechtsvorschriften als den Beitragszeiten gleichwertig anerkannt ist;
12. „Leistung“ und „Rente“
eine Leistung oder Rente einschließlich aller Zuschläge und Zuschüsse;
- in ce qui concerne la Belgique, une personne de nationalité belge, ainsi qu'un autochtone du Ruanda-Urundi;
4. « législation » désigne,
suivant le contexte, les lois et règlements énumérés à l'article 2 ci-dessous et en vigueur sur le territoire ou dans une partie quelconque du territoire de l'une ou de l'autre des Parties contractantes;
5. « autorité compétente » désigne,
en ce qui concerne la République fédérale, le Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung;
en ce qui concerne la Belgique, le Ministre qui a la sécurité sociale dans ses attributions;
6. « organisme » désigne,
en ce qui concerne la République fédérale, l'organisme ou l'autorité chargé de l'exécution des législations désignées à l'article 2 ou une partie de celles-ci;
en ce qui concerne la Belgique, les organismes publics, les organismes d'intérêt public, les organismes privés chargés de l'exécution des législations énumérées à l'article 2;
7. « organisme allemand » désigne,
un organisme ayant son siège sur le territoire de la République fédérale; est également considéré comme tel la « Bundesversicherungsanstalt für Angestellte » à Berlin-Wilmersdorf;
« organisme belge » désigne,
un organisme ayant son siège en Belgique;
8. « assuré », « travailleur salarié », « travailleur assimilé à un salarié », « bénéficiaire », « titulaire », « ayant droit » et « membre de la famille » désignent,
les personnes définies comme telles par la législation dont il est fait application;
9. « occupation » désigne,
une occupation ou une activité au sens des législations applicables;
10. « période de cotisation » désigne,
suivant le contexte, une période pour laquelle des cotisations ont été versées ou sont considérées comme étant versées selon la législation d'une Partie contractante;
11. « période assimilée » désigne,
pour la République fédérale, les périodes suivantes qui sont assimilées aux périodes de cotisation:
a) pour l'accomplissement du stage et le calcul des prestations, les « Ersatzzeiten »,
b) pour le calcul des prestations, les « Ausfallzeiten »,
c) pour le calcul de la pension d'invalidité, la « Zurechnungszeit », et
pour la Belgique, une période considérée comme équivalente à une période de cotisation par la législation belge dont il est fait application;
12. « prestation », « pension » ou « rente » désigne
une prestation ou pension, y compris tous les suppléments et subventions;

13. „Invaliditätsrente“

in bezug auf die Bundesrepublik die Rente, die nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherungen wegen Berufsunfähigkeit oder wegen Erwerbsunfähigkeit eines Versicherten gewährt wird, einschließlich der Bergmannsrente wegen verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit,

in bezug auf Belgien die Invaliditätsrente oder Invaliditätsentschädigung im Sinne der anzuwendenden belgischen Rechtsvorschriften;

14. „Altersrente“

in bezug auf die Bundesrepublik das Ruhegeld einschließlich der Bergmannsrente, die nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherungen nach Vollendung eines bestimmten Lebensalters eines Versicherten gewährt werden,

in bezug auf Belgien die Altersrente oder das Ruhegeld im Sinne der anzuwendenden belgischen Rechtsvorschriften;

15. „Hinterbliebenenrente“

in bezug auf die Bundesrepublik die Witwen-, Witwer- und Waisenrente sowie die Rente an eine frühere Ehefrau oder an einen früheren Ehemann, die nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherungen gewährt wird,

in bezug auf Belgien die den Hinterbliebenen des Versicherten zu gewährenden Witwen-, Witwer- und Waisenrenten im Sinne der anzuwendenden belgischen Rechtsvorschriften;

16. „Arbeitsunfall“

jedes Ereignis, das als solches im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften angesehen wird;

17. „Schiff“

in bezug auf die Bundesrepublik ein Seefahrzeug, das nach Maßgabe der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik die Bundesflagge führt,

in bezug auf Belgien jedes in Belgien eingetragene Schiff sowie jedes zu gewinnbringenden Zwecken für die Seeschifffahrt armierte und unter belgischer Flagge fahrende Handelsschiff und Fischereifahrzeug;

18. „Luftfahrzeug“

in bezug auf die Bundesrepublik ein Luftfahrzeug, das in das Verzeichnis der deutschen Luftfahrzeuge (Luftfahrzeugrolle) eingetragen ist,

in bezug auf Belgien ein Luftfahrzeug, das in Belgien eingetragen ist.

13. «pension d'invalidité» désigne

en ce qui concerne la République fédérale, la pension accordée en raison d'une incapacité professionnelle ou en raison d'une incapacité de gain de l'assuré, selon la législation de la République fédérale relative aux assurances-pension y compris la pension pour réduction partielle de la capacité professionnelle en tant qu'ouvrier mineur;

en ce qui concerne la Belgique, la pension d'invalidité ou l'indemnité d'invalidité telle qu'elle est défini par la législation belge dont il est fait application;

14. «pension de vieillesse» désigne,

en ce qui concerne la République fédérale, la pension de retraite y compris la pension des ouvriers mineurs, accordée selon la législation de la République fédérale relative aux assurances-pension à un assuré qui a atteint un âge déterminé;

en ce qui concerne la Belgique, la pension de vieillesse ou de retraite, telle qu'elle est définie par la législation belge dont il est fait application;

15. «pension de veuve» (veuf) et «pension d'orphelin» désignent,

pour la République fédérale, la pension de veuve (veuf) et d'orphelin, ainsi que la pension à une ancienne épouse ou à un ancien époux, allouées conformément à la législation allemande relative à l'assurance-pension, et

pour la Belgique, la pension aux veuves (veufs) ou orphelins accordée aux survivants d'un assuré, selon la législation belge dont il est fait application;

16. «accident du travail» désigne,

tout événement considéré comme tel au sens de la législation dont il est fait application;

17. «bateau» désigne,

en ce qui concerne la République fédérale, un bâtiment de mer qui, conformément à la législation de la République fédérale, navigue sous le pavillon fédérale,

en ce qui concerne la Belgique, tout bateau immatriculé en Belgique et tout navire de commerce ou de pêche armé sous pavillon belge en vue d'une expédition maritime à but lucratif;

18. «aéronef» désigne,

en ce qui concerne la République fédérale, un aéronef immatriculé dans le registre des aéronefs allemands (Luftfahrzeugrolle),

en ce qui concerne la Belgique, un aéronef immatriculé en Belgique.

Artikel 2

(1) Dieses Abkommen bezieht sich auf die Rechtsvorschriften

1. in der Bundesrepublik über

a) die Krankenversicherung (Versicherung für den Fall der Krankheit, der Mutterschaft und des Todes — Sterbegeld),

b) die Unfallversicherung (Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten),

Article 2

(1) Les législations auxquelles s'applique la présente Convention sont:

1. dans la République fédérale d'Allemagne

a) la législation relative à l'assurance-maladie (assurances maladie, maternité et décès — indemnité funéraire);

b) la législation relative à l'assurance-accidents (assurance contre les accidents du travail et les maladies professionnelles);

- c) die Rentenversicherung der Arbeiter, die Rentenversicherung der Angestellten, die knappschafliche Rentenversicherung und die im Saarland bestehende hüttenknappschafliche Pensionsversicherung (Versicherungen für den Fall der Berufsunfähigkeit oder der Erwerbsunfähigkeit, des Alters und des Todes — Renten),
- d) das Kindergeld an Arbeitnehmer und das im Saarland an Arbeitnehmer zu gewährende Frauen- oder Unterhaltsgeld;

2. in Belgien über

- a) die Versicherung der Arbeiter, der Angestellten, der Bergleute und ihnen Gleichgestellten sowie der Seeleute der Handelsmarine für den Fall der Krankheit und der Invalidität,
- b) die Versicherung der Arbeiter, der Angestellten, der Bergleute und ihnen Gleichgestellten sowie der Seeleute der Handelsmarine für den Fall des Alters und des vorzeitigen Todes einschließlich der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenrenten,
- c) die Entschädigung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten einschließlich der Rechtsvorschriften für Seeleute und einschließlich der Bestimmungen über die Erhöhung der Entschädigungsleistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten,
- d) die Entschädigung von Arbeitsunfällen, die durch ein Kriegsereignis verursacht worden sind,
- e) die Familienbeihilfen an Arbeitnehmer.

(2) Soweit nicht die Absätze 3 und 4 etwas anderes bestimmen, bezieht sich das Abkommen auch auf alle Rechtsvorschriften, welche die in Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften zusammenfassen, ändern oder ergänzen.

(3) Das Abkommen bezieht sich auch

- a) auf Rechtsvorschriften über einen neuen Zweig der Sozialen Sicherheit, wenn die beiden Vertragsstaaten dies vereinbaren,
- b) auf Rechtsvorschriften, die das bestehende Recht auf neue Personengruppen ausdehnen, sofern nicht hiergegen von der Regierung eines Vertragsstaates innerhalb von drei Monaten nach Eingang der in Artikel 46 Abs. 3 Buchstabe b vorgesehenen Mitteilung bei der Regierung des anderen Staates Einwendungen erhoben werden.

(4) Dieses Abkommen findet auf Änderungen der in Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften, die sich aus zwischenstaatlichen Abkommen über Soziale Sicherheit ergeben, nur Anwendung, wenn die beiden Vertragsstaaten dies vereinbaren.

Artikel 3

(1) Dieses Abkommen gilt nur für

- a) Staatsangehörige der Vertragsstaaten, und zwar auch dann, wenn sie als Hinterbliebene ihr Recht von einer Person ableiten, die nicht Staatsangehöriger eines Vertragsstaates war,

- c) les législations relatives à l'assurance-pension des ouvriers, à l'assurance-pension des employés, à l'assurance-pension des mineurs et à l'assurance-incapacité professionnelle dans la sidérurgie de la Sarre (Hüttenknappschafliche Pensionsversicherung) (assurance contre l'incapacité de gain ou l'incapacité professionnelle, la vieillesse et le décès-pension);
- d) la législation relative aux allocations familiales (Kindergeld) aux travailleurs salariés et aux allocations pour l'épouse ou aux allocations d'entretien accordées aux travailleurs salariés en Sarre;

2. en Belgique

- a) les législations relatives à l'assurance maladie-invalidité des ouvriers, des employés, des ouvriers mineurs et assimilés et des marins de la marine marchande;
- b) les législations relatives à l'assurance en vue de la vieillesse et du décès prématuré des ouvriers, des employés, des ouvriers mineurs et assimilés, ainsi que des marins de la marine marchande, y compris les pensions complémentaires de vieillesse et de survivants;
- c) les législations relatives à la réparation des dommages résultant des accidents du travail et des maladies professionnelles, y compris la législation applicable aux gens de mer et les dispositions majorant les indemnités de réparation des accidents du travail et des maladies professionnelles;
- d) la législation relative à la réparation des dommages résultant des accidents du travail dans les causes desquels est intervenu un fait de guerre;
- e) la législation relative aux allocations familiales pour travailleurs salariés;

(2) Sous réserve des dispositions des paragraphes 3 et 4 ci-dessous, la Convention s'applique également à tous les lois et règlements qui codifient, modifient ou complètent les législations énumérées au paragraphe 1 du présent article.

(3) La Convention s'applique également:

- a) aux lois ou règlements couvrant une branche nouvelle de la sécurité sociale, si un accord à cette fin est intervenu entre les deux Parties contractantes;
- b) aux lois ou règlements qui étendent les régimes existants à de nouvelles catégories de personnes, à moins d'opposition notifiée par le Gouvernement d'une Partie contractante au Gouvernement de l'autre Partie, dans les trois mois prévus au paragraphe 3 alinéa b, de l'article 46.

(4) La présente Convention ne s'applique aux modifications apportées aux législations visées au paragraphe 1 ci-dessus par des Conventions internationales de sécurité sociale, que si les deux Parties contractantes en décident ainsi.

Article 3

(1) La présente Convention s'applique:

- a) aux ressortissants des deux Parties contractantes, y compris les survivants dont le droit dérive d'une personne qui n'avait pas la nationalité d'un Etat contractant;

- b) Hinterbliebene, die nicht Staatsangehörige eines Vertragsstaates sind, soweit sie ihr Recht von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaates ableiten,

soweit nicht die Artikel 5, 6 und 7 etwas anderes bestimmen.

(2) Die in Absatz 1 Buchstabe a genannten Staatsangehörigen eines Vertragsstaates und ihre in Absatz 1 Buchstabe b genannten Hinterbliebenen sind in ihren Rechten und Pflichten aus den Rechtsvorschriften des anderen Staates dessen Staatsangehörigen gleichgestellt, soweit nicht dieses Abkommen etwas anderes bestimmt.

Artikel 4

(1) Machen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Entstehung von Ansprüchen oder die Gewährung von Leistungen oder Leistungsteilen vom Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt abhängig, so finden diese Rechtsvorschriften auf Personen, die im Gebiet des anderen Staates ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, keine Anwendung, soweit nicht in diesem Abkommen etwas anderes bestimmt ist.

(2) Absatz 1 gilt in bezug auf die Familienbeihilfen nur

- a) für die besonderen Familienbeihilfen, die nach den belgischen Rechtsvorschriften für Kinder von Rentenberechtigten und beim Tod des Ernährers der Familie zu gewähren sind,
- b) für das Kindergeld, das nach den deutschen Rechtsvorschriften für Kinder der Empfänger von Renten aus den in Artikel 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b und c genannten Versicherungen zu gewähren ist.

(3) Machen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates über die Entschädigung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten die Gewährung von Leistungen an Staatsangehörige dieses Staates, die sich im Ausland befinden, davon abhängig, daß der Berechtigte dem leistungspflichtigen Träger seinen Aufenthaltsort mitteilt oder sich auf Verlangen dieses Trägers von Zeit zu Zeit bei einem von diesem zu bezeichnenden Träger vorstellt, so gelten diese Bestimmungen auch für Personen, die im Gebiet des anderen Staates wohnen.

Artikel 5

(1) Soweit nicht in den Artikeln 6 bis 8 etwas anderes bestimmt ist, unterliegen Personen, die im Gebiet eines Vertragsstaates beschäftigt sind sowie deren Arbeitgeber den Rechtsvorschriften dieses Staates; dies gilt auch dann, wenn der Arbeitgeber sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet oder dort seinen Sitz hat.

(2) Dieser Artikel gilt ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der betreffenden Personen.

Artikel 6

(1) Wird eine Person, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet eines Vertragsstaates hat und bei einem Arbeitgeber beschäftigt ist, der dort einen Betriebssitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, im Laufe ihrer Beschäftigung zur Arbeitsleistung in das Gebiet des anderen Staates entsandt, so finden die Rechtsvorschriften des ersten Staates für die Dauer von zwei Jahren, beginnend mit dem Tag der Ankunft im Gebiet des zweiten Staates, auf sie und ihren Arbeitgeber Anwendung, als ob diese Person im Gebiet des ersten Staates beschäftigt wäre. Wird ihre Beschäftigung im Gebiet des zweiten Staates über diesen Zeitraum hinaus fortgesetzt, so fin-

- b) aux survivants qui n'ont pas la nationalité d'un État contractant pour autant que leur droit dérive d'un ressortissant d'un État contractant,

sous réserve des articles 5, 6 et 7.

(2) Les ressortissants de l'une des Parties contractantes visés au par. 1 a, et leurs survivants visés au par. 1 b, sont admis au bénéfice et soumis aux obligations de la législation de l'autre Partie contractante, dans les mêmes conditions que les ressortissants de cette Partie, pour autant que la présente Convention ne contienne pas de dispositions dérogatoires.

Article 4

(1) Si la législation de l'une des Parties contractantes subordonne le droit à certaines prestations ou à certains éléments de prestations, ou subordonne leur octroi à des conditions de domicile ou de résidence, celles-ci ne sont pas opposables aux personnes qui ont leur domicile ou leur résidence sur le territoire de l'autre Partie, à moins que la présente Convention n'en dispose autrement.

(2) Toutefois, en ce qui concerne les allocations, le paragraphe 1 ne s'applique qu'aux allocations suivantes:

- a) conformément à la législation belge, les allocations spéciales pour les enfants des bénéficiaires de rente ou de pension et en cas de décès du soutien de famille;
- b) les allocations d'enfants qui conformément à la législation allemande, sont accordées pour les enfants des bénéficiaires de rente ou pension en vertu des législations énumérées aux b et c de l'alinéa 1 de l'article 2.

(3) Si la législation de l'une des Parties contractantes relative aux accidents du travail (maladies professionnelles) subordonne l'octroi des prestations à des ressortissants de cette Partie qui se trouvent à l'étranger à la condition que le bénéficiaire notifie son lieu de séjour à l'organisme débiteur ou que, à la demande de cet organisme, il se présente à des dates déterminées à un organisme qu'il a désigné, ces dispositions s'appliquent également aux personnes qui résident sur le territoire de l'autre Partie.

Article 5

(1) Pour autant que les articles 6 à 8 n'en disposent autrement, les personnes occupées sur le territoire de l'une des Parties contractantes sont, ainsi que leur employeur, soumis à la législation de cette Partie; ceci s'applique également lorsque le siège de l'entreprise, ou l'employeur, est établi sur le territoire de l'autre Partie contractante.

(2) Les dispositions du présent article sont d'application, quelle que soit la nationalité des intéressés.

Article 6

(1) Si une personne qui a sa résidence sur le territoire de l'une des Parties et qui est au service d'un employeur y ayant un établissement ou y résidant, est détachée sur le territoire de l'autre Partie pour y exercer une occupation, la législation de la première Partie lui est applicable ainsi qu'à son employeur, pendant une période de deux années à partir de la date d'entrée sur le territoire de la seconde Partie, comme si elle était occupée sur le territoire de la première Partie. Si cette occupation sur le territoire de la seconde Partie se prolonge au delà de cette période, la législation de la première Partie continue à être appliquée, à la condition que l'employeur en

den die Rechtsvorschriften des ersten Staates weiter Anwendung, sofern der Arbeitgeber dies für einen bestimmten Zeitraum, spätestens vier Wochen vor Ablauf der zwei Jahre beantragt hat und die zuständige Behörde des zweiten Staates oder die von ihr bestimmte Stelle im Benehmen mit der zuständigen Behörde des ersten Staates oder der von ihr bestimmten Stelle zustimmt. Überschreitet die Beschäftigung im Gebiet des zweiten Staates den von der zuständigen Behörde dieses Staates oder der von ihr bestimmten Stelle genehmigten Zeitraum, so finden mit Ablauf dieses Zeitraumes die Rechtsvorschriften des zweiten Staates Anwendung.

(2) Für die Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften gilt Absatz 1 entsprechend, wenn eine Person, die im Gebiet der Bundesrepublik selbständig erwerbstätig ist, in Ausübung dieses Erwerbs in Belgien tätig wird.

(3) Wird ein Betrieb durch die Grenze der Vertragsstaaten getrennt, so finden auf die in diesem Betrieb beschäftigten Personen die Rechtsvorschriften des Staates Anwendung, in dem der Betrieb seinen Sitz hat.

(4) Personen, die von einem Eisenbahn- oder Straßen-transportunternehmen, das seinen Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates hat, bald auf dem Gebiet des einen, bald auf dem Gebiet des anderen Staates beschäftigt werden, unterliegen den Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen seinen Sitz hat.

(5) Die Mitglieder des fliegenden Personals eines Luftfahrtunternehmens, das seinen Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates hat, unterliegen den Rechtsvorschriften dieses Staates.

(6) Dieser Artikel gilt ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der betreffenden Personen.

Artikel 7

(1) Die Besatzung eines Schiffes eines Vertragsstaates unterliegt den Rechtsvorschriften dieses Staates. Personen, die in einem Hafen eines Vertragsstaates mit dem Laden, Löschen oder der Ausbesserung eines Schiffes des anderen Staates oder mit der Beaufsichtigung solcher Arbeiten beschäftigt werden, unterliegen den Rechtsvorschriften des Staates, zu dessen Gebiet der Hafen gehört.

(2) Erhält eine Person, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet eines Vertragsstaates hat und vorübergehend an Bord eines Schiffes des anderen Staates beschäftigt ist, ihr Entgelt für diese Beschäftigung von einer Person oder einem Unternehmen, die ihren Betriebssitz im Gebiet des ersten Staates haben und nicht Eigentümer des Schiffes sind, so finden auf diese Personen die Rechtsvorschriften des ersten Staates Anwendung, als ob das Schiff ein Schiff dieses Staates wäre. Die Person oder das Unternehmen, die das Entgelt zahlen, gilt als Arbeitgeber im Sinne dieser Rechtsvorschriften.

(3) Dieser Artikel gilt ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der betreffenden Personen.

Artikel 8

(1) Dieses Abkommen findet keine Anwendung auf Angehörige des Höheren Auswärtigen Dienstes.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 gilt folgendes:

1. Wird ein deutscher Staatsangehöriger im Dienst der Bundesrepublik in Belgien beschäftigt, und hat er sich dort nicht dauernd niedergelassen, so finden die deutschen Rechtsvorschriften auf ihn Anwendung.

ait fait la demande pour une période déterminée, au plus tard 4 semaines avant l'expiration des deux années et que l'autorité compétente de la seconde Partie, ou l'organisme désigné par elle, ait donné son accord après consultation de l'autorité compétente de la première Partie, ou de l'organisme désigné par elle. Si cette occupation sur le territoire de la seconde Partie se prolonge au delà de la période pour laquelle l'autorité compétente de cette Partie, ou l'organisme désigné par elle, a donné son accord, la législation de la seconde Partie s'applique après l'expiration de ladite période.

(2) Pour l'application de la législation de la République fédérale, les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent, par analogie, à une personne qui, exerçant une activité indépendante sur le territoire de la République fédérale, est occupée en Belgique dans le cadre de cette activité.

(3) Lorsqu'une entreprise est traversée par la frontière des deux Parties contractantes, les personnes occupées par cette entreprise sont soumises uniquement à la législation de la Partie sur le territoire de laquelle l'entreprise a son siège.

(4) Si les personnes au service d'une entreprise de transport ferroviaire ou routier ayant son siège sur le territoire d'une Partie contractante, sont occupées tantôt sur le territoire de l'une des Parties, tantôt sur le territoire de l'autre, elles sont soumises à la législation de la Partie où l'entreprise a son siège.

(5) Le personnel de bord d'une entreprise de transport aérien ayant son siège sur le territoire d'une Partie contractante est soumis à la législation de cette Partie.

(6) Les dispositions du présent article sont d'application, quelle que soit la nationalité des intéressés.

Article 7

(1) L'équipage d'un bateau d'une Partie contractante est soumis à la législation de cette Partie. Toutefois, les personnes occupées dans un port d'une Partie contractante à des travaux de chargement, de déchargement ou de réparation d'un bateau de l'autre Partie contractante, ou à la surveillance de pareils travaux, sont soumises à la législation de la Partie à laquelle le port appartient.

(2) Si une personne, qui a sa résidence sur le territoire d'une Partie contractante et est occupée temporairement à bord d'un bateau de l'autre Partie, est rémunérée à ce titre par une personne ou une entreprise, qui n'est pas propriétaire du bateau, mais qui a son siège sur le territoire de la première Partie, elle est soumise à la législation de cette première Partie, comme s'il sagissait d'un bateau de cette première Partie. La personne ou l'entreprise qui paie la rémunération est considérée comme l'employeur pour l'application de ladite législation.

(3) Les dispositions du présent article sont d'application, quelle que soit la nationalité des intéressés.

Article 8

(1) La présente Convention n'est pas applicable aux agents diplomatiques et consulaires de carrière.

(2) Sous réserve des dispositions du paragraphe 1, les dispositions suivantes sont applicables:

1. le ressortissant allemand qui, étant au service de la République fédérale, est occupé sur le territoire de la Belgique et ne s'est pas établi définitivement sur ce territoire, est soumis à la législation de la République fédérale;

2. Wird ein belgischer Staatsangehöriger im Dienst des Königreichs Belgien im Gebiet der Bundesrepublik beschäftigt, und hat er sich dort nicht dauernd niedergelassen, so finden die belgischen Rechtsvorschriften auf ihn Anwendung.
 3. Wird ein Angehöriger des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Staates von einem Angehörigen einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung des ersten Staates in persönlichen Diensten beschäftigt, so kann er innerhalb von drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung oder nach dem Inkrafttreten des Abkommens, je nachdem, welcher Zeitpunkt später liegt, wählen, ob die Rechtsvorschriften des ersten Staates oder diejenigen des zweiten Staates auf ihn anzuwenden sind. Das Wahlrecht kann am Ende jedes Kalenderjahres neu ausgeübt werden.
 4. Wird ein Angehöriger eines Vertragsstaates, auf den die Nummern 1 und 2 keine Anwendung finden, oder der von dem Wahlrecht nach Nummer 3 keinen Gebrauch gemacht hat, von einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung eines Vertragsstaates im Gebiet des anderen Staates beschäftigt oder von einem Angehörigen einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung des ersten Staates im Gebiet des zweiten Staates in persönlichen Diensten beschäftigt, so finden auf ihn die Rechtsvorschriften des Staates Anwendung, in dessen Gebiet er beschäftigt ist.
 5. Finden auf einen deutschen Staatsangehörigen, der in Belgien beschäftigt ist, nach Nummer 1 oder 3 die deutschen Rechtsvorschriften Anwendung, so sind sie mit Ausnahme der in Artikel 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe c genannten Rechtsvorschriften so anzuwenden, als ob die betreffende Person im Gebiet und an dem Ort beschäftigt wäre, an dem die Regierung der Bundesrepublik ihren Sitz hat.
 6. Die Nummern 3 und 4 gelten nicht für einen Angehörigen eines Vertragsstaates, der von einem Wahlkonsul beschäftigt wird.
2. le ressortissant belge qui, étant au service du Royaume de Belgique, est occupé sur le territoire de la République fédérale et ne s'est pas établi définitivement sur ce territoire, est soumis à la législation belge;
 3. le ressortissant d'une Partie contractante qui est occupé sur le territoire de l'autre Partie, à titre personnel, par un agent diplomatique ou consulaire de la première Partie, peut, dans les trois mois du commencement de son occupation, opter entre l'application de la législation de la première Partie et l'application de la législation de la seconde Partie; si l'occupation existait déjà à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, la période de trois mois commence à courir à partir de cette date. Le droit d'option peut être exercé de nouveau à la fin de chaque année civile;
 4. tout ressortissant de l'une des Parties contractantes auquel les dispositions des alinéas 1 et 2 ne s'appliquent pas ou qui n'a pas fait valoir son droit d'option en vertu de l'alinéa 3 et qui est occupé par une représentation diplomatique ou consulaire d'une Partie contractante sur le territoire de l'autre Partie ou, à titre personnel, par un agent diplomatique ou consulaire de la première Partie, est soumis à la législation de la Partie sur le territoire de laquelle il est occupé;
 5. lorsque, en vertu des alinéas 1 ou 3, la législation allemande est applicable à un ressortissant allemand qui est occupé en Belgique, elle l'est à l'exception des dispositions visées à l'article 2 par. 1 alinéa 1 litt. c, comme si la personne intéressée était occupée sur le territoire et au lieu où le Gouvernement de la République fédérale a son siège;
 6. les alinéas 3 et 4 ne sont pas applicables à un ressortissant d'une Partie contractante occupé par un Consul honoraire.

(3) Bedienstete der öffentlichen Verwaltung, die von einem Vertragsstaat in das Gebiet des anderen Staates entsandt werden, unterliegen den Rechtsvorschriften des ersten Staates.

(3) Les membres du personnel de services administratifs publics d'une Partie contractante, détachés sur le territoire de l'autre Partie, sont soumis à la législation de la première Partie.

Artikel 9

Article 9

Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten können im gegenseitigen Einvernehmen für einzelne Fälle oder Gruppen von Fällen zulassen, daß von den Artikeln 5 bis 8 abgewichen wird.

Les autorités compétentes des deux Parties contractantes peuvent prévoir, d'un commun accord, pour des cas particuliers ou pour des catégories de cas, des dérogations aux dispositions des articles 5 à 8.

Artikel 10

Article 10

(1) Personen, die sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten und aus einer Pflichtversicherung des anderen Staates ausscheiden oder ausgeschieden sind, können sich in dem ersten Staat unter den gleichen Bedingungen freiwillig weiterversichern wie die Personen, die aus der in diesem Staat geltenden Pflichtversicherung ausgeschieden sind. Zu diesem Zweck werden die nach den Rechtsvorschriften beider Staaten zurückgelegten Beitragszeiten zusammengerechnet, soweit sie auf einer versicherungspflichtigen Beschäftigung beruhen.

(1) Les personnes résidant sur le territoire d'une Partie contractante, qui cessent ou ont cessé d'être assujetties à une assurance de l'autre Partie, peuvent être admises au bénéfice de l'assurance volontaire de la première Partie dans les mêmes conditions que les personnes qui ont cessé d'être assujetties à l'assurance de cette Partie. A cette fin, les périodes de cotisation accomplies selon la législation des deux Parties contractantes sont totalisées pour autant qu'elles se rapportent à une activité impliquant l'obligation d'assurance.

(2) Waren die in Absatz 1 genannten Personen zuletzt in Belgien beschäftigt, so gilt folgendes:

(2) Si les personnes visées au paragraphe 1 ont été occupées en dernier lieu en Belgique, les dispositions suivantes sont applicables:

- a) Die Weiterversicherung wird in dem Zweig der deutschen Rentenversicherung durchgeführt, der nach der Art der Beschäftigung zuständig wäre,

- a) la continuation de l'assurance s'effectuera dans la branche de l'assurance-pension allemande, à laquelle elles auraient été assujetties en raison

wenn sie in der Bundesrepublik ausgeübt worden wäre;

- b) wäre die Beschäftigung wegen der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes, den diese Personen bezogen haben, nach den deutschen Rechtsvorschriften nicht versicherungspflichtig gewesen, so wird die Weiterversicherung in der Rentenversicherung der Angestellten durchgeführt;
- c) wäre die Beschäftigung nach den deutschen Rechtsvorschriften aus anderen Gründen nicht versicherungspflichtig gewesen, so wird die Weiterversicherung in der Rentenversicherung der Arbeiter durchgeführt.

Abschnitt II

Krankenversicherung

(Versicherung für den Fall der Krankheit, der Mutterschaft und des Todes — Sterbegeld)

Artikel 11

(1) Bei den gegen Entgelt beschäftigten Arbeitnehmern und ihnen Gleichgestellten, die sich aus dem Gebiet eines Vertragsstaates in das Gebiet des anderen begeben haben und dort pflichtversichert sind, werden für die Erfüllung der nach den Rechtsvorschriften dieses Staates vorgeschriebenen Wartezeit die in beiden Staaten zurückgelegten Zeiten einer Pflichtversicherung oder einer freiwilligen Weiterversicherung sowie die gleichgestellten Zeiten berücksichtigt, wenn zwischen dem Ende der Zeit in dem ersten Staat und dem Beginn der Pflichtversicherung in dem zweiten Staat nicht mehr als 15 Tage vergangen sind. Soweit die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Bestimmungen enthalten, welche die Gewährung der Leistungen von der Feststellung des Ursprungs der Krankheit abhängig machen, gelten diese Bestimmungen nicht für die in diesem Artikel genannten Versicherten und ihre Angehörigen.

(2) Absatz 1 gilt für die Empfänger von Leistungen wegen unfreiwilliger Arbeitslosigkeit entsprechend.

(3) Ist nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates ein Leistungsanspruch auch gegeben, wenn der Versicherungsfall innerhalb einer bestimmten Frist nach dem Ausscheiden aus der Versicherung eintritt, so gelten diese Vorschriften für eine Person, die aus der Versicherung wegen unfreiwilliger Arbeitslosigkeit oder deshalb ausgeschieden ist, um in dem Gebiet des anderen Staates eine ihr angebotene Beschäftigung anzunehmen, auch dann, wenn der Versicherungsfall innerhalb von 15 Tagen nach dem Ausscheiden aus der Versicherung in dem Gebiet des zweiten Staates eintritt, es sei denn, daß die Person zu diesem Zeitpunkt bereits nach den Rechtsvorschriften des zweiten Staates pflichtversichert ist oder Leistungen wegen unfreiwilliger Arbeitslosigkeit empfängt.

Artikel 12

(1) Ein Versicherter, der gegen einen Träger eines Vertragsstaates einen Leistungsanspruch hat und sich nach Eintritt des Versicherungsfalles in das Gebiet des anderen Staates begibt, behält den Anspruch, wenn der Träger vorher der Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts zugestimmt hat. Der Träger kann die Zustimmung nachträglich erteilen, falls die Voraussetzungen für die Gewährung der Zustimmung vorliegen und der Versicherte die Zustimmung aus entschuldigen Gründen vorher nicht einholen konnte. Die Zustimmung darf nicht verweigert werden, wenn sich der Versicherte zu seinen Familienangehörigen begibt. Für die Leistungen bei Mutterschaft

de la nature de leur occupation, si celle-ci avait été exercée sur le territoire de la République fédérale;

- b) si, en raison de l'importance de la rémunération annuelle octroyée à ces personnes, leur occupation ne donnerait pas lieu à obligation d'assurance en vertu de la législation allemande, la continuation de l'assurance est effectuée dans l'assurance-pension des employés;
- c) si, pour d'autres motifs, l'occupation n'aurait pas donné lieu à obligation d'assurance en vertu de la législation allemande, la continuation de l'assurance est effectuée dans l'assurance-pension allemande des ouvriers.

Titre II

Assurance-maladie

(Assurance en cas de maladie, de maternité et de décès — indemnité funéraire)

Article 11

(1) Pour les travailleurs salariés ou assimilés qui se sont rendus du territoire de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre Partie et y sont assurés obligatoirement, les périodes d'assurance obligatoire, les périodes d'assurance volontaire continuée et les périodes assimilées accomplies dans les deux Parties contractantes sont prises en considération en vue de l'accomplissement du stage prescrit par la législation de la seconde Partie, à la condition que le délai entre la fin de la période d'assurance dans la première Partie et le début de la période d'assurance obligatoire de la seconde Partie ne soit pas supérieur à 15 jours. Les dispositions des législations nationales, subordonnant l'octroi des prestations à la recherche de l'origine de l'affection, ne sont opposables ni aux personnes visées dans le présent article, ni à leurs ayants droit.

(2) Les dispositions au paragraphe 1 s'appliquent également aux bénéficiaires de prestations de chômage involontaire.

(3) Si, en vertu des dispositions de la législation de l'une des Parties contractantes, un droit à prestations est ouvert également dans le cas où le risque se réalise dans un délai déterminé après la cessation de l'assurance, ces dispositions s'appliquent aux intéressés qui ont cessé d'être assurés en raison d'un chômage involontaire ou pour accepter une occupation qui leur est offerte sur le territoire de l'autre Partie, même si le risque se réalise sur le territoire de la deuxième Partie dans les 15 jours qui suivent la fin de l'assurance, à moins que l'intéressé ne soit à ce moment assuré obligatoirement selon la législation de la deuxième Partie, ou bénéficiaire d'une prestation de chômage involontaire de cette Partie.

Article 12

(1) Un assuré qui possède un droit à prestations à l'égard d'un organisme d'assurance de l'une des Parties contractantes et qui se rend sur le territoire de l'autre Partie après la réalisation du risque, conserve ce droit à condition que l'organisme d'assurance compétent ait préalablement approuvé le transfert de résidence. L'organisme d'assurance pourra accorder cette approbation ultérieurement sous réserve que les conditions requises pour cette approbation soient réunies et que l'assuré n'ait pu l'obtenir plus tôt en raison d'empêchements valables. Pareille approbation ne peut être refusée lorsque l'assuré se rend dans sa famille. En ce qui concerne les

kann die Zustimmung schon vor Eintritt des Versicherungsfalles erteilt werden.

(2) Absatz 1 gilt für die Angehörigen des Versicherten entsprechend.

Artikel 13

(1) Hält sich eine Person, die einem Träger eines Vertragsstaates angehört, im Zusammenhang mit ihrer Beschäftigung oder zum Besuch ihrer Familienangehörigen vorübergehend im Gebiet des anderen Vertragsstaates auf und erfordert ihr Zustand Leistungen bei Krankheit, so hat sie auf diese Leistungen nach den Rechtsvorschriften des ersten Staates Anspruch.

(2) Absatz 1 gilt für die Angehörigen des Versicherten entsprechend.

Artikel 14

(1) In den Fällen der Artikel 6, 7, 8, 9 und 11 Abs. 3 und der Artikel 12 und 13 werden die Sachleistungen auf Antrag gewährt:

In der Bundesrepublik

von der für den Ort des gewöhnlichen Aufenthalts des Berechtigten zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse oder, wo eine solche nicht besteht, von der Landkrankenkasse oder von der Kreisversicherungsanstalt, die für diesen Ort zuständig ist,

in Belgien

von dem Staatsfonds für die Kranken- und Invaliditätsversicherung (Fonds national d'assurance maladie-invalidité) durch Vermittlung des Regionalamtes (Office régional), das für den Ort des gewöhnlichen Aufenthalts des Berechtigten zuständig ist.

Ausmaß, Dauer und Art und Weise ihrer Gewährung bestimmen sich nach den Rechtsvorschriften, die von den genannten Trägern anzuwenden sind; sehen diese Rechtsvorschriften eine Höchstdauer für die Leistungsgewährung vor, so werden auf die Höchstdauer die Zeiten angerechnet, in denen für denselben Versicherungsfall bereits Leistungen nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates gewährt worden sind.

(2) Soweit die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Höchstdauer für die Leistungsgewährung vorsehen, wird die Zeit, in der nach Absatz 1 Leistungen gewährt worden sind, von dem zuständigen Träger auf die Höchstdauer angerechnet, wenn der Zustand des Berechtigten nach seiner Rückkehr in den Vertragsstaat, in dem dieser Träger seinen Sitz hat, die Gewährung von Leistungen für denselben Fall der Krankheit notwendig macht.

(3) Die Leistungen werden von den zuständigen Trägern nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften gezahlt. Auf Ersuchen dieser Träger kann die Zahlung zu ihren Lasten von den in Absatz 1 genannten Trägern bewirkt werden.

Artikel 15

(1) Eine Versicherte behält den Anspruch auf Leistungen für den Fall der Mutterschaft gegen den Träger, dem sie angehört, wenn der Versicherungsfall im Gebiet des anderen Vertragsstaates eintritt.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 werden die Sachleistungen von den in Artikel 14 Abs. 1 bezeichneten Trägern gewährt; Ausmaß, Dauer und Art und Weise

prestations en cas de maternité, l'approbation pourra être accordée dès avant la réalisation du risque.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent par analogie aux ayants droit de l'assuré.

Article 13

(1) Lorsqu'un assuré, affilié à un organisme d'assurance de l'une des Parties contractantes, séjourne temporairement sur le territoire de l'autre Partie pour des raisons relevant de son occupation ou pour rendre visite à sa famille et que son état de santé exige l'octroi de prestations de maladie, il pourra prétendre à ces prestations selon la législation de la première Partie.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 ci-dessus s'appliquent par analogie aux ayants droit des assurés.

Article 14

(1) Dans les cas visés aux articles 6, 7, 8, 9 et 11 par. 3 ainsi qu'aux articles 12 et 13, les prestations en nature sont accordées sur demande:

dans la République fédérale

par la Allgemeine Ortskrankenkasse compétente pour le lieu de résidence du bénéficiaire ou, lorsqu'une telle caisse n'existe pas, par la Landkrankenkasse ou par la Kreisversicherungsanstalt qui est compétente pour ce lieu;

en Belgique

par le Fonds National d'assurance maladie-invalidité, à l'intervention de l'Office régional du lieu de la résidence du bénéficiaire.

L'étendue, la durée et les modalités de l'octroi de telles prestations sont déterminées conformément à la législation dont relèvent les organismes cités ci-dessus; lorsque ces législations prévoient une durée maximum pour l'octroi des prestations, les périodes pour lesquelles les prestations ont déjà été octroyées, pour le même risque, en vertu de la législation de l'autre Partie contractante, sont imputées sur cette durée maximum.

(2) Si la législation d'une Partie contractante prévoit une durée maximum pour l'octroi des prestations, la période pour laquelle des prestations ont été accordées en vertu des dispositions du paragraphe 1 par l'organisme assureur compétent, est prise en considération en vue de la détermination de l'expiration de la durée maximum dont il s'agit, lorsque l'état du bénéficiaire nécessite l'octroi de prestations, pour le même cas de maladie, après son retour sur le territoire de la Partie contractante où cet organisme a son siège.

(3) Les prestations sont payées par l'organisme compétent conformément à la législation qui le régit. A la demande de cet organisme, le paiement des prestations pourra être effectué à sa charge, par l'organisme visé au paragraphe 1.

Article 15

(1) Le droit d'une assurée à des prestations en cas de maternité à l'égard de l'organisme dont elle relève subsiste, si le risque se réalise sur le territoire de l'autre Partie contractante.

(2) Dans les cas visés au paragraphe 1, les prestations en nature sont octroyées par l'organisme visé à l'article 14 par. 1; l'étendue, la durée et les modalités de l'octroi

ihrer Gewährung bestimmen sich nach den Rechtsvorschriften, die von diesen Trägern anzuwenden sind.

(3) Artikel 14 Abs. 2 und 3 finden Anwendung.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten für die Angehörigen der Versicherten entsprechend.

Artikel 16

(1) In den Fällen der Artikel 14 und 15 ist der zuständige Träger verpflichtet, dem Träger, der die Sach- oder Geldleistungen gewährt hat, den tatsächlich aufgewendeten Betrag zu erstatten. Die zu erstattenden Beträge sind nach Ablauf jedes Kalendervierteljahres abzurechnen. Die zuständigen Behörden können die Art und Weise der Kostenerstattung und der Abrechnung vereinbaren; sie können dabei eine Pauschalerstattung festlegen.

(2) Zuständiger Träger im Sinne des Absatzes 1 ist in der Bundesrepublik die Krankenkasse, welcher der Leistungsempfänger angehört oder gegen die er, ohne noch Mitglied der Kasse zu sein, Anspruch auf Leistungen hat, in Belgien der Staatsfonds für die Kranken- und Invaliditätsversicherung für Rechnung des Trägers.

Artikel 17

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Rente bezieht oder beantragt hat, ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet des anderen Staates, so bestimmen sich ihre Versicherungspflicht oder Versicherungsberechtigung sowie ihr Anspruch auf Leistungen für den Fall der Krankheit, der Mutterschaft oder des Todes (Sterbegeld) nach den Rechtsvorschriften des ersten Staates, als ob sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt in dessen Gebiet hätte.

(2) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten eine Rente bezieht oder beantragt hat, ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem Vertragsstaat, so bestimmen sich ihre Versicherungspflicht oder Versicherungsberechtigung sowie ihr Anspruch auf Leistungen für den Fall der Krankheit, der Mutterschaft und des Todes (Sterbegeld) nach den Rechtsvorschriften dieses Staates.

(3) In der Bundesrepublik ist für eine in Absatz 1 genannte Person der Träger zuständig, dem die Person zuletzt vor Aufgabe ihres gewöhnlichen Aufenthalts in der Bundesrepublik angehört hat. Ist danach die Zuständigkeit eines Trägers nicht gegeben, so ist die Allgemeine Ortskrankenkasse Aachen zuständig. Dies gilt auch für versicherungsberechtigte Rentner.

(4) In Belgien gewährt der Staatsfonds für die Kranken- und Invaliditätsversicherung den in den Absätzen 1 und 2 genannten Personen die nach den belgischen Rechtsvorschriften vorgeschriebenen Leistungen durch Vermittlung des Trägers, dem die Personen angehören.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten für Angehörige der dort genannten Personen entsprechend.

Artikel 18

(1) Eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Rente bezieht oder beantragt hat und ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet des ande-

de ces prestations sont déterminées conformément à la législation dont relève cet organisme.

(3) Les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 14 sont applicables.

(4) Les dispositions de paragraphes ci-dessus s'appliquent par analogie aux ayants droit.

Article 16

(1) Dans les cas visés aux articles 14 et 15, l'organisme compétent est tenu de rembourser à l'organisme qui a octroyé les prestations en nature et en espèces, le montant effectif des dépenses effectuées par ce dernier. Le décompte des sommes à rembourser est arrêté à l'expiration de chaque trimestre. Les autorités compétentes pourront, d'un commun accord, fixer le mode de remboursement des frais et du décompte et pourront, à cette occasion, déterminer un remboursement forfaitaire.

(2) L'organisme compétent, au sens du par. 1 est: dans la République fédérale la caisse-maladie auprès de laquelle le bénéficiaire de la pension est affilié ou à l'égard de laquelle il peut prétendre aux prestations, même s'il n'est plus affilié à cette caisse; en Belgique le Fonds national d'assurance maladie-invalidité pour le compte de l'organisme assureur.

Article 17

(1) Lorsqu'une personne qui bénéficie d'une pension selon la législation d'une Partie contractante ou qui a introduit une demande en vue de l'obtention de celle-ci, réside sur le territoire de l'autre Partie, son assujettissement ou son droit à l'assurance, ainsi que son droit aux prestations de maladie, de maternité ou de décès (indemnité funéraire) est déterminé en vertu de la législation de la première Partie comme si elle résidait sur le territoire de celle-ci.

(2) Lorsqu'une personne qui bénéficie d'une pension selon les législations des deux Parties contractantes ou qui a introduit une demande en vue de l'obtention de celle-ci, réside sur le territoire d'une Partie contractante, son assujettissement ou son droit à l'assurance, ainsi que son droit aux prestations de maladie, de maternité et de décès (indemnité funéraire) est déterminé en vertu de la législation de cette Partie.

(3) En ce qui concerne la personne visée au par. 1, la caisse-maladie compétente dans la République fédérale d'Allemagne est celle à laquelle la personne était affiliée en dernier lieu avant de quitter le lieu de sa résidence dans la République fédérale d'Allemagne. A défaut d'une telle caisse, la compétence est dévolue à la « Allgemeine Ortskrankenkasse » (Caisse locale générale de maladie), à Aix-la-Chapelle. Cette disposition s'applique également aux pensionnés qui trouvent leur droit dans l'assurance volontaire.

(4) En ce qui concerne les personnes visées aux par. 1 et 2, le Fonds national d'assurance maladie-invalidité, en Belgique, sert les prestations conformément à la législation belge, par l'intermédiaire de l'organisme assureur auquel les personnes sont affiliées.

(5) Les dispositions des paragraphes 1 à 4 sont applicables aux ayants droit.

Article 18

(1) Les titulaires d'une pension due en vertu de la législation d'une seule Partie ou les personnes qui ont introduit une demande en vue de l'obtention de celle-ci,

ren Staates hat, behält den Anspruch auf Leistungen, die sie nach den deutschen oder belgischen Rechtsvorschriften für den Fall der Krankheit, der Mutterschaft und des Todes (Sterbegeld) beanspruchen kann, gegen den nach Artikel 17 Abs. 1 zuständigen Träger, auch wenn der Versicherungsfall im Gebiet des zweiten Staates eintritt.

(2) Die Artikel 14 und 16 finden Anwendung.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für die Angehörigen der dort genannten Personen entsprechend.

Artikel 19

Machen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei Personen, welche die Voraussetzungen für den Bezug einer Rente nach den Vorschriften dieses Staates erfüllen und die Rente beantragt haben, die Pflichtversicherung in der Krankenversicherung oder die Gewährung von Leistungen davon abhängig, daß diese Personen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes vor Stellung des Rentenanspruches während einer Mindestzeit der Krankenversicherung angehört haben, so werden für die Erfüllung dieser Zeit die nach den Rechtsvorschriften beider Staaten innerhalb des bestimmten Zeitraumes zurückgelegten Zeiten einer Pflichtversicherung oder einer freiwilligen Weiterversicherung sowie die gleichgestellten Zeiten berücksichtigt.

Artikel 20

Stehen einer Person Leistungen von Trägern beider Vertragsstaaten zu, so kann sie die Sachleistungen und die von der Höhe des Entgelts unabhängigen Geldleistungen nur von einem Träger beanspruchen. Leistungspflichtig ist der Träger, in dessen Bereich sich die Person bei Eintritt des Versicherungsfalles gewöhnlich aufhält.

Artikel 21

(1) Stirbt eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates versichert ist, oder einer ihrer Angehörigen in dem Gebiet des anderen Staates, so gilt für den Anspruch auf Sterbegeld der Tod als im Gebiet des ersten Staates eingetreten.

(2) Beansprucht eine Person, die sich im Gebiet eines Vertragsstaates befindet, Sterbegeld nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates, so wird sie behandelt, als ob sie sich im Gebiet des zweiten Staates befände.

(3) Für denselben Todesfall dürfen nicht Sterbegelder nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten nebeneinander gewährt werden, es sei denn, daß die Ansprüche auf diese Sterbegelder nach den Rechtsvorschriften beider Staaten unabhängig von diesem Abkommen bestehen.

(4) Der Anspruch auf Sterbegeld wird in den Fällen, in denen nach Absatz 3 eine doppelte Zahlung ausgeschlossen ist, wie folgt geregelt:

- a) Tritt der Tod im Gebiet eines Vertragsstaates ein, so bleibt der Anspruch nach den Rechtsvorschriften dieses Staates gewahrt, während der Anspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates erlischt;
- b) tritt der Tod außerhalb der Gebiete der Vertragsstaaten ein, so bleibt der Anspruch nach

et qui résident sur le territoire de l'autre Partie, conservent le droit à prestations à l'égard de l'organisme compétent en vertu de l'article 17 par. 1, même en cas de réalisation du risque sur le territoire de l'autre Partie, lorsqu'ils peuvent prétendre, en vertu de la législation allemande ou belge aux prestations de maladie, de maternité ou de décès (indemnité funéraire).

(2) Les dispositions des articles 14 et 16 sont applicables.

(3) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 s'appliquent par analogie aux ayants droit.

Article 19

Lorsque la législation d'une Partie contractante subordonne l'affiliation obligatoire à l'assurance maladie ou l'octroi des prestations aux assurés qui réunissent les conditions requises pour bénéficier d'une pension, ou qui ont introduit une demande en vue de l'obtention de celle-ci, à l'obligation d'avoir été affiliés à l'assurance maladie pendant un délai minimum au cours d'une période déterminée, avant l'introduction de la demande de pension, il y a lieu, en vue de déterminer si ce délai minimum est accompli, de prendre en considération les périodes d'assurance obligatoire, ou d'assurance volontaire continuée et les périodes assimilées, accomplies sous la législation des deux Parties contractantes dans la période de référence.

Article 20

Lorsqu'une personne trouve son droit à prestations auprès des organismes assureurs des deux Parties contractantes, elle ne peut demander à bénéficier des prestations en nature, ainsi que des prestations en espèces fixées indépendamment du montant de la rémunération, qu'auprès d'un seul organisme assureur. Cet organisme débiteur est celui du ressort de la résidence de cette personne au moment de la réalisation du risque.

Article 21

(1) En cas de décès d'une personne qui est assurée en vertu de la législation d'une des Parties contractantes ou d'un de ses ayants droit, sur le territoire de l'autre Partie contractante, le décès est réputé être survenu, pour la détermination du droit à l'indemnité funéraire, sur le territoire de la première Partie.

(2) Lorsqu'une personne se trouvant sur le territoire de l'une des Parties contractantes, fait valoir ses droits à l'indemnité funéraire en vertu de la législation de l'autre Partie, elle est traitée comme si elle se trouvait sur le territoire de la seconde Partie.

(3) Les indemnités funéraires en vertu des législations des deux Parties contractantes ne pourront être accordées simultanément pour le même cas de décès à moins qu'il y ait droit à cette indemnité funéraire en vertu des législations des deux Parties, indépendamment des dispositions de la présente Convention.

(4) Le droit à l'indemnité funéraire sera déterminé de la manière suivante dans les cas où un double paiement est exclu en vertu des dispositions du par. 3:

- a) lorsque le décès survient sur le territoire de l'une des Parties contractantes, le droit selon la législation de cette Partie subsiste tandis que le droit selon la législation de l'autre Partie s'éteint;
- b) lorsque le décès survient hors des territoires des Parties contractantes, le droit selon la légis-

den Rechtsvorschriften des Staates gewahrt, in dessen Gebiet der Verstorbene sich zuletzt vor seinem Tode befand, während der Anspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates erlischt.

Abschnitt III

Rentenversicherung

(Versicherung für den Fall des Alters, der Invalidität, der Berufsunfähigkeit oder der Erwerbsunfähigkeit und des Todes -- Renten)

Kapitel 1

Alter

Artikel 22

(1) War eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten versichert und hat sie bei dem zuständigen Träger eines Staates oder den zuständigen Trägern beider Staaten eine Rente beantragt, so wird diese nach Maßgabe der folgenden Absätze festgestellt. Ist die Rente bei dem Träger eines Vertragsstaates beantragt worden, so hat dieser den zuständigen Träger des anderen Staates davon zu unterrichten.

(2) Für den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Rentenanspruches rechnet der Träger jedes Vertragsstaates zu den Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten, die nach den von ihm anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen sind, soweit notwendig, nach Maßgabe des Artikels 39 die Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten hinzu, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates zurückgelegt und nach diesen Vorschriften für den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Rentenanspruches zu berücksichtigen sind. Alsdann entscheidet der zuständige Träger jedes Staates nach den von ihm anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften, ob die Person die Voraussetzungen für den Anspruch auf Rente erfüllt.

(3) Besteht Anspruch auf Rente, so berechnet der zuständige Träger jedes Staates

- a) zunächst die Rente, die nach den von ihm anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften und unter Berücksichtigung der Artikel 26 und 39 der betreffenden Person zustehen würde, wenn alle Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates zurückgelegt wurden und nach diesen Vorschriften für die Berechnung der Rente zu berücksichtigen sind, auch für die Berechnung der Rente zu berücksichtigende Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten nach den von dem Träger anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften wären, und alsdann
- b) den Teil dieser Rente, der dem Verhältnis entspricht, in dem die Gesamtheit der Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten, welche die Person nach den von dem Träger anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften vor Eintritt des Versicherungsfalles zurückgelegt hat und die nach Unterabsatz a berücksichtigt worden sind, zur Gesamtheit aller Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten steht, welche die Person vor Eintritt des Versicherungsfalles nach den Rechtsvorschriften beider Staaten zurückgelegt hat und die bei der Berechnung der Rente nach Unterabsatz a angerechnet worden sind.

lation de la Partie sur le territoire de laquelle le défunt se trouvait en dernier lieu avant que le décès soit survenu subsiste, tandis que le droit selon la législation de l'autre Partie s'éteint.

Titre III

Assurances - pensions

(Assurances vieillesse, invalidité, incapacité professionnelle ou incapacité de gain et décès -- pensions)

Chapitre 1^{er}

Vieillesse

Article 22

(1) Lorsqu'une personne était assurée sous la législation des deux Parties contractantes et qu'elle introduit une demande en vue de l'obtention d'une pension auprès de l'organisme compétent d'une Partie, ou auprès des organismes compétents des deux Parties, la pension à laquelle elle peut prétendre est déterminée selon les dispositions des paragraphes suivants: Lorsqu'une demande en vue de l'obtention d'une pension a été introduite auprès de l'organisme compétent d'une Partie contractante, celui-ci doit en informer l'organisme compétent de l'autre Partie.

(2) En vue de l'acquisition, du maintien ou du recouvrement du droit à la pension, l'organisme assureur de chaque Partie contractante ajoute aux périodes de cotisation et aux périodes assimilées à prendre en considération en vertu de la législation nationale qu'il doit appliquer, pour autant que de besoin, selon l'article 39, les périodes de cotisation et les périodes assimilées accomplies sous la législation de l'autre Partie et à prendre en considération en vertu de cette législation, en vue de l'acquisition, du maintien, ou du recouvrement du droit à la pension. L'organisme compétent de chaque Partie contractante décide alors, selon la législation qui lui est applicable, si l'assuré réunit les conditions requises pour avoir droit à pension.

(3) Lorsque le droit à pension est reconnu, l'organisme compétent de chaque Partie calcule:

- a) la pension à laquelle, en vertu de la législation qui lui est applicable et compte tenu des dispositions articles 26 et 39, l'assuré pourrait prétendre si toutes les périodes de cotisation et les périodes assimilées accomplies sous la législation de l'autre Partie et qui, en vertu de cette législation, doivent être prises en considération pour le calcul de la pension, devraient également être prises en considération pour le calcul de la pension en vertu de la législation applicable par l'organisme compétent;
- b) la fraction de cette pension, qui correspond au rapport des périodes de cotisation et des périodes assimilées, considérées à l'alinéa a, accomplies par la personne sous la législation de cette Partie, avant la réalisation du risque, à la totalité des périodes de cotisation et des périodes assimilées accomplies avant la réalisation du risque assuré, par la personne, sous les législations des deux Parties considérées à l'alinéa a;

c) Der nach Unterabsatz b errechnete Betrag ist um den Betrag zu erhöhen, der den Beitragszeiten und den gleichgestellten Zeiten entspricht, die nach den von dem Träger anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Rente anzurechnen sind, jedoch auf Grund des Artikels 39 bei der Berechnung der Rente nach Unterabsatz a nicht berücksichtigt worden sind. Die Summe der beiden nach Unterabsatz b und nach diesem Unterabsatz errechneten Beträge ist die Rente, die der Träger der betreffenden Person schuldet.

(4) Hat die betreffende Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Beitragszeiten oder gleichgestellte Zeiten zurückgelegt, die insgesamt weniger als sechs Monate umfassen und gilt nach diesen Rechtsvorschriften die Wartezeit nicht als erfüllt, so gewährt der Träger dieses Vertragsstaates für diese Zeiten keine Rente. In diesen Fällen wendet der Träger des anderen Staates bei der Berechnung der von ihm zu gewährenden Rente den Absatz 3 Unterabsatz b nicht an.

Artikel 23

(1) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auch ohne Berücksichtigung des Artikels 22 Anspruch auf Rente und nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates nur unter Berücksichtigung des Artikels 22 Anspruch auf Rente und ist die Summe der nach Artikel 22 festgestellten Renten geringer als die Rente, auf welche die Person nach den Rechtsvorschriften des ersten Staates ohne Berücksichtigung des Artikels 22 Anspruch hat, so hat der Träger dieses Staates die von ihm nach Artikel 22 zu gewährende Rente um diesen Unterschiedsbetrag zu erhöhen.

(2) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auch ohne Berücksichtigung des Artikels 22 Anspruch auf Rente und nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates auch unter Berücksichtigung des Artikels 22 keinen Anspruch auf Rente, so hat der Träger des ersten Staates die Rente nach den von ihm anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften ohne Berücksichtigung des Artikels 22 zu gewähren.

(3) Die Rente nach Absatz 2 ist durch Renten nach Artikel 22 zu ersetzen, sobald der Berechtigte auch die Voraussetzungen für die Gewährung einer Rente nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates erfüllt.

Artikel 24

Personen, auf welche die Artikel 22 und 23 anzuwenden sind, verlieren den ihnen gegebenenfalls nach den belgischen Rechtsvorschriften zustehenden Anspruch auf Leistungen, soweit diese nicht unter Berücksichtigung von Versicherungszeiten berechnet werden.

Artikel 25

Die Träger der Vertragsstaaten verfahren bei Anwendung des Artikels 22 wie folgt:

1. Machen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Gewährung bestimmter Leistungen davon abhängig, daß Beitragszeiten oder gleichgestellte Zeiten in einem Beruf zurückgelegt worden sind, für den eine Sonderversicherung besteht, so werden für die Feststellung des Anspruchs auf diese Leistungen nur die Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten berücksichtigt, die in der entsprechenden Sonderversicherung des anderen Staates zurückgelegt worden sind.

c) le montant, calculé en vertu de l'alinéa b, est augmenté du montant qui correspond aux périodes de cotisation et aux périodes assimilées qui doivent être considérées, pour le calcul de la pension selon la législation applicable par l'organisme assureur, et qui n'ont pas été prises en compte en vertu de l'article 39 et en application de l'alinéa a pour le calcul de la pension. La somme des deux montants calculés selon les alinéas b et c constitue la pension qui est due par l'organisme compétent.

(4) Lorsque les périodes de cotisation et les périodes assimilées accomplies en vertu de la législation d'une des Parties contractantes, sont, au total, inférieures à 6 mois et, si le stage n'est pas réputé accompli en vertu de cette législation, l'organisme assureur de cette partie n'octroie aucune pension sur base de ces périodes. Dans ces cas, l'organisme assureur de l'autre Partie contractante ne fait pas application du paragraphe 3 alinéa b pour le calcul de la pension qu'il doit accorder.

Article 23

(1) Lorsqu'une personne a droit à la pension en vertu de la législation d'une Partie contractante sans considération de l'article 22, et en vertu de la législation de l'autre Partie, seulement en considération de l'article 22, et si la somme des pensions fixée selon l'article 22 est inférieure à la pension à laquelle cette personne peut prétendre en vertu de la législation de la première Partie, sans considération de l'article 22, l'organisme de cette Partie doit majorer la pension qu'il doit allouer en vertu de l'article 22, du montant de cette différence.

(2) Lorsqu'une personne a droit la pension en vertu de la législation d'une Partie contractante, également sans considération de l'article 22 et si, en vertu de la législation de l'autre Partie, elle n'a pas droit à la pension, également en considération de l'article 22, l'organisme de la première Partie doit allouer la pension conformément à la législation nationale qu'il doit appliquer, sans considération de l'article 22.

(3) La pension en vertu du paragraphe 2 doit être remplacée par des pensions allouées en vertu de l'article 22, dès que l'ayant droit réunit également les conditions en vue de l'allocation d'une pension conformément à la législation de l'autre Partie contractante.

Article 24

Les personnes auxquelles s'appliquent les articles 22 et 23 sont privées du droit que pourrait leur conférer la législation belge de réclamer une prestation qui n'est pas calculée en considération des périodes d'assurance.

Article 25

Pour l'application de l'article 22, les organismes compétents appliquent les règles suivantes:

1. Lorsque la législation d'une Partie contractante subordonne l'octroi de certains avantages à la condition que les périodes de cotisation et les périodes assimilées aient été accomplies dans une profession soumise à un régime spécial d'assurance, ne sont prises en considération, pour l'admission au bénéfice de ces avantages, que les périodes de cotisation et les périodes assimilées accomplies sous le ou les régimes spéciaux correspondants de l'autre Partie;

2. Besteht für einen Beruf nur in einem Vertragsstaat eine Sondersversicherung, so berücksichtigt
- a) der Träger dieses Staates für die Feststellung einer Leistung aus dieser Sondersversicherung auch Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die in diesem Beruf nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates zurückgelegt worden sind, und
 - b) der Träger des anderen Staates für die Feststellung einer Leistung aus der Versicherung, die für den Beruf zuständig ist, auch Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften des ersten Staates in der Sondersversicherung zurückgelegt worden sind.
2. lorsque, pour une profession considérée, il n'existe de régime spécial que dans une Partie contractante,
- a) l'organisme de cette Partie prend également en considération pour la détermination d'une prestation au titre de cette assurance spéciale, les périodes de cotisation et les périodes assimilées accomplies dans cette profession d'après la législation de l'autre Partie, et
 - b) l'organisme de l'autre Partie considère aussi, en vue de la fixation d'une prestation au titre de l'assurance qui s'applique à la profession, les périodes de cotisation et les périodes assimilées accomplies dans l'assurance spéciale sous la législation de la première Partie.

Artikel 26

Die deutschen Träger verfahren bei Anwendung des Artikels 22 wie folgt:

1. Bei der Berechnung der für den Versicherten maßgebenden Rentenbemessungsgrundlage werden nur die nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Beitragszeiten berücksichtigt.
2. Bei der Ermittlung der Anzahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre stehen die nach den belgischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten, die nach diesen Vorschriften bei der Berechnung der Rente zu berücksichtigen sind, den nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Beitragszeiten gleich.
3. Für die Entscheidung, ob Zeiten, die nach den deutschen Rechtsvorschriften Ausfallzeiten sind, als solche angerechnet werden,
 - a) gilt als Eintritt in die Versicherung der erste Eintritt in die Versicherung nach den deutschen Rechtsvorschriften oder der erste Eintritt in die Versicherung nach den belgischen Rechtsvorschriften, je nachdem, welcher Zeitpunkt der frühere ist;
 - b) gilt als Eintritt des Versicherungsfalles der Eintritt des Versicherungsfalles nach den deutschen Rechtsvorschriften oder nach den belgischen Rechtsvorschriften, je nachdem, nach welchen Rechtsvorschriften der Versicherungsfall zuerst eingetreten ist;
 - c) stehen für die Feststellung, inwieweit die Zeit vom Eintritt in die Versicherung bis zum Eintritt des Versicherungsfalles mit Beiträgen belegt ist, die nach den belgischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Beitragszeiten, soweit sie auf Grund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung zurückgelegt worden sind, den Beitragszeiten gleich, die auf Grund einer nach den deutschen Rechtsvorschriften versicherungspflichtigen Beschäftigung zurückgelegt worden sind.

Artikel 27

Nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegte Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten im Sinne dieses Kapitels sind alle Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten, die nach den deutschen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen sind.

Article 26

Pour l'application de l'article 22, les organismes allemands procèdent de la façon suivante:

1. lors du calcul de la base individuelle de détermination de la pension pour l'assuré, il n'est tenu compte que des périodes de cotisation accomplies au titre de la législation allemande;
2. lors de la recherche du nombre d'années d'assurance pouvant être prises en compte, les périodes de cotisation et les périodes assimilées accomplies selon les prescriptions de la législation belge et qui doivent être prises en considération en vertu de cette législation, lors du calcul de la pension, sont équivalentes aux périodes de cotisation accomplies au titre de la législation allemande;
3. en vue de décider si des périodes considérées selon la législation allemande comme « Ausfallzeiten » sont prises en compte comme telles:
 - a) il y a lieu de considérer comme première entrée dans l'assurance, soit la première entrée dans l'assurance selon la législation allemande, soit la première entrée dans l'assurance conformément à la législation belge, selon qu'il s'agit de la date la plus ancienne;
 - b) il y a lieu de considérer comme moment où survient le risque assuré, soit le moment où survient le risque assuré suivant la législation allemande, soit le moment où survient le risque assuré suivant la législation belge, selon que le risque assuré est survenu en premier lieu;
 - c) sont équivalentes aux périodes de cotisation ayant été accomplies au titre d'une occupation assujettie selon la législation allemande, les périodes de cotisation accomplies au titre de la législation belge pour autant qu'elles aient été accomplies au titre d'une occupation assujettie, et ce, en vue de constater jusqu'à quel point la période, depuis l'entrée dans l'assurance jusqu'au moment où le risque assuré est survenu, est couverte par des cotisations.

Article 27

Les périodes de cotisation et les périodes assimilées accomplies sous la législation de la République fédérale, au sens du présent chapitre, sont toutes les périodes de cotisation et les périodes assimilées qu'il y a lieu de prendre en considération selon la législation de la République fédérale.

Kapitel 2

Invalidität, Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit

Artikel 28

(1) Kapitel 1 gilt entsprechend für die Invaliditätsrenten, die nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zu gewähren sind.

(2) Bei Anwendung des Absatzes 1 gelten als Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die nach den belgischen Rechtsvorschriften zurückgelegt worden sind, diejenigen, die nach diesen Vorschriften in den Versicherungen für den Fall des Alters und des vorzeitigen Todes zurückgelegt worden sind.

(3) Die deutschen Träger wenden für die Entscheidung, ob eine Zurechnungszeit nach den deutschen Rechtsvorschriften anzurechnen ist, Artikel 26 Nr. 3 entsprechend an.

Artikel 29

Die Träger jedes Vertragsstaates berücksichtigen bei der Prüfung, inwieweit die Erwerbsfähigkeit des Versicherten gemindert ist, die ärztlichen Befunde und verwaltungsmäßigen Angaben, die ihnen die Träger des anderen Staates mitteilen; sie behalten jedoch das Recht, den Versicherten durch einen Arzt ihrer Wahl untersuchen zu lassen.

Artikel 30

Die Invaliditätsrente wird gegebenenfalls nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, nach denen sie gewährt wird, unter Berücksichtigung dieses Abkommens in eine Altersrente umgewandelt.

Artikel 31

(1) Geldleistungen, die auf Grund dieses Kapitels

- a) von einem deutschen Träger einer Person, die sich gewöhnlich in Belgien aufhält, oder
- b) von einem belgischen Träger einer Person, die sich gewöhnlich in Belgien oder in der Bundesrepublik aufhält,

geschuldet werden, sind von dem Träger an den Staatsfonds für die Kranken- und Invaliditätsversicherung zu überweisen, der sie an die Empfangsberechtigten auszahlt.

(2) Die Träger werden mit dieser Überweisung von ihrer Leistungspflicht gegenüber den Empfangsberechtigten befreit.

Kapitel 3

Tod

Artikel 32

Kapitel 1 gilt entsprechend für Hinterbliebenenrenten, die nach den deutschen oder belgischen Rechtsvorschriften zu gewähren sind. Artikel 28 Abs. 3 gilt.

Chapitre 2

Invalidité, incapacité professionnelle ou incapacité de gain

Article 28

(1) Les dispositions relatives à l'assurance-vieillesse contenues au chapitre 1 s'appliquent également aux pensions d'invalidité prévues par la législation des deux Parties contractantes.

(2) Toutefois, pour l'application du paragraphe 1, sont considérées comme période de cotisation et périodes assimilées accomplies conformément à la législation belge, celles qui ont été accomplies conformément à cette législation dans l'assurance en vue de la vieillesse et du décès prématuré.

(3) En vue de décider si une «Zurechnungszeit» doit être prise en compte selon la législation allemande, les organismes allemands appliquent, par analogie, l'article 26 par. 3.

Article 29

Pour évaluer le degré d'invalidité, les organismes compétents de chaque Partie contractante font état des constatations médicales ainsi que des informations d'ordre administratif communiquées par les organismes compétents de l'autre Partie, mais conservent toutefois le droit de faire procéder à l'examen de l'intéressé par un médecin de leur choix.

Article 30

L'indemnité d'invalidité est, le cas échéant, transformée en pension de vieillesse dans les conditions prévues par la législation en vertu de laquelle elle a été accordée, conformément à la présente Convention.

Article 31

(1) Les prestations en espèces dues en vertu de ce chapitre

- a) par un organisme allemand à une personne résidant en Belgique, ou
- b) par un organisme belge à une personne résidant en Belgique ou sur le territoire de la République fédérale

doivent être transmises par l'organisme au Fonds national d'assurance maladie-invalidité, lequel les liquide à l'ayant droit.

(2) Par cette transmission, les organismes sont libérés de leur obligation de prestations envers l'ayant droit.

Chapitre 3

Décès

Article 32

Les dispositions du chapitre 1, relatives aux pensions de vieillesse, s'appliquent par analogie aux prestations de veuves et de veufs, prévues par la législation des deux Parties. Les dispositions de l'article 28 paragraphe 3 sont applicables.

Abschnitt IV

Unfallversicherung

(Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten)

Artikel 33

(1) Eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auf Grund eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit einen Anspruch auf Sachleistungen hat und sich in das Gebiet des anderen Staates begibt, behält den Anspruch. Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten, nach denen der Anspruch nur aufrechterhalten wird, wenn der Leistungspflichtige vorher der Verlegung des Aufenthalts zugestimmt hat, bleiben unberührt. Diese Zustimmung kann nur wegen des gesundheitlichen Zustandes des Berechtigten verweigert werden. Der Leistungspflichtige kann die Zustimmung nachträglich erteilen, wenn die Voraussetzungen für die Gewährung vorliegen und der Berechtigte die Zustimmung aus entschuldigen Gründen vorher nicht einholen konnte.

(2) Eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates versichert ist und im Gebiet des anderen Staates einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit erleidet oder dort infolge eines früheren Arbeitsunfalles oder einer früheren Berufskrankheit Sachleistungen benötigt, erhält auf Antrag Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften des zweiten Staates, in dessen Gebiet sie sich befindet.

(3) In den Fällen der Absätze 1 und 2 werden die Sachleistungen zu Lasten des Leistungspflichtigen

in der Bundesrepublik

von der für den Ort des gewöhnlichen Aufenthalts des Berechtigten zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse oder, wo eine solche nicht besteht, von der Landkrankenkasse oder von der Kreisversicherungsanstalt, die für diesen Ort zuständig ist,

in Belgien

von dem Staatsfonds für die Kranken- und Invaliditätsversicherung durch Vermittlung der Regionalämter der Hilfskasse (Caisse Auxiliaire)

nach den für die gewährende Stelle maßgebenden Bestimmungen gewährt.

(4) Der Leistungspflichtige erstattet der Stelle, welche die Leistung gewährt hat, die entstandenen Kosten.

(5) Die zuständigen Behörden können Näheres über die Gewährung der Sachleistungen und die Erstattung der Kosten in einer Vereinbarung regeln.

Artikel 34

Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zu gewährenden Geldleistungen, die nicht Rente, Pflegegeld oder Sterbegeld sind, werden dem Berechtigten und seinen Angehörigen auf Ersuchen und zu Lasten des Leistungspflichtigen

in der Bundesrepublik

durch die für den Ort des gewöhnlichen Aufenthalts des Berechtigten zuständige Allgemeine Ortskrankenkasse oder, wo eine solche nicht besteht, durch die Landkrankenkasse oder durch die Kreisversicherungsanstalt, die für diesen Ort zuständig ist,

Titre IV

Accidents du travail et maladies professionnelles

(Assurance ou responsabilité de l'employeur)

Article 33

(1) Une personne qui peut prétendre aux prestations en nature en vertu de la législation de l'une des Parties contractantes pour un accident de travail ou une maladie professionnelle, et qui se rend dans l'autre pays, conserve son droit. Les dispositions de la législation d'une Partie contractante en vertu desquelles le droit n'est maintenu que si le débiteur des prestations a autorisé le transfert de résidence, restent d'application. Cette autorisation ne peut être refusée que pour raison de santé de l'intéressé. Le débiteur de la prestation peut donner son autorisation postérieurement, lorsque les conditions d'octroi sont remplies et que l'intéressé n'a pu demander l'autorisation au préalable pour des motifs acceptables.

(2) La personne qui est victime d'un accident de travail ou qui contracte une maladie professionnelle sur le territoire de la Partie autre que celle de son affiliation ou qui a besoin d'une prestation en nature au titre d'un accident survenu antérieurement ou au titre d'une maladie professionnelle contractée antérieurement obtient, sur sa demande, les prestations en nature sur le territoire de la Partie où elle se trouve, conformément à la législation de cette Partie.

(3) Dans les cas visés au par. 1 et 2 les prestations en nature, à charge du débiteur de prestation, sont servies:

dans la République fédérale

par la « Allgemeine Ortskrankenkasse » compétente pour le lieu de la résidence, ou, à défaut, par la « Landkrankenkasse » ou par la « Kreisversicherungsanstalt » compétente pour ce lieu;

en Belgique:

par le Fonds national d'assurance maladie-invalidité, à l'intervention des offices régionaux de la Caisse Auxiliaire.

(4) Le débiteur de la prestation est tenu de rembourser les frais effectifs à l'organisme qui a servi les prestations.

(5) Des modalités plus précises du service des prestations en nature et du remboursement des frais pourront être réglées entre les autorités compétentes des deux Parties contractantes.

Article 34

Les prestations en espèce, à l'exception des rentes, allocations pour aide d'une tierce personne et indemnités pour frais funéraires, prévues par la législation de l'une des Parties contractantes, sont payées, à la demande et à la charge du débiteur de la prestation, à la victime et à ses ayants droit:

dans la République fédérale

par la « Allgemeine Ortskrankenkasse » compétente pour le lieu de la résidence, ou, à défaut d'une telle Caisse, par la « Landkrankenkasse » ou par la « Kreisversicherungsanstalt » compétente pour ce lieu;

in Belgien

durch den Staatsfonds für die Kranken- und Invaliditätsversicherung durch Vermittlung der Regionalämter der Hilfskasse

nach den für den Leistungspflichtigen maßgebenden Bestimmungen gewährt. Dieser hat der auszahlenden Stelle den Betrag und die Höchstdauer der Geldleistungen mitzuteilen. Artikel 33 Abs. 4 und 5 gelten entsprechend.

Artikel 35

Bei der Feststellung der Leistungsverpflichtung und des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder des Grades der Arbeitsunfähigkeit infolge von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten, auf welche die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates anzuwenden sind, werden frühere Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten, auf welche die Rechtsvorschriften des anderen Staates anzuwenden sind, ebenso berücksichtigt wie frühere Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten, auf welche die Rechtsvorschriften des ersten Staates anzuwenden sind. Als frühere Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten gelten sowohl Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten, für die eine Entschädigung gewährt worden ist oder gewährt wird, als auch solche, bei denen der Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder der Grad der Arbeitsunfähigkeit unter dem für die Entschädigung vorgesehenen Mindestgrad liegt.

Artikel 36

(1) Leistungen für Berufskrankheiten, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten entschädigungspflichtig sind, werden von dem zuständigen Träger des Staates gewährt, in dessen Gebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt worden ist, die ihrer Art nach geeignet war, eine solche Berufskrankheit zu verursachen. Ist nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Entschädigungspflicht für eine Berufskrankheit davon abhängig, daß eine Person während einer bestimmten Mindestzeit in Betrieben beschäftigt war, die geeignet sind, diese Berufskrankheit zu verursachen, so berücksichtigt der zuständige Träger dieses Staates Arbeitszeiten, die in gleichartigen Betrieben des anderen Staates zurückgelegt worden sind, bei der Ermittlung dieser Mindestzeit. Bei Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften darf der Ablauf von Verjährungs- oder Ausschlussfristen nicht geltend gemacht werden.

(2) Macht eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Entschädigung für eine Berufskrankheit erhalten hat oder erhält, wegen Verschlimmerung dieser Krankheit Ansprüche nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates geltend, ohne dort eine Beschäftigung ausgeübt zu haben, die ihrer Art nach geeignet war, diese Berufskrankheit zu verursachen oder zu verschlimmern, so bleibt der zuständige Träger des ersten Staates unter Berücksichtigung der Verschlimmerung zur Gewährung der weiteren Leistungen verpflichtet

(3) Macht eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Entschädigung für eine Berufskrankheit erhalten hat oder erhält, wegen Verschlimmerung dieser Krankheit Ansprüche nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates geltend, nachdem sie dort eine Beschäftigung ausgeübt hat, die ihrer Art nach geeignet war, die Krankheit zu verschlimmern, so bleibt der zuständige Träger des ersten Staates unter Berücksichtigung der Verschlimmerung zur Gewährung der weiteren Leistungen verpflichtet, soweit nicht der zuständige

en Belgique

par le Fonds national d'assurance maladie-invalidité à l'intervention des Offices régionaux de la Caisse Auxiliaire.

Les prestations sont payées conformément aux dispositions de la législation applicable au débiteur de la prestation. Ce dernier est tenu de communiquer à l'organisme payeur le montant et la durée maximum des prestations en espèces. Les dispositions de l'article 33, paragraphes 4 et 5 s'appliquent par analogie.

Article 35

Pour déterminer l'obligation du service de prestations et la diminution de la capacité de gain, ainsi que le degré de l'incapacité de travail en cas d'accidents du travail et de maladies professionnelles pour lesquels la législation de l'une des Parties est applicable, les accidents du travail et les maladies professionnelles survenus antérieurement, pour lesquels la législation de l'autre Partie est applicable, sont pris en considération dans la même mesure que les accidents et les maladies professionnelles survenus antérieurement et réparés conformément à la législation de la première Partie. Sont considérés comme accidents du travail et maladies professionnelles survenus antérieurement, tant les accidents du travail et les maladies professionnelles pour lesquels une indemnité a été ou sera accordée, que ceux qui ont donné lieu à une diminution de la capacité de gain ou à une incapacité de travail dont le taux est inférieur au minimum requis pour l'octroi d'une indemnisation.

Article 36

(1) Les prestations en cas de maladie professionnelle donnant lieu à réparation en vertu de la législation des deux Parties contractantes sont accordées par l'organisme compétent de la Partie sur le territoire de laquelle une occupation susceptible de provoquer une maladie professionnelle de cette nature, a été exercée en dernier lieu. Si, en vertu de la législation d'une Partie contractante, l'obligation de réparation d'une maladie professionnelle est subordonnée à la condition d'une durée minimum d'occupation dans une entreprise susceptible de provoquer cette maladie professionnelle, l'organisme compétent de cette Partie doit prendre en considération, pour vérifier si la condition de la durée minimum est satisfaite, les périodes de travail effectuées dans une entreprise similaire de l'autre Partie contractante. Pour l'application de la législation nationale, les clauses de délai de prescription ou de forclusion ne peuvent être invoquées.

(2) Lorsqu'en cas d'aggravation d'une maladie professionnelle, une personne qui a bénéficié ou bénéficie d'une réparation pour une maladie professionnelle au titre de la législation d'une Partie contractante, fait valoir ses droits à l'égard de l'autre Partie pour la même maladie, sans qu'elle ait exercé sur le territoire de cette dernière une activité susceptible de provoquer cette maladie professionnelle ou de l'aggraver, l'organisme compétent de la première Partie reste tenu d'octroyer les prestations ultérieures, compte tenu de l'aggravation.

(3) Lorsqu'en cas d'aggravation d'une maladie professionnelle, une personne qui a bénéficié ou qui bénéficie d'une réparation pour une maladie professionnelle au titre de la législation d'une Partie contractante, fait valoir ses droits à l'égard de l'autre Partie pour cette même maladie, après y avoir exercé une activité susceptible d'aggraver cette maladie, l'organisme compétent de la première Partie reste tenu au service des prestations ultérieures, compte tenu de l'aggravation pour autant que l'organisme compétent, dans la seconde Partie, ne

Träger des zweiten Staates auf Grund einer Vereinbarung mit dem Träger des ersten Staates die Entschädigung für die Verschlimmerung übernimmt.

(4) Kann der nach Absatz 1 zuständige Träger eine Entschädigung nicht gewähren, so hat der zuständige Träger des anderen Staates für dessen Staatsangehörige die Entschädigung zu übernehmen, wenn diese Staatsangehörigen nach den Rechtsvorschriften dieses Staates versichert waren und eine Beschäftigung ausgeübt haben, die ihrer Art nach geeignet war, eine solche Berufskrankheit zu verursachen.

Artikel 37

Unternehmer dürfen in der Unfallversicherung eines Vertragsstaates nicht deshalb zu höheren Beiträgen herangezogen werden, weil der Betrieb im anderen Staat seinen Sitz hat.

Abschnitt V Familienbeihilfen

Artikel 38

Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Erwerb des Anspruchs auf Familien- oder Geburtsbeihilfen davon ab, daß Beschäftigungszeiten oder diesen gleichgestellte Zeiten zurückgelegt worden sind, so werden alle Zeiten berücksichtigt, die nacheinander in den Gebieten beider Staaten zurückgelegt worden sind.

Abschnitt VI Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1 Gemeinsame Bestimmungen

Artikel 39

Bei Anwendung der Artikel 11, 22 und 25 und des Artikels 26 Nr. 2 und 3 berücksichtigen die zuständigen Träger beider Vertragsstaaten Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zurückgelegt worden sind, für den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Leistungsanspruchs sowie für die Berechnung der Leistungen wie folgt:

1. Die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten werden berücksichtigt, soweit sie sich nicht überschneiden.
2. Trifft eine Pflichtversicherungszeit, die nach den Rechtsvorschriften eines Staates zurückgelegt worden ist, mit einer Zeit freiwilliger Versicherung nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates zusammen, so wird nur die Pflichtversicherungszeit berücksichtigt.
3. Trifft eine Beitragszeit nach den Rechtsvorschriften eines Staates mit einer gleichgestellten Zeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates zusammen, so wird nur die Beitragszeit berücksichtigt.
4. Trifft eine gleichgestellte Zeit nach den Rechtsvorschriften eines Staates mit einer gleichgestellten Zeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates zusammen, so wird nur die gleichgestellte Zeit nach

reprend pas la réparation pour cette aggravation, à la suite d'un accord avec l'organisme de la première Partie.

(4) Si l'organisme compétent en vertu du paragraphe ci-dessus ne peut accorder les prestations, l'organisme compétent de l'autre Partie contractante reprend l'obligation de réparation pour les ressortissants de cette Partie, lorsque ces ressortissants étaient assurés, au titre de la législation de cette Partie et ont exercé une activité professionnelle susceptible de provoquer une telle maladie professionnelle.

Article 37

Les employeurs ne peuvent être contraints au paiement de cotisations plus élevées en vue de l'assurance contre les accidents du travail et les maladies professionnelles de l'une des Parties contractantes, en raison de ce que le siège de l'entreprise se situe sur le territoire de l'autre Partie.

Titre V Allocations familiales

Article 38

Si la législation de l'une des Parties contractantes subordonne l'ouverture du droit aux allocations familiales et de naissance à l'accomplissement de périodes de travail ou assimilées, il est tenu compte des périodes effectuées successivement sur le territoire de l'une et de l'autre Partie contractante.

Titre VI Dispositions diverses

Chapitre 1^{er} Dispositions communes

Article 39

Pour l'application des dispositions des articles 11, 22, 25 et des alinéas 2 et 3 de l'article 26, les organismes compétents des deux Parties contractantes prennent en considération les périodes de cotisation et les périodes assimilées accomplies en vertu des législations des deux Parties contractantes, tant en vue de l'acquisition, du maintien ou du recouvrement du droit à prestations qu'en vue du calcul des prestations, conformément aux dispositions suivantes:

1. les périodes de cotisation et les périodes assimilées accomplies conformément à la législation des deux Parties contractantes sont prises en considération, pour autant qu'elles ne se superposent pas;
2. lorsqu'une période d'assurance obligatoire accomplit sous la législation d'une Partie coïncide avec une période d'assurance volontaire selon la législation de l'autre Partie, seule la période d'assurance obligatoire est prise en considération;
3. lorsqu'une période de cotisation selon la législation d'une Partie coïncide avec une période assimilée selon la législation de l'autre Partie, seule la période de cotisation est prise en considération;
4. lorsqu'une période assimilée selon la législation d'une Partie coïncide avec une période assimilée selon la législation de l'autre Partie, il est seulement tenu compte de la période assimilée selon la

den Rechtsvorschriften des Staates berücksichtigt, in dessen Gebiet die betreffende Person zuletzt vor dieser Zeit beschäftigt war; war die Person vor dieser Zeit nicht im Gebiet eines Vertragsstaates beschäftigt, so wird nur die gleichgestellte Zeit nach den Rechtsvorschriften des Staates berücksichtigt, in dessen Gebiet sie nach dieser Zeit zum ersten Male beschäftigt war.

Artikel 40

Wird nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei der Berechnung der Leistungen das durchschnittliche Arbeitsentgelt zugrunde gelegt, den die betreffende Person während bestimmter Zeiten bezogen hat, so wird für die Berechnung der Leistungen nach diesen Rechtsvorschriften das durchschnittliche Arbeitsentgelt auf Grund der Entgelte festgestellt, welche die Person während der nach den Rechtsvorschriften dieses Staates zurückgelegten Beitragszeiten bezogen hat.

Artikel 41

(1) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch auf eine Alters-, Invaliditäts- oder Hinterbliebenenrente, so hat der Träger dieses Staates die nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates gewährten Renten für Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten ebenso zu berücksichtigen wie entsprechende Renten nach den Rechtsvorschriften des ersten Staates.

(2) Ruht nach Absatz 1 eine nach den deutschen Rechtsvorschriften zu gewährende Alters- oder Invaliditätsrente wegen des Zusammentreffens mit einer nach den belgischen Rechtsvorschriften zu gewährenden Rente für einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit, so gilt als der der Berechnung dieser Rente zugrunde liegende Jahresarbeitsverdienst derjenige, der einer Verletztenrente in gleicher Höhe zugrunde liegen würde, die nach den deutschen Rechtsvorschriften für denselben Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit gewährt wird. Der bei Feststellung der Rente ermittelte Jahresarbeitsverdienst wird bei Kursänderungen beibehalten, die die Höhe der nach den belgischen Rechtsvorschriften zu gewährenden Rente ändern, und gilt im Hinblick auf Änderungen der deutschen Rechtsvorschriften als ein Jahresarbeitsverdienst, der einer nach deutschen Rechtsvorschriften zu gewährenden Verletztenrente zugrunde liegt.

Artikel 42

Berücksichtigen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates als Angehörige nur Personen, die mit dem Versicherten in häuslicher Gemeinschaft leben, so gilt diese Voraussetzung auch als erfüllt, wenn sich die Personen im Gebiet des anderen Staates gewöhnlich aufhalten und von dem Versicherten überwiegend unterhalten werden.

Kapitel 2

Geltungsbereich des Abkommens

Artikel 43

(1) Artikel 4 Abs. 1 berührt nicht die deutschen Rechtsvorschriften, nach denen

- a) Personen, die sich außerhalb des Gebiets der Bundesrepublik aufhalten, ein Entschädigungsanspruch nur aus solchen Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten zusteht, die im Gebiet der Bundesrepublik oder im Zusammenhang mit

législation de la Partie sur le territoire de laquelle le titulaire a été occupé en dernier lieu avant la période en cause; lorsque le titulaire n'a pas été occupé avant cette période sur le territoire d'une Partie contractante, il est seulement tenu compte de la période assimilée selon la législation de la Partie sur le territoire de laquelle il a été occupé pour la première fois après cette période.

Article 40

Si, d'après la législation d'une Partie contractante, la détermination des prestations tient compte du salaire moyen des périodes d'assurance, le salaire moyen pris en considération, pour le calcul des prestations selon cette législation, est déterminé d'après les salaires que la personne considérée a obtenus pendant les périodes en cause, accomplies sous la législation de ladite Partie.

Article 41

(1) Lorsqu'une personne a droit à une pension de vieillesse, d'invalidité, de veuve (veuf) ou d'orphelin au titre de la législation d'une Partie contractante, l'organisme de cette Partie doit prendre en considération les prestations pour accident de travail ou maladie professionnelle allouées selon la législation de l'autre Partie, de la même manière que s'il s'agissait de prestations correspondantes allouées en vertu de la législation de la première Partie.

(2) Lorsqu'une pension de vieillesse ou d'invalidité, due en vertu de la législation allemande, est suspendue en vertu du paragraphe 1, en raison du cumul avec une rente due, conformément à la législation belge, pour un accident de travail ou une maladie professionnelle, doit être considérée comme rémunération annuelle ayant servi au calcul de cette rente, la rémunération qui aurait été prise en compte pour le calcul de la pension-accident d'un même montant, conformément à la législation allemande pour un taux identique de réduction de la capacité de gain.

Le montant de la rémunération annuelle recherché pour le calcul de la pension-accident est adapté aux fluctuations du cours du change, qui modifient le montant de la rente due en vertu de la législation belge, et est pris en compte, au regard des modifications de la législation allemande, comme une rémunération annuelle prise en considération pour une pension-accident due en vertu de la législation allemande.

Article 42

Si la législation de l'une des Parties contractantes ne considère comme ayant droit que les personnes vivant sous le même toit que l'assuré, cette condition est réputée remplie si l'ayant droit, quoique résidant sur le territoire de l'autre Partie, est principalement à la charge de l'assuré.

Chapitre 2

Champ d'application de la Convention

Article 43

(1) Les dispositions de l'article 4 paragraphe 1 ne portent pas atteinte aux dispositions de la législation allemande selon lesquelles

- a) les personnes, résidant hors du territoire de la République fédérale, ne peuvent prétendre à la réparation d'un accident du travail ou d'une maladie professionnelle que s'ils se sont produits sur le territoire de la République fédérale ou

einer Beschäftigung in diesem Gebiet außerhalb der Bundesrepublik eingetreten sind, und zwar auch in den Fällen, die vor Errichtung der Bundesrepublik in deren Gebiet oder auf Seeschiffen eingetreten sind, deren Heimathafen sich in diesem Gebiet befand und die unter deutscher Flagge fuhren;

- b) Anspruch auf Leistungen aus Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten, die bei nicht mehr bestehenden, stillgelegten oder außerhalb des Gebiets der Bundesrepublik befindlichen Trägern einer gesetzlichen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, nur den Personen zusteht, die sich ständig im Gebiet der Bundesrepublik aufhalten.

(2) Sind die in Absatz 1 Buchstabe b genannten Zeiten jedoch in einer Rente berücksichtigt, die ein deutscher Träger bindend festgestellt hat oder feststellt, so ist diese Rente auch nach Belgien zu zahlen, wenn der Berechtigte seinen ständigen Aufenthalt nach Belgien verlegt. Stirbt der Berechtigte, nachdem er seinen ständigen Aufenthalt nach Belgien verlegt hat, so erhalten seine Hinterbliebenen, solange sie sich ständig in Belgien aufhalten, die Renten, die ihnen zustehen würden, wenn sie ihren ständigen Aufenthalt im Gebiet der Bundesrepublik hätten.

Kapitel 3

Zahlungsverkehr — Umrechnung

Artikel 44

(1) Die Träger, die nach diesem Abkommen Geldleistungen zu gewähren haben, werden durch Zahlung in ihrer Landeswährung von ihren Verpflichtungen befreit.

(2) Geldleistungen der Rentenversicherungen sowie Renten und Sterbegelder der Unfallversicherung, die von den Trägern eines Vertragsstaates an einen Berechtigten zu gewähren sind, der sich gewöhnlich im Gebiet des anderen Staates aufhält, können zu Lasten des verpflichteten Trägers und nach den für diesen geltenden Rechtsvorschriften von dem für den gewöhnlichen Aufenthaltsort des Berechtigten zuständigen Träger ausgezahlt werden. Die zuständigen Behörden können Näheres, insbesondere über die gegenseitige Kostenerstattung und die Zahlungsanweisungen, in einer Vereinbarung regeln.

Artikel 45

Ist bei der Feststellung einer Leistung, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates geschuldet wird, der in der Währung des anderen Staates ausgedrückte Betrag einer Leistung, die nach den Rechtsvorschriften dieses Staates geschuldet wird, oder anderer Bezüge aus diesem Staat zu berücksichtigen, so wird dieser Betrag nach dem jeweils geltenden Wechselkurs umgerechnet.

Kapitel 4

Verwaltungshilfe

Artikel 46

(1) Die Behörden und Träger der beiden Vertragsstaaten leisten sich bei Durchführung dieses Abkommens gegenseitig Hilfe, als ob sie die eigenen Rechtsvorschriften durchführen würden. Die Hilfe ist kostenlos.

s'ils sont en relation avec une occupation sur ce territoire mais survenus hors de la République fédérale, ainsi que pour les cas survenus sur son territoire avant l'institution de la République fédérale ou sur des navires dont le port d'attache se trouvait sur son territoire et battant pavillon allemand;

- b) seules les personnes résidant de façon permanente sur le territoire de la République fédérale peuvent prétendre à des prestations se rapportant à des périodes de cotisation ou des périodes assimilées accomplies, auprès d'organismes d'assurance-pension réglementaire ayant cessé d'exister ou ayant suspendu leur activité ou situés hors du territoire de la République fédérale.

(2) Toutefois, si les périodes visées au paragraphe 1 b sont prises en considération en ce qui concerne une pension dont un organisme allemand fixe le droit et le montant, à titre définitif ou non, cette pension doit également être payée en Belgique lorsque le bénéficiaire y transfère sa résidence permanente. Lorsque le bénéficiaire décède après la date de ce transfert, ses ayants droit obtiennent les pensions auxquelles ils auraient pu prétendre si leur résidence permanente avait été établie sur le territoire de la République fédérale et ce aussi longtemps qu'ils séjournent de façon permanente en Belgique.

Chapitre 3

Paiements — Transferts — Conversion

Article 44

(1) Les organismes débiteurs de prestations en espèces en vertu de la présente Convention s'en libéreront valablement dans la monnaie de leur pays.

(2) Les prestations en espèces dues au titre des assurances-pension ainsi que les rentes et les allocations au décès dues au titre de l'assurance-accidents, par les organismes compétents de l'une des deux Parties contractantes à un bénéficiaire résidant sur le territoire de l'autre Partie, pourront être servies par l'organisme compétent en raison du lieu de résidence du bénéficiaire, aux frais de l'organisme débiteur et conformément à la législation en vigueur pour ce dernier. Les autorités compétentes des deux Parties contractantes peuvent régler, le cas échéant, d'un commun accord, les points de détail et spécialement les questions relatives au remboursement réciproque des dépenses et aux ordres de paiement.

Article 45

Si, lors de la détermination d'une prestation due selon la législation d'une des Parties contractantes, il y a lieu de tenir compte du montant exprimé dans la monnaie de l'autre Partie, soit d'une prestation due selon la législation de cette autre Partie, soit d'autres revenus provenant de cette Partie, ce montant est converti d'après le cours du change en vigueur à ce moment.

Chapitre 4

Entr'aide administrative

Article 46

(1) Les autorités et organismes compétents des deux Parties contractantes se prêteront mutuellement leurs bons offices pour l'application de la présente Convention, comme s'il s'agissait de l'application de leurs propres législations. Cette entr'aide sera gratuite.

(2) Ärztliche Untersuchungen, die bei Durchführung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates notwendig werden und Personen im Gebiet des anderen Staates betreffen, werden auf Antrag und zu Lasten des zuständigen Trägers von dem Träger des Staates veranlaßt, in dessen Gebiet die zu untersuchenden Personen sich gewöhnlich oder vorübergehend aufhalten. Die zuständigen Behörden können Näheres über die Erstattung der Kosten in einer Vereinbarung regeln.

(3) Die zuständigen Behörden unterrichten sich gegenseitig laufend über

- a) die zur Durchführung des Abkommens getroffenen Maßnahmen,
- b) alle Änderungen und Ergänzungen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften, welche die Durchführung des Abkommens berühren.

Artikel 47

(1) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Urkunden oder sonstige Schriftstücke, die bei einer Behörde, einem Gericht oder einem Träger dieses Staates vorzulegen sind, ganz oder teilweise von Steuern oder Gebühren befreit, so erstreckt sich diese Befreiung auch auf die Urkunden oder sonstigen Schriftstücke, die bei Durchführung dieses Abkommens einer Behörde, einem Gericht oder einem Träger des anderen Staates vorzulegen sind.

(2) Urkunden, die bei Durchführung dieses Abkommens einer Behörde, einem Gericht oder einem Träger eines Vertragsstaates vorgelegt werden müssen, sind von der Legalisation befreit, falls sie ordnungsgemäß ausgestellt und mit dem Dienststempel oder Dienstsiegel versehen sind.

Artikel 48

(1) Die Behörden und Träger der beiden Vertragsstaaten können bei Durchführung dieses Abkommens miteinander, mit den beteiligten Personen und deren Vertretern unmittelbar in ihrer Amtssprache verkehren.

(2) Die Behörden und Träger der beiden Vertragsstaaten dürfen Eingaben oder sonstige Schriftstücke, die an sie gerichtet werden, nicht deshalb zurückweisen, weil sie in einer Amtssprache des anderen Staates abgefaßt sind.

Artikel 49

Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Behörde, einem Träger, einem Gericht oder einer anderen Einrichtung dieses Staates, die für die Durchführung der in Artikel 2 genannten Rechtsvorschriften zuständig sind, einzureichen sind, gelten als fristgerecht eingereicht, wenn sie in derselben Frist bei einer Behörde, einem Träger, einem Gericht oder einer gleichartigen Einrichtung des anderen Staates eingereicht werden. In diesen Fällen leitet die Stelle, die damit befaßt ist, den Antrag, die Erklärung oder den Rechtsbehelf unverzüglich an die entsprechende Stelle des ersten Staates weiter, die für die Durchführung der in Artikel 2 genannten Rechtsvorschriften zuständig ist.

Kapitel 5

Durchführung des Abkommens

Artikel 50

(1) Die zuständigen Behörden können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Maßnahmen in

(2) Les examens médicaux nécessaires lors de l'application des législations de l'une des Parties contractantes et concernant les personnes se trouvant sur le territoire de l'autre Partie sont effectués, à la demande de l'organisme ayant la charge des prestations et aux frais de celui-ci, par les soins de l'organisme compétent de la Partie où résident ou séjournent les personnes à examiner. Les autorités compétentes des deux Parties contractantes pourront, le cas échéant, convenir des mesures de détail relatives au remboursement des frais.

(3) Les autorités compétentes des deux Parties contractantes se communiqueront

- a) toutes informations concernant les mesures prises pour l'application de la présente Convention;
- b) toutes informations concernant les modifications de leurs législations qui ont trait à l'application de la présente Convention.

Article 47

(1) Les exemptions ou réductions de droits de timbre et de taxe, prévues par la législation de l'une des Parties contractantes pour les pièces ou autres documents à produire aux autorités, à un tribunal ou à d'autres organismes compétents de cette Partie, sont applicables également aux pièces et autres documents à produire, pour l'application de la présente Convention, aux autorités, à un Tribunal ou à d'autres organismes compétents de l'autre Partie.

(2) Tous actes, documents et pièces quelconques qui doivent être produits aux autorités, à un Tribunal ou à d'autres organismes compétents d'une Partie contractante, en application de la présente Convention, sont exemptés du visa de légalisation lorsqu'ils sont délivrés régulièrement et munis du cachet ou du sceau du service.

Article 48

(1) Les autorités et organismes compétents des deux Parties contractantes peuvent, aux fins de l'application de la présente Convention, communiquer directement entre eux, ainsi qu'avec les personnes intéressées et leurs mandataires, dans leur langue officielle.

(2) Les demandes, présentées à des autorités ou organismes compétents des deux Parties contractantes, ainsi que d'autres documents, présentés en application de la présente Convention, ne peuvent être refusés du fait qu'ils sont rédigés dans une langue officielle de l'autre Partie.

Article 49

Les demandes, déclarations et recours qui doivent ou peuvent être introduits dans un délai déterminé auprès d'une autorité, d'un organisme, d'un Tribunal ou d'une autre institution qui sont compétents pour l'application des législations énumérées à l'article 2, d'une des deux Parties contractantes, sont considérés comme recevables s'ils sont présentés dans le même délai auprès d'une autorité, d'un organisme, d'un Tribunal ou d'une autre institution de l'autre Partie. Dans ce cas, le service compétent transmet, sans retard, lesdites demandes, déclarations ou recours à l'autorité, à l'organisme compétent, au Tribunal ou à une autre institution de la première Partie qui sont compétents pour l'application des législations énumérées à l'article 2.

Chapitre 5

Application de la Convention

Article 50

(1) Les autorités compétentes peuvent fixer des dispositions de détail nécessaires pour l'application de la pré-

einer Vereinbarung regeln. Sie können insbesondere Vereinbarungen treffen über

- a) die Einrichtung von Verbindungsstellen, die unmittelbar miteinander verkehren können,
- b) die ärztliche Untersuchung von Personen, die Leistungen nach diesem Abkommen beantragen, sowie die ärztliche und verwaltungsmäßige Überwachung der Personen, die solche Leistungen beziehen,
- c) die Krankenbehandlung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten,
- d) die Durchführung des Artikels 23.

(2) Falls Verbindungsstellen eingerichtet werden, obliegt in der Bundesrepublik den für die Rentenversicherung der Arbeiter, für die Rentenversicherung der Angestellten und für die knappschaftliche Rentenversicherung zuständigen Verbindungsstellen auch die Feststellung der nach Abschnitt III geltend gemachten Ansprüche auf Leistungen und die Gewährung dieser Leistungen, soweit nicht die Bundesbahnversicherungsanstalt oder die Seekasse zuständig ist.

Artikel 51

(1) Hat ein Träger eines Vertragsstaates dem Berechtigten einen Vorschuß auf eine Leistung gewährt, zu deren Zahlung ein Träger des anderen Staates verpflichtet ist, so kann der verpflichtete Träger die Nachzahlung oder die laufenden Zahlungen bis zur Höhe des Vorschusses zugunsten des Trägers einbehalten, der den Vorschuß gewährt hat.

(2) Wird der Berechtigte von einem Träger der Fürsorge des einen Vertragsstaates für einen Zeitraum unterstützt, für den er nach diesem Abkommen gegen einen Träger des anderen Staates Anspruch auf eine Leistung hat, so ist die Leistung von der auszahlenden Stelle auf Ersuchen des Fürsorgeträgers zu dessen Gunsten bis zur Höhe der gezahlten Unterstützung einzuhalten.

Artikel 52

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Durchführung des Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und diese Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen. Werden Mitglieder und Obmann nicht innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem ein Staat seine Absicht, das Schiedsgericht anzurufen, bekanntgegeben hat, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Staat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Bestimmungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaates oder aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident und bei dessen Verhinderung der älteste Richter die erforderlichen Feststellungen vornehmen.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Die Entscheidungen sind bindend. Jeder Staat trägt die Kosten seines Mitgliedes. Die übrigen Kosten werden

senté Convention. Elles pourront notamment conclure des accords sur les points suivants:

- a) institution d'organismes de liaison qui peuvent communiquer directement entre eux;
- b) contrôle médical des personnes qui introduisent des demandes de prestation en vertu de la présente Convention, ainsi que contrôle médical et administratif des bénéficiaires de telles prestations;
- c) soins médicaux en cas d'accidents du travail (maladies professionnelles);
- d) le cas échéant, application des dispositions de l'article 23.

(2) En cas de désignation d'organismes de liaison, les organismes de liaison compétents, dans la République fédérale, en matière d'assurance-pension des ouvriers, d'assurance-pension des employés et d'assurance-pension des mineurs assument également la détermination des droits à prestations que l'intéressé fait valoir en vertu des dispositions du Titre III et l'octroi des prestations liquidées, pour autant que ces questions ne relèvent pas de la compétence de l'Institut fédéral d'assurance des chemins de fer ou de la caisse maritime.

Article 51

(1) Si un organisme d'une Partie contractante a accordé une avance au bénéficiaire sur une prestation, au paiement de laquelle un organisme de l'autre Partie contractante est astreint, l'organisme débiteur peut effectuer, au profit de l'organisme qui a consenti les avances, des retenues sur les arrérages et sur les arriérés jusqu'à concurrence des avances.

(2) Lorsque le bénéficiaire obtient pour une certaine période un secours de la part d'un organisme d'assistance publique d'une Partie contractante, et que, pour ladite période, il a droit à une prestation en vertu de la présente Convention, auprès de l'organisme de l'autre Partie contractante, l'organisme payeur doit retenir, à la demande de l'organisme d'assistance et en faveur de ce dernier, une somme jusqu'à concurrence du montant du secours accordé.

Article 52

(1) Les différends entre les deux Parties contractantes au sujet de l'interprétation ou de l'application de la présente Convention seront réglés, dans la mesure du possible, par les autorités compétentes.

(2) S'il n'est pas possible de régler le différend par cette voie, celui-ci sera soumis, à la demande d'une des deux Parties contractantes, à un tribunal d'arbitrage.

(3) Le tribunal d'arbitrage sera constitué chaque fois que la nécessité s'en fera sentir, et composé d'un représentant de chacune des deux Parties contractantes et d'un ressortissant d'un pays tiers, que les deux arbitres désigneront, d'un commun accord, comme surarbitre. Si les arbitres et le surarbitre ne sont pas désignés dans un délai de trois mois, à partir de la date à laquelle une Partie contractante a notifié son intention de faire appel au tribunal d'arbitrage, chacune des Parties contractantes pourra, à défaut d'un autre accord, demander au Président de la Cour Internationale de Justice de se charger de la désignation. Au cas où le Président est ressortissant d'une Partie contractante ou, en cas d'empêchement de celui-ci pour d'autres raisons, le Vice-Président ou, en cas d'empêchement de celui-ci, le juge le plus ancien, effectuera les désignations nécessaires.

(4) Le tribunal d'arbitrage rendra sa décision à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires et définitives. Chaque Partie contractante assumera la charge des

von den Staaten zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 53

Die deutschen Rechtsvorschriften über Wahlrecht und Wählbarkeit der Versicherten und ihrer Arbeitgeber zu den Organen der Träger und ihrer Verbände sowie zu den Behörden der Sozialversicherung werden durch Artikel 3 Abs. 2 nicht berührt.

Abschnitt VII

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 54

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten, soweit nicht eine Zusatzvereinbarung etwas anderes bestimmt.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens sind auch Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten zu berücksichtigen, die vor seinem Inkrafttreten zurückgelegt worden sind.

(3) Dieses Abkommen findet auch auf Versicherungsfälle Anwendung, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind. Dabei gilt, sofern nicht die Dritte Zusatzvereinbarung anzuwenden ist, folgendes:

- a) Renten, die vor Inkrafttreten des Abkommens wegen der Staatsangehörigkeit oder des gewöhnlichen Aufenthalts des Berechtigten nicht gewährt worden sind, werden ohne Rücksicht auf entgegenstehende innerstaatliche Rechtsvorschriften über die Verjährung oder den Ausschluß von Ansprüchen nach Maßgabe dieses Abkommens von dessen Inkrafttreten an festgestellt oder zum Wiederaufleben gebracht, falls der Berechtigte dies innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens beantragt. Wird der Antrag nach Ablauf dieser Frist gestellt, wird die Rente mit Beginn des Antragsmonats festgestellt oder zum Wiederaufleben gebracht, soweit der Anspruch nicht ausgeschlossen oder verjährt ist.
- b) Renten, die bereits vor dem Inkrafttreten des Abkommens festgestellt worden sind, werden ohne Rücksicht auf entgegenstehende innerstaatliche Rechtsvorschriften über die Verjährung oder den Ausschluß von Ansprüchen nach Maßgabe des Abkommens von dessen Inkrafttreten an neu festgestellt, wenn der Berechtigte dies innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens beantragt; die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht nicht entgegen. Wird der Antrag nach Ablauf dieser Frist gestellt, so wird die Rente mit Beginn des Antragsmonats neu festgestellt.

Artikel 55

Das Abkommen über die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer vom 27. Juli 1950 wird durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 56

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer eines Jahres von seinem Inkrafttreten an geschlossen. Es gilt als still-

dépenses afférentes à l'activité de son arbitre; la charge des autres dépenses sera assumée par les deux Parties, en parts égales. Le tribunal d'arbitrage fixera, lui-même, sa procédure.

Article 53

Les dispositions de la législation de la République fédérale relatives au droit de vote des assurés et de leurs employeurs, ainsi qu'à leur éligibilité aux organes des organismes d'assurance sociale ne sont pas affectées par l'article 3, par. 2.

Titre VII

Dispositions finales et transitoires

Article 54

(1) La présente Convention ne crée aucun droit à des prestations pour le temps précédant son entrée en vigueur pour autant qu'un Accord complémentaire n'en dispose pas autrement.

(2) Lors de l'application de la présente Convention, il y a lieu de tenir compte des périodes de cotisation et des périodes assimilées accomplies avant son entrée en vigueur.

(3) La présente Convention est également applicable aux cas d'assurances qui se sont produits avant son entrée en vigueur, pour autant que le troisième Accord complémentaire ne leur soit pas applicable; les règles suivantes sont applicables:

- a) les pensions n'ayant pas été accordées du fait de la nationalité ou de la résidence du bénéficiaire avant l'entrée en vigueur de la présente Convention sont établies ou reconstituées conformément à cette Convention, à partir de son entrée en vigueur, sans qu'il soit tenu compte des dispositions de la législation nationale relatives à la prescription ou à la forclusion du droit, lorsque le bénéficiaire en fait la demande dans les deux ans qui suivent l'entrée en vigueur de la Convention. Si cette demande est faite, après ce délai, la pension est établie ou reconstituée dès le début du mois au cours duquel elle a été demandée, pour autant que le droit ne soit pas exclu ou prescrit;
- b) les pensions qui ont déjà été établies avant l'entrée en vigueur de la Convention sont établies à nouveau conformément à la Convention et à partir de son entrée en vigueur, sans qu'il soit tenu compte des dispositions de la législation nationale relative à la prescription ou à la forclusion du droit, lorsque le bénéficiaire en fait la demande dans les deux ans qui suivent l'entrée en vigueur de la Convention, l'autorité de la chose jugée des décisions antérieures n'étant pas opposable. Si cette demande est introduite après ce délai, la pension est établie à nouveau dès le début du mois au cours duquel la demande a été faite.

Article 55

L'accord concernant la sécurité sociale des bateliers rhénans en date du 27 juillet 1950 n'est pas affecté par les dispositions de la présente Convention.

Article 56

(1) La présente Convention est conclue pour une durée d'un an à compter de la date de son entrée en vigueur.

schweigend von Jahr zu Jahr verlängert, sofern es nicht von einem Vertragsstaat spätestens drei Monate vor Ablauf der Jahresfrist schriftlich gekündigt wird.

(2) Tritt das Abkommen außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter; einschränkende innerstaatliche Vorschriften über den Ausschluß eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des gewöhnlichen oder vorübergehenden Aufenthaltes im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

(3) Das Abkommen wird auf Anwartschaften, die bis zu seinem Außerkrafttreten entstanden sind, nach Maßgabe einer Zusatzvereinbarung weiter angewandt.

Artikel 57

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Brüssel ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt am ersten Tage des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHIEHEN zu Bonn am 7. Dezember 1957 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

v. Brentano
Blank

Für das Königreich Belgien:

Baron de Gruben
Léon Eli Troclet

Elle sera renouvelée par tacite reconduction d'année en année, sauf dénonciation par une Partie contractante, laquelle devra être notifiée par écrit au moins trois mois avant l'expiration du terme.

(2) Lorsque la présente Convention cessera d'être en vigueur, ses dispositions continueront à être applicables aux droits acquis; aucune prescription limitative, sur le plan national, relative à la forclusion d'un droit ou à la suspension ou au retrait d'une prestation du fait de résidence ou de séjour à l'étranger ne pourra intervenir en ce qui concerne ces droits.

(3) Les droits en cours d'acquisition ayant pris naissance avant l'expiration de la validité de la présente Convention continueront, après l'expiration de celle-ci, à être régis par ses dispositions, conformément aux termes d'un accord complémentaire.

Article 57

(1) La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification en seront échangés à Bruxelles aussi tôt que possible.

(2) Elle entrera en vigueur le premier jour du mois succédant à celui qui suivra l'échange des instruments de ratification.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets.

FAIT à Bonn, le 7 décembre 1957 en deux exemplaires originaux, chacun d'eux étant établi en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne:

v. Brentano
Blank

Pour le Royaume de Belgique:

Baron de Gruben
Léon Eli Troclet

Erste Zusatzvereinbarung
zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Belgien
über Soziale Sicherheit vom 7. Dezember 1957
über die Soziale Sicherheit der Grenzgänger

Premier Accord complémentaire
à la Convention générale de Sécurité sociale
entre la République fédérale d'Allemagne
et le Royaume de Belgique,
du 7 décembre 1957,
relatif à la sécurité sociale des travailleurs frontaliers

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit vom 7. Dezember 1957 diese Zusatzvereinbarung zu schließen, und haben hierfür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Heinrich von Brentano,
Bundesminister des Auswärtigen,

Theodor Blank,
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,

Seine Majestät der König der Belgier

Baron de Gruben,
Ambassadeur du Royaume de Belgique,

Léon Eli Troclet,
Ministre du Travail et de la Prévoyance Sociale,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Kapitel I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Grenzgänger im Sinne dieser Vereinbarung sind Personen, die unter Beibehaltung ihres gewöhnlichen Aufenthalts im Gebiet eines Vertragsstaates, zu dem sie in der Regel mindestens einmal wöchentlich zurückkehren, im Gebiet des anderen Staates als Arbeitnehmer beschäftigt sind.

Artikel 2

Soweit diese Vereinbarung nicht etwas anderes bestimmt, gilt das Allgemeine Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit vom 7. Dezember 1957 auch für Grenzgänger, und zwar ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit.

LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

et

SA MAJESTÉ LE ROI DES BELGES

ONT RÉSOLU de conclure le présent Accord, en vue de compléter la Convention générale de Sécurité sociale entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique du 7 décembre 1957 et, à cet effet, ont désigné comme leurs Plénipotentiaires:

Le Président de la République fédérale d'Allemagne

Dr. Heinrich von Brentano,
Bundesminister des Auswärtigen,

Theodor Blank,
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,

Sa Majesté le Roi des Belges

Baron de Gruben,
Ambassadeur du Royaume de Belgique,

Léon Eli Troclet,
Ministre du Travail et de la Prévoyance Sociale,

lesquels, après avoir échangé leurs pouvoirs reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Chapitre I
Dispositions générales

Article 1

Sont considérés comme travailleurs frontaliers au sens du présent Accord, les personnes qui, tout en conservant leur résidence sur le territoire d'une Partie contractante où elles retournent, en principe, au moins une fois par semaine, sont occupées en qualité de travailleurs salariés sur le territoire de l'autre Partie.

Article 2

Pour autant que le présent Accord n'en dispose pas autrement, la Convention générale de Sécurité sociale entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique du 7 décembre 1957 est également applicable aux travailleurs frontaliers, sans considération de leur nationalité.

Kapitel II

Krankenversicherung(Versicherung für den Fall der Krankheit,
der Mutterschaft und des Todes — Sterbegeld)

Artikel 3

(1) Die Geldleistungen, die einem Grenzgänger nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zustehen, in dessen Gebiet er beschäftigt ist, werden ihm dort von dem Träger gezahlt, dem er angehört.

(2) Die Sachleistungen, die einem Grenzgänger und seinen anspruchsberechtigten Angehörigen nach den in Absatz 1 genannten Rechtsvorschriften zustehen, werden entweder in dem Vertragsstaat, in dem der Grenzgänger beschäftigt ist, oder in dem Staat gewährt, in dem er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Arzneien, Bandagen, Brillen und kleinere Hilfsmittel können jedoch nur in dem Staate bezogen werden, in dem sie ärztlich verordnet worden sind; das gleiche gilt für die Durchführung von Analysen und Laboratoriumsuntersuchungen.

Artikel 4

Werden die Sachleistungen am Ort des gewöhnlichen Aufenthalts gewährt, so geschieht dies

für die im Gebiet der Bundesrepublik sich gewöhnlich aufhaltenden Grenzgänger und ihre Angehörigen durch die für den Ort des gewöhnlichen Aufenthalts zuständige Allgemeine Ortskrankenkasse oder, wo eine solche nicht besteht, durch die Landkrankenkasse oder durch die Kreisversicherungsanstalt, die für diesen Ort zuständig ist; die Kasse gewährt diese Leistungen nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften;

für die in Belgien sich gewöhnlich aufhaltenden Grenzgänger und ihre Angehörigen durch den Staatsfonds für die Kranken- und Invaliditätsversicherung, der diese Leistungen nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften durch Vermittlung des Regionalamtes in Eupen gewährt.

Artikel 5

Die leistungspflichtigen Träger erstatten die Ausgaben, die den aushelfenden Trägern durch die Gewährung von Sachleistungen nach Artikel 4 erwachsen, in voller Höhe.

Artikel 6

Die Kostenerstattung nach Artikel 5 erfolgt vierteljährlich

für die deutschen Träger über die zuständigen Verbindungsstellen,

für die belgischen Träger durch den Staatsfonds für die Kranken- und Invaliditätsversicherung.

Kapitel III

Unfallversicherung(Versicherung gegen Arbeitsunfälle
und Berufskrankheiten)

Artikel 7

(1) Die Geldleistungen, die einem Grenzgänger nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zustehen, in dessen Gebiet er beschäftigt ist, werden ihm dort durch den Träger gezahlt, bei dem er versichert ist, es sei denn, daß diese Verpflichtung auf Grund der Rechtsvorschriften dieses Staates dem Arbeitgeber obliegt.

Chapitre II

Assurance Maladie(Assurances en cas de maladie, de maternité
et de décès — indemnités funéraires)

Article 3

(1) Les prestations en espèces auxquelles un travailleur frontalier peut prétendre en vertu de la législation de la Partie contractante sur le territoire de laquelle il est occupé, lui sont servies sur le territoire de cette Partie par les soins de l'organisme compétent auquel il est affilié.

(2) Les prestations en nature auxquelles un travailleur frontalier, ainsi que ses ayants droit, peuvent prétendre en vertu de la législation visée au paragraphe 1 ci-dessus, lui sont servies soit sur le territoire de la Partie où il est occupé, soit sur le territoire de celle où se trouve sa résidence. Toutefois, les médicaments, les bandages, les lunettes et le petit appareillage ne peuvent être dispensés que sur le territoire de la Partie où ils ont été prescrits par le médecin; il en est de même pour les analyses et les examens de laboratoires.

Article 4

Lorsque les prestations en nature sont servies au lieu de la résidence, elles le sont comme suit:

pour les travailleurs frontaliers résidant sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, et leurs ayants droit, par la « Allgemeine Ortskrankenkasse » compétente pour le lieu de résidence ou, à défaut d'une telle caisse, par la « Landkrankenkasse » ou par la « Kreisversicherungsanstalt » compétente pour ce lieu, conformément à la législation qui la régit;

pour les travailleurs frontaliers résidant sur le territoire belge, et leurs ayants droit, par le Fonds national d'assurance maladie-invalidité, qui sert ces prestations à l'intervention de l'Office régional d'Eupen, conformément à la législation qui la régit.

Article 5

Les dépenses occasionnées aux organismes intervenus pour le service des prestations en nature conformément aux dispositions de l'article 4 sont remboursées complètement par les organismes redevables de ces prestations.

Article 6

Le remboursement des frais prévus à l'article 5 s'effectue trimestriellement

pour les organismes assureurs allemands, par les organismes de liaison allemands compétents,

pour les organismes assureurs belges par le Fonds national d'assurance maladie-invalidité.

Chapitre III

Accidents du travail et Maladies professionnelles

(Assurance ou responsabilité de l'employeur)

Article 7

(1) Les prestations en espèces auxquelles un travailleur frontalier peut prétendre en vertu de la législation de la Partie contractante sur le territoire de laquelle il est occupé lui sont servies sur le territoire de cette Partie par les soins de l'organisme compétent auquel il est affilié, à moins que la législation de cette Partie n'impose cette obligation à l'employeur.

(2) Die Sachleistungen, die einem Grenzgänger nach den in Absatz 1 genannten Rechtsvorschriften zustehen, werden entweder in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet er beschäftigt ist, oder in dem Staat gewährt, in dem er sich gewöhnlich aufhält. Arzneien, Bandagen, Brillen und kleinere Hilfsmittel können jedoch nur in dem Staat bezogen werden, in dem sie ärztlich verordnet worden sind; das gleiche gilt für die Durchführung von Analysen und Laboratoriumsuntersuchungen.

Artikel 8

(1) Werden die Sachleistungen am Ort des gewöhnlichen Aufenthalts gewährt, so geschieht dies

für die im Gebiet der Bundesrepublik sich gewöhnlich aufhaltenden Grenzgänger durch die für den Ort des gewöhnlichen Aufenthalts zuständige Allgemeine Ortskrankenkasse oder, wo eine solche nicht besteht, durch die Landkrankenkasse oder durch die Kreisversicherungsanstalt, die für diesen Ort zuständig ist; die Kasse gewährt diese Leistungen nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften;

für die in Belgien sich gewöhnlich aufhaltenden Grenzgänger durch den Staatsfonds für die Kranken- und Invaliditätsversicherung, der diese Leistungen nach den belgischen Rechtsvorschriften über die Entschädigung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten durch Vermittlung des Regionalamtes in Eupen gewährt.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 wird unterstellt, daß der belgische Arbeitgeber einen Dienst für ärztliche Behandlung, Krankenhauspflege und Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln unterhält.

Artikel 9

Die Artikel 5 und 6 gelten entsprechend.

Artikel 10

Ein Grenzgänger, der in dem Vertragsstaat, in dem er sich gewöhnlich aufhält, auf dem Wege von dem Ort des gewöhnlichen Aufenthalts zur Arbeitsstätte oder zurück einen Unfall erleidet, wird nach den Rechtsvorschriften des Staates entschädigt, in dem er beschäftigt ist. Die Artikel 7, 8 und 9 sind anzuwenden.

Kapitel IV

Familienbeihilfen

Artikel 11

(1) Grenzgänger, ehemalige Grenzgänger und ihre Witwen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem Vertragsstaat haben, haben Anspruch auf Familien- und Geburtsbeihilfen nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates. Sie erhalten die Beihilfen auch dann, wenn die Kinder ihren gewöhnlichen oder vorübergehenden Aufenthalt im ersten Staat haben. Die Beihilfen werden durch den zuständigen Träger gezahlt.

(2) Als ehemalige Grenzgänger im Sinne des Absatzes 1 gelten Personen, die auf Grund ihrer Beschäftigung als Grenzgänger einen Anspruch auf Renten nach den in Artikel 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben b und c sowie Nr. 2 Buchstaben a bis d des Allgemeinen Abkommens genannten Rechtsvorschriften haben.

(2) Les prestations en nature auxquelles un travailleur frontalier peut prétendre en vertu de la législation visée au paragraphe 1 ci-dessus lui sont servies, soit sur le territoire de la Partie où il est occupé, soit sur le territoire où il réside. Toutefois les médicaments, les bandages, les lunettes et le petit appareillage ne peuvent être dispensés que sur le territoire de la Partie où ils ont été prescrits par le médecin; il en est de même pour les analyses et les examens de laboratoires.

Article 8

(1) Lorsque les prestations en nature sont servies au lieu de la résidence, elles le sont comme suit:

pour les travailleurs frontaliers résidant sur le territoire de la République fédérale par la «Allgemeine Ortskrankenkasse» compétente pour le lieu de résidence ou, à défaut d'une telle caisse, par la «Landkrankenkasse» ou par la «Kreisversicherungsanstalt» compétente pour ce lieu, conformément à la législation qui la régit;

pour les travailleurs frontaliers résidant sur le territoire belge, par le Fonds national d'assurance maladie-invalidité, qui sert ces prestations, à l'intervention de l'Office régional d'Eupen, conformément aux législations belges relatives à la réparation des dommages résultant des accidents du travail et des maladies professionnelles.

(2) Pour l'application des dispositions du paragraphe 1 ci-dessus, l'employeur belge est censé avoir organisé un service médical, pharmaceutique et hospitalier.

Article 9

Les dispositions des articles 5 et 6 s'appliquent par analogie.

Article 10

L'accident survenu à un travailleur frontalier, sur le territoire de la Partie où il réside et sur le chemin de sa résidence au lieu de son travail ou vice versa, est réparé conformément à la législation de la Partie sur le territoire de laquelle ce travailleur est occupé. Les dispositions des articles 7, 8 et 9 sont d'application dans ce cas.

Chapitre IV

Allocations familiales

Article 11

(1) Les travailleurs frontaliers, les anciens travailleurs frontaliers et leurs veuves, qui résident sur le territoire d'une Partie contractante, ont droit aux allocations familiales et de naissance octroyées en vertu de la législation de l'autre Partie. Ils bénéficient également de ces allocations lorsque les enfants résident ou séjournent sur le territoire de la première Partie. Les allocations sont versées par les organismes compétents.

(2) Par anciens travailleurs frontaliers au sens du paragraphe 1, il faut entendre les personnes qui, en raison de leur activité comme frontalier, ont droit à une pension ou à une rente en vertu des législations énumérées au par. 1, alinéa 1, lettres a à d, ainsi qu'au paragraphe 1, alinéa 2, lettres b et c de l'article 2 de la Convention générale.

Artikel 12

Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zu gewährenden Familien- und Geburtsbeihilfen können in der Währung des Staates gezahlt werden, in dem sich die Grenzgänger gewöhnlich aufhalten.

Article 12

Les allocations familiales et de naissance octroyées en vertu de la législation d'une Partie contractante peuvent être versées dans la monnaie du pays de résidence des frontaliers.

Kapitel V

Gemeinsame und Schlußbestimmungen

Artikel 13

Die zuständigen Behörden können Näheres über die Durchführung dieser Vereinbarung regeln.

Chapitre V

Dispositions communes et finales

Article 13

Les autorités compétentes des deux Parties contractantes peuvent déterminer les modalités d'application du présent Accord.

Artikel 14

Die zuständigen Behörden können einen Ausschuß einsetzen, dem die Durchführung dieser Vereinbarung obliegt, und der sich gegebenenfalls bemüht, die Streitigkeiten zu regeln, die sich bei Durchführung dieser Vereinbarung ergeben. Artikel 52 Abs. 2 bis 4 des Allgemeinen Abkommens ist anzuwenden.

Article 14

Les autorités compétentes peuvent instituer une commission chargée de l'application du présent Accord et qui, le cas échéant, s'efforcera de régler les différends qui pourraient surgir. Les dispositions des paragraphes 2, 3 et 4 de l'Article 52 de la Convention générale restent applicables.

Artikel 15

(1) Diese Vereinbarung bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Brüssel ausgetauscht.

(2) Diese Vereinbarung tritt gleichzeitig mit dem Allgemeinen Abkommen in Kraft. Sie wird für die Dauer eines Jahres nach dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens geschlossen. Sie gilt als stillschweigend von Jahr zu Jahr verlängert, sofern sie nicht von einem Vertragsstaat spätestens drei Monate vor Ablauf der Jahresfrist schriftlich gekündigt wird.

Article 15

(1) Le présent Accord sera ratifié et les instruments de ratification en seront échangés à Bruxelles aussi tôt que possible.

(2) Le présent Accord entrera en vigueur à la même date que la Convention générale. Il est conclu pour une durée d'un an, à compter de la date de son entrée en vigueur. Il sera renouvelé par tacite reconduction d'année en année, sauf dénonciation par une Partie contractante, laquelle devra être notifiée, par écrit, au moins trois mois avant l'expiration du terme.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diese Vereinbarung unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 7. Dezember 1957 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Accord et y ont apposé leurs cachets.

FAIT à Bonn, le 7 décembre 1957 en deux exemplaires originaux, chacun d'eux étant établi en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

v. Brentano
Blank

Pour la République fédérale d'Allemagne:

v. Brentano
Blank

Für das Königreich Belgien:

Baron de Gruben
Léon Eli Troclet

Pour le Royaume Belgique:

Baron de Gruben
Léon Eli Troclet

Zweite Zusatzvereinbarung
zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Belgien
über Soziale Sicherheit vom 7. Dezember 1957
über die Soziale Sicherheit der knappschaftlich versicherten Arbeitnehmer

Deuxième Accord complémentaire
à la Convention générale de Sécurité sociale
entre la République fédérale d'Allemagne
et le Royaume de Belgique,
du 7 décembre 1957,
concernant la Sécurité sociale des travailleurs des mines

DER PRASIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER

LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
et
SA MAJESTÉ LE ROI DES BELGES

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit vom 7. Dezember 1957 diese Zusatzvereinbarung zu schließen, und haben hierfür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

ONT RÉSOLU de conclure le présent Accord en vue de compléter la Convention générale de Sécurité sociale entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique du 7 décembre 1957, et, à cet effet, ont désigné comme leurs Plénipotentiaires:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Heinrich von Brentano,
Bundesminister des Auswärtigen,
Theodor Blank,
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,

Le Président de la République fédérale d'Allemagne
Dr. Heinrich von Brentano,
Bundesminister des Auswärtigen,
Theodor Blank,
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,

Seine Majestät der König der Belgier
Baron de Gruben,
Ambassadeur du Royaume de Belgique,
Léon Eli Troclet,
Ministre du Travail et de la Prévoyance Sociale,

Sa Majesté Le Roi des Belges
Baron de Gruben,
Ambassadeur du Royaume de Belgique,
Léon Eli Troclet,
Ministre du Travail et de la Prévoyance Sociale,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

lesquels, après avoir échangé leurs pouvoirs reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Abschnitt I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Diese Vereinbarung gilt vorbehaltlich des Artikels 2 für Personen, die nach den Rechtsvorschriften eines Staates oder beider Staaten knappschaftlich versichert sind oder waren, und deren Hinterbliebene.

Artikel 2

Das Allgemeine Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit vom 7. Dezember 1957 sowie die Dritte Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen werden auf die in Artikel 1 genannten Personen entsprechend angewendet, soweit nicht diese Vereinbarung etwas anderes bestimmt.

Titre I
Dispositions générales

Article 1

Le présent Accord s'applique, sous réserve des dispositions de l'article 2, aux personnes qui, en vertu de la législation d'une ou des deux Parties contractantes, sont ou ont été assujetties à un régime d'assurance pour les travailleurs des mines, ainsi qu'à leurs ayants droit.

Article 2

La Convention générale de Sécurité sociale entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique du 7 décembre 1957 ainsi que le troisième Accord complémentaire à cette Convention sont également applicables aux personnes visées à l'article 1, pour autant que le présent Accord n'en dispose pas autrement.

Abschnitt II

Rentenversicherung

(Versicherung für den Fall des Alters, der Invalidität, der Berufsunfähigkeit oder der Erwerbsunfähigkeit und des Todes — Renten)

Kapitel 1

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 3

(1) Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates über die knappschaftliche Rentenversicherung als Beschäftigungszeiten unter Tage anerkannt werden, gelten auch als Beschäftigungszeiten unter Tage im Sinne der Rechtsvorschriften des anderen Staates.

(2) Soweit nach den deutschen Rechtsvorschriften über die knappschaftliche Rentenversicherung der Leistungsanspruch davon abhängt, daß während einer bestimmten Zeit Hauerarbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellte Arbeiten verrichtet worden sind, berücksichtigen die deutschen Träger auch entsprechende Beschäftigungszeiten, die in Belgien zurückgelegt worden sind.

(3) Die deutschen Träger berücksichtigen bei Anwendung des Artikels 28 Abs. 3 des Allgemeinen Abkommens eine Zurechnungszeit in der deutschen knappschaftlichen Rentenversicherung nur, wenn der letzte Beitrag vor Eintritt des Versicherungsfalles zur knappschaftlichen Rentenversicherung eines Vertragsstaates entrichtet worden ist.

Artikel 4

Bei Anwendung des Artikels 39 Nr. 4 des Allgemeinen Abkommens wird nur die gleichgestellte Zeit berücksichtigt,

- a) die nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zurückgelegt worden ist, in dessen Gebiet die betreffende Person zuletzt vor dieser Zeit knappschaftlich versichert war oder,
- b) wenn diese Person vor dieser Zeit nicht in einem Vertragsstaat knappschaftlich versichert gewesen ist, die nach den Rechtsvorschriften des Staates zurückgelegt worden ist, in dessen Gebiet die Person nach dieser Zeit zum ersten Male knappschaftlich versichert war.

Artikel 5

Bei der Berechnung der Rente nach Artikel 22 Abs. 3 des Allgemeinen Abkommens werden Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates über die knappschaftliche Rentenversicherung zurückgelegt worden sind und weniger als 52 Wochen oder 12 Monate umfassen, nicht berücksichtigt, es sei denn, daß nach den Rechtsvorschriften dieses Staates die Wartezeit als erfüllt gilt.

Kapitel 2

Alter

Artikel 6

Zeiten, für die lediglich nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Rente bezogen wird, sind von den Trägern des anderen Staates für die Erhaltung der Anwartschaft auf Renten nach den Rechtsvorschriften

Titre II

Assurance Pension

(Assurances Vieillesse, Invalidité, Incapacité professionnelle ou Incapacité de gain et Décès — pensions)

Chapitre 1

Dispositions générales

Article 3

(1) Les périodes qui, d'après la législation d'une des Parties contractantes relative à l'assurance des travailleurs des mines, sont reconnues comme périodes de travail au fond, sont également considérées comme telles au regard de la législation de l'autre Partie.

(2) Si, d'après la législation allemande relative à l'assurance des travailleurs des mines, le droit à prestation est subordonné à la condition que, pendant une période déterminée, des travaux d'abattage au fond ou des travaux assimilés aient été effectués, les organismes allemands prennent également en considération les périodes de travail analogues accomplies en Belgique.

(3) Pour l'application des dispositions de l'article 28, paragraphe 3, de la Convention générale, les organismes allemands ne prennent en considération la « Zurechnungszeit » dans l'assurance allemande des travailleurs des mines que si la dernière cotisation avant la réalisation du risque a été versée dans le cadre de l'assurance des travailleurs des mines de l'une des Parties contractantes.

Article 4

Pour l'application des dispositions de l'article 39, no 4 de la Convention générale, est seule prise en considération:

- a) une période assimilée qui a été accomplie en vertu de la législation de la Partie sur le territoire de laquelle la personne intéressée a été assujettie en dernier lieu, avant la période en cause, à un régime d'assurance pour les travailleurs des mines, ou
- b) si cette personne n'a pas été, avant la période en cause, assujettie à un régime d'assurance pour les travailleurs des mines dans une des Parties, une période assimilée qui a été accomplie en vertu de la législation de la Partie sur le territoire de laquelle cette personne a été assujettie pour la première fois après la période en cause à un régime d'assurance pour les travailleurs des mines.

Article 5

Pour le calcul de la pension selon les dispositions de l'article 22, paragraphe 3 de la Convention générale, ne sont pas prises en considération les périodes de cotisation et les périodes assimilées qui ont été accomplies d'après la législation d'une Partie sous le régime d'assurance pour les travailleurs des mines et qui n'atteignent pas 52 semaines ou 12 mois, à moins que, selon cette législation, le stage ne soit réputé accompli.

Chapitre 2

Vieillesse

Article 6

Les périodes pendant lesquelles une pension est liquidée selon la législation d'une seule Partie sont prises en considération par l'organisme de l'autre Partie pour le maintien des droits en cours d'acquisition d'après la

dieses Staates anzurechnen. Dies gilt auch, wenn die nach den Rechtsvorschriften des ersten Staates festgestellte Rente wegen Ausübung einer Beschäftigung nicht gezahlt wird.

Artikel 7

(1) Personen, die in der Bundesrepublik eine knappschaftlich versicherte Beschäftigung aus einem Grund aufgegeben haben, der sie nach den belgischen Rechtsvorschriften verpflichtet, Beiträge für die Erhaltung der Anwartschaft zur Altersversicherung zu entrichten, erhalten von dem belgischen Träger unter Berücksichtigung dieser Vereinbarung eine Altersrente, wenn sie die Beiträge für die Erhaltung der Anwartschaft auf diese Rente entrichtet haben. Sie sind berechtigt, diese Beiträge zu entrichten, auch wenn sie die Altersgrenze erreicht haben. Die Höhe der Beiträge wird vom „Staatsfonds für die Altersversorgung der Bergleute“ (Fonds national de retraite des ouvriers mineurs) festgesetzt.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Personen, die nach Aufgabe einer knappschaftlich versicherten Beschäftigung in Belgien nach den belgischen Rechtsvorschriften verpflichtet sind, Beiträge für die Erhaltung der Anwartschaft zur Altersversicherung zu entrichten, und ihren gewöhnlichen Aufenthalt in die Bundesrepublik verlegt haben.

Kapitel 3

Invalidity, Berufsunfähigkeit und Erwerbsunfähigkeit

Artikel 8

(1) Hat eine Person unter Berücksichtigung der Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten über die knappschaftliche Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, Anspruch auf Invaliditätsrente nach den Rechtsvorschriften beider Staaten, erhält sie aber nach Artikel 5 von dem Träger eines Staates keine Rente, so stellt der Träger des anderen Staates auf Grund der in beiden Staaten zurückgelegten Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten und unter Berücksichtigung des Artikels 39 des Allgemeinen Abkommens die Rente fest, die der Person nach den von diesem Träger anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften zusteht, und trägt diese Rente in voller Höhe.

(2) Hat eine Person unter Berücksichtigung der Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten über die knappschaftliche Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, nur nach den Rechtsvorschriften eines Staates Anspruch auf eine Invaliditätsrente, so stellt der Träger dieses Staates die Rente nach den von ihm anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften und unter Berücksichtigung des Artikels 22 Abs. 3 des Allgemeinen Abkommens und des Artikels 5 dieser Vereinbarung fest. Die Rente, auf welche die Person nach den Rechtsvorschriften des anderen Staates Anspruch hat, wird nach dem Allgemeinen Abkommen festgestellt.

(3) Hat eine Person auch unter Berücksichtigung der Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten über die knappschaftliche Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, nach den Rechtsvorschriften beider Staaten keinen Anspruch auf Invaliditätsrente aus der knappschaftlichen Rentenversicherung, so bestimmen sich ihre Ansprüche nach dem Allgemeinen Abkommen.

législation de cette Partie. Cette disposition s'applique également lorsque la pension, déterminée selon la législation de la première Partie, n'est pas liquidée du fait de l'exercice d'une activité professionnelle.

Article 7

(1) Les personnes qui ont cessé dans la République fédérale d'exercer une activité entraînant l'assujettissement au régime d'assurance des travailleurs des mines pour une des causes qui, d'après la législation belge, donnent lieu au versement de cotisations en vue du maintien des droits aux prestations de l'assurance vieillesse, bénéficient de la part de l'organisme belge de ces prestations au titre du présent Accord si elles ont effectué le versement desdites cotisations. Elles ont la faculté d'effectuer ce versement lorsqu'elles atteignent l'âge de la retraite. Le montant de ce versement est fixé par le Fonds national de retraite des ouvriers mineurs.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent également aux personnes qui, ayant cessé en Belgique d'exercer une activité entraînant l'assujettissement au régime d'assurance des travailleurs des mines et ayant d'après la législation belge, à effectuer le versement de cotisations en vue du maintien des droits aux prestations de l'assurance vieillesse, ont fixé leur résidence dans la République fédérale.

Chapitre 3

Invalidity, Incapacité professionnelle et Incapacité de gain

Article 8

(1) Lorsque, par totalisation des périodes de cotisation et des périodes assimilées qui ont été accomplies d'après les législations des deux Parties sous le régime d'assurance pour les travailleurs des mines, une personne a droit à une pension d'invalidité au titre des législations des deux Parties mais, en raison des dispositions de l'article 5, n'obtient pas de pension de la part de l'organisme d'une Partie, l'organisme de l'autre Partie détermine, sur la base des périodes de cotisation et des périodes assimilées accomplies dans les deux Parties et compte tenu des dispositions de l'article 39 de la Convention générale, la pension à laquelle cette personne a droit d'après la législation interne qui le régit, et supporte la charge entière de cette pension.

(2) Lorsque, par totalisation des périodes de cotisation et des périodes assimilées qui ont été accomplies d'après les législations des deux Parties sous le régime d'assurance pour les travailleurs des mines, une personne n'a droit à une pension d'invalidité qu'au titre de la législation d'une Partie, l'organisme de cette Partie détermine cette pension d'après la législation interne qui le régit et compte tenu des dispositions de l'article 22, paragraphe 3, de la Convention générale ainsi que de l'article 5 du présent Accord. La pension à laquelle cette personne a droit d'après la législation de l'autre Partie est déterminée conformément aux dispositions de la Convention générale.

(3) Lorsque, par totalisation des périodes de cotisation et des périodes assimilées qui ont été accomplies d'après les législations des deux Parties sous le régime d'assurance pour les travailleurs des mines, une personne n'a pas droit, d'après les législations des deux Parties, à une pension d'invalidité au titre de l'assurance pour les travailleurs des mines, ses droits sont déterminés conformément aux dispositions de la Convention générale.

Kapitel 4

Tod

Artikel 9

Die Waisenrenten gehen ausschließlich zu Lasten des zuständigen Trägers des Staates, in dessen Gebiet der Versicherte letztmalig knappschaftlich versichert war.

Abschnitt III

Verschiedene und Schlußbestimmungen

Artikel 10

Hat eine Person, die eine Invaliditätsrente nach den belgischen Rechtsvorschriften über die knappschaftliche Rentenversicherung bezieht, wegen einer Berufskrankheit, die sie sich im Bergbau zugezogen hat, nach dem Allgemeinen Abkommen Anspruch auf eine Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Unfallversicherung, so kann diese Rente von dem deutschen Träger in dem Maße gekürzt werden, das dem Verhältnis entspricht, in dem die Beschäftigungszeiten im deutschen Bergbau, in denen die Person dem besonderen Risiko einer Entstehung der Berufskrankheit ausgesetzt war, zu der Gesamtheit der in beiden Vertragsstaaten im Bergbau zurückgelegten Beschäftigungszeiten steht. Die Kürzung darf nicht dazu führen, daß die Rentenbezüge, welche die Person infolge der durch die Berufskrankheit verursachten Invalidität, Berufsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit oder sonstigen Erwerbsminderung insgesamt nach den deutschen und belgischen Rechtsvorschriften erhält, niedriger sind als die Rente, die ihr allein nach den innerstaatlichen deutschen Rechtsvorschriften zustehen würde.

Artikel 11

(1) Diese Vereinbarung bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Brüssel ausgetauscht.

(2) Diese Vereinbarung tritt gleichzeitig mit dem Allgemeinen Abkommen in Kraft. Sie wird für die Dauer eines Jahres nach dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens geschlossen. Sie gilt als stillschweigend von Jahr zu Jahr verlängert, sofern sie nicht von einem Vertragsstaat spätestens drei Monate vor Ablauf der Jahresfrist schriftlich gekündigt wird.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diese Vereinbarung unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 7. Dezember 1957 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

v. Brentano

Blank

Für das Königreich Belgien:

Baron de Gruben

Léon Eli Troclet

Chapitre 4

Allocations pour orphelins

Article 9

Les allocations pour orphelins sont à la charge exclusive de l'organisme de la Partie sur le territoire de laquelle l'intéressé a été assujéti en dernier lieu au régime d'assurance pour les travailleurs des mines.

Titre III

Dispositions diverses et finales

Article 10

Si une personne, qui bénéficie d'une pension d'invalidité au titre de la législation belge relative à l'assurance pour les travailleurs des mines, a droit en vertu de la Convention générale du fait d'une maladie professionnelle contractée dans les mines, à une pension au titre de la législation allemande sur l'assurance contre les accidents, cette pension peut être réduite par l'organisme allemand, dans la mesure qui correspond au rapport existant entre les périodes de travail dans les mines allemandes pendant lesquelles cette personne a été exposé au risque particulier d'une maladie professionnelle et la totalité des périodes de travail accomplies dans les mines des deux Parties contractantes. Cette réduction ne peut avoir pour effet que le montant total des pensions dont cette personne bénéficie au titre des législations allemande et belge, en raison de l'invalidité, de l'incapacité professionnelle, de l'incapacité de gain ou de toute autre diminution de gain résultant de la maladie professionnelle, soit inférieur à la pension qui lui serait accordée au seul titre de la législation interne allemande.

Article 11

(1) Le présent Accord sera ratifié et les instruments de ratification en seront échangés à Bruxelles aussi tôt que possible.

(2) Le présent Accord entrera en vigueur à la même date que la Convention générale. Il est conclu pour une durée d'un an, à compter de la date de son entrée en vigueur. Il sera renouvelé par tacite reconduction d'année en année, sauf dénonciation par une Partie contractante, laquelle devra être notifiée par écrit au moins trois mois avant l'expiration du terme.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets.

FAIT à Bonn, le 7 décembre 1957 en deux exemplaires originaux, chacun d'eux étant établi en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne:

v. Brentano

Blank

Pour le Royaume de Belgique:

Baron de Gruben

Léon Eli Troclet

Dritte Zusatzvereinbarung
zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Belgien
über Soziale Sicherheit vom 7. Dezember 1957
über die Zahlung von Renten für die Zeit vor dem Inkrafttreten des Abkommens

Troisième Accord complémentaire
à la Convention générale de Sécurité sociale
entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique,
du 7 décembre 1957, relatif au paiement des pensions et rentes
dues pour la période antérieure à la mise en vigueur de la Convention

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER

LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
et
SA MAJESTÉ LE ROI DES BELGES

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit vom 7. Dezember 1957 diese Zusatzvereinbarung zu schließen, und haben hierfür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

ONT RÉSOLU de conclure le présent Accord en vue de compléter la Convention générale de Sécurité sociale entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique et, à cet effet, ont désigné comme leurs Plénipotentiaires:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Heinrich von Brentano,
Bundesminister des Auswärtigen,
Theodor Blank,
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,

Le Président de la République fédérale d'Allemagne
Dr. Heinrich von Brentano,
Bundesminister des Auswärtigen,
Theodor Blank,
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,

Seine Majestät der König der Belgier
Baron de Gruben,
Ambassadeur du Royaume de Belgique,

Sa Majesté le Roi des Belges
Baron de Gruben,
Ambassadeur du Royaume de Belgique,

Léon Eli Troclet,
Ministre du Travail et de la Prévoyance Sociale,

Léon Eli Troclet,
Ministre du Travail et de la Prévoyance Sociale,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

lesquels, après avoir échangé leurs pouvoirs reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Artikel 1

Artikel 1 bis 3, Artikel 4 Abs. 1, Artikel 22 bis 37, Artikel 39 bis 43, Artikel 46 bis 49 und Artikel 51 Abs. 2 des Allgemeinen Abkommens sowie Artikel 3 bis 6 und Artikel 8 bis 10 der Zweiten Zusatzvereinbarung und Artikel 3 des Schlußprotokolls zu dem Allgemeinen Abkommen gelten für Personen, die sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten und Anspruch auf eine Rente oder einen Teil einer Rente auf Grund der Rechtsvorschriften eines der beiden Staaten über die Entschädigung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten oder auf Grund der Rechtsvorschriften eines oder beider Staaten über die Rentenversicherungen haben, bereits mit Wirkung vom 1. Oktober 1944 an.

Article 1

Les dispositions des articles 1 à 3, 4 par. 1, 22 à 37, 39 à 43, 46 à 49 et 51 par. 2 de la Convention générale, des articles 3 à 6 et 8 à 10 du deuxième Accord complémentaire, ainsi que de l'article 3 du Protocole final annexé à la Convention générale sont applicables, avec effet au 1^{er} octobre 1944, aux personnes qui résident sur le territoire de l'une des Parties contractantes et qui, conformément à la législation de l'une des Parties ou des deux Parties, ont droit ou peuvent prétendre au paiement d'une pension ou rente ou d'une partie de pension ou de rente en vertu des législations relatives à l'indemnisation des dommages résultant des accidents du travail ou des maladies professionnelles ou en vertu des législations relatives à l'assurance en vue de l'invalidité, de la vieillesse et du décès-pensions.

Artikel 2

(1) Renten oder Rententeile, welche die deutschen und belgischen Träger nach den innerstaatlichen Rechtsvor-

Article 2

(1) Les prestations ou fractions de prestations visées à l'article 1^{er} qui sont ou qui étaient dues par les organis-

schriften, die von ihnen anzuwenden sind oder waren, unter Berücksichtigung des Artikels 1 den dort genannten Personen für die Zeit vor dem Inkrafttreten des Allgemeinen Abkommens schulden, sind den Berechtigten auf Antrag nach Maßgabe des Artikels 3 nachzuzahlen. Soweit nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherungen Renten oder Rententeile für die Zeit vor dem 1. April 1952 nicht gewährt werden können, weil ein leistungspflichtiger Träger nicht vorhanden ist, werden diese Leistungen von den nach Artikel 4 zuständigen Trägern übernommen.

(2) Wird die Nachzahlung innerhalb von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung beantragt, so kann der Ablauf von Verjährungs- oder Ausschlussfristen nicht geltend gemacht werden. Anträge auf Nachzahlung, die vor dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung bei einem Träger oder einer anderen für die Entgegennahme von Rentenansprüchen zuständigen Stelle eines Vertragsstaates eingereicht worden sind, werden so behandelt, als ob sie innerhalb der in Satz 1 bezeichneten Frist bei dem zuständigen Träger gestellt worden wären; falls die Stelle, bei welcher der Antrag eingereicht worden ist, für die Entscheidung über den Antrag nicht zuständig ist, übermittelt sie den Antrag der zuständigen Stelle.

Artikel 3

(1) Renten, die bereits vor dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung gezahlt worden sind, und deren Zahlung eingestellt ist, werden vom Zeitpunkt der Zahlungseinstellung, frühestens vom 1. Oktober 1944 an nachgezahlt.

(2) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung festgestellt, aber noch nicht gezahlt worden sind, werden von dem in dem Rentenbescheid genannten Zeitpunkt des Rentenbeginns, frühestens vom 1. Oktober 1944 an nachgezahlt.

(3) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung beantragt, aber noch nicht festgestellt worden sind, werden, wenn die übrigen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, von dem Tage an, der nach den jeweils geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften für den Rentenbeginn maßgebend ist, frühestens vom 1. Oktober 1944 an nachgezahlt.

(4) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Renten sind gegebenenfalls unter Berücksichtigung des Artikels 1 neu festzustellen; dasselbe gilt in bezug auf Anträge, die vor dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung wegen Fristversäumnis abgelehnt worden sind. Die Rechtskraft früherer Bescheide und Entscheidungen steht dem nicht entgegen.

(5) Beträge, welche die deutschen Träger nach den Absätzen 1 bis 3 für die Zeit vor dem 1. Juli 1948 nachzuzahlen und in Reichsmark festgestellt haben, sind im Verhältnis von 10 : 1 in Deutsche Mark umzurechnen. Beträge, welche die deutschen Träger mit dem Sitz im Saarland nach den Absätzen 1 bis 3 nachzuzahlen haben, werden umgestellt, soweit die jeweils im Saarland geltenden Vorschriften eine Umstellung vorschreiben.

Artikel 4

(1) Soweit die Renten bereits früher festgestellt worden sind, ist der Antrag auf Nachzahlung bei dem Träger zu stellen, der die Rente festgestellt hat.

(2) Bei erstmalig festzustellenden Renten ist der Antrag zu richten

mes allemands et belges en vertu de la législation qui les régit ou les régissait, aux personnes mentionnées audit article pour la période antérieure à la date de l'entrée en vigueur de la Convention générale sont, sur demande, payées conformément aux dispositions de l'article 3. Pour autant que, conformément aux dispositions légales de la République fédérale, des pensions ou parties de pensions des régimes allemands d'assurance des ouvriers, des employés et des mineurs ne peuvent être payées, pour les périodes antérieures au 1^{er} avril 1952, parce qu'il n'y avait pas d'organisme compétent, ces prestations sont prises en charge par les organismes désignés à l'article 4.

(2) Si la demande de paiement est introduite dans les deux années à compter de la date d'entrée en vigueur du présent Accord, l'expiration d'un délai de prescription ou de forclusion ne peut lui être opposée. Les demandes de paiement qui ont été introduites, avant la date d'entrée en vigueur du présent accord, auprès d'un organisme assureur ou d'une institution habilitée à recevoir de telles demandes sur le territoire de l'une des Parties contractantes, sont traitées comme si elles avaient été introduites, dans les délais visés ci-dessus, auprès de l'organisme compétent; si l'organisme, auprès duquel la demande a été introduite n'est pas l'organisme compétent auquel incombe la décision, celui-ci transmet la demande à l'organisme compétent.

Article 3

(1) Les pensions ou rentes qui ont déjà été payées avant l'entrée en vigueur du présent Accord et dont le paiement a été suspendu sont payées à nouveau avec effet à partir de la date de la suspension des paiements et au plus tôt à partir du 1^{er} octobre 1944.

(2) Les pensions ou rentes fixées antérieurement à la date de la mise en vigueur du présent Accord, mais qui n'ont pas encore été payées, le sont avec effet à partir de la date de prise en cours mentionnée au brevet et au plus tôt à partir du 1^{er} octobre 1944.

(3) Les pensions ou rentes pour lesquelles une demande a été introduite avant l'entrée en vigueur du présent Accord, mais qui n'ont pas encore été fixées, sont payées à partir du jour fixé pour la prise en cours de la prestation par la législation applicable au moment de la demande et sous réserve que les autres conditions légales soient remplies, et au plus tôt à partir du 1^{er} octobre 1944.

(4) Les pensions ou rentes visées aux paragraphes 1 et 2 sont éventuellement fixées à nouveau en tenant compte des dispositions de l'article 1^{er}. Il en est également ainsi lorsqu'il s'agit de demandes qui, avant l'entrée en vigueur du présent Accord, ont été rejetées en raison de l'expiration du délai de prescription ou de forclusion. Les jugements et décisions antérieurs, même s'ils ont force de loi, ne peuvent être opposés aux demandes.

(5) Les sommes dues par les organismes assureurs, dans la République fédérale, conformément aux par. 1, 2 et 3 pour la période antérieure au 1^{er} juillet 1948, et fixées en Reichsmark, sont converties sur la base de 10 RM pour 1 DM. Les montants à payer en vertu des paragraphes 1 à 3 par les organismes allemands ayant leur siège en Sarre, sont convertis, pour autant que la législation en vigueur en Sarre à l'époque prévoient une conversion.

Article 4

(1) Pour autant que la pension ait déjà été fixée antérieurement, la demande de reprise de paiement doit être introduite auprès de l'organisme qui a fixé la pension.

(2) La demande d'une pension à fixer pour la première fois doit être adressée:

- a) auf deutscher Seite
- in der Unfallversicherung an den Träger, bei dem der Antragsteller im Zeitpunkt des Unfalles versichert war,
- in der Rentenversicherung der Arbeiter an die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz in Düsseldorf, sofern nicht wegen der Art der Beschäftigung die Bundesbahnversicherungsanstalt in Frankfurt/Main oder die Seekasse in Hamburg zuständig ist,
- in der Rentenversicherung der Angestellten an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf,
- in der knappschaftlichen Rentenversicherung an die Aachener Knappschaft;

- b) auf belgischer Seite
- bei Arbeitsunfällen an den Arbeitgeber oder den Versicherer, der an dessen Stelle tritt,
- bei Berufskrankheiten an den Versorgungsfonds für die Opfer von Berufskrankheiten in Brüssel (Fonds de Prévoyance en faveur des victimes de maladie professionnelle à Bruxelles),
- bei Alters- und Hinterbliebenenrenten für Arbeiter und Angestellte an das Ministerium für Arbeit und soziale Vorsorge in Brüssel,
- bei Renten für Bergleute an den Staatsfonds für die Altersversorgung der Bergleute in Brüssel (Fonds National de Retraite des ouvriers mineurs à Bruxelles),
- bei Invaliditätsentschädigungen für Arbeiter und Angestellte an den Staatsfonds für die Kranken- und Invaliditätsversicherung in Brüssel (Fonds National d'Assurance maladie-invalidité à Bruxelles).

Die vorbezeichneten deutschen und belgischen Stellen sind auch für die Feststellung und Zahlung der Renten zuständig.

(3) Ist dem Antragsteller der Träger, der die Rente früher festgesetzt hat, nicht bekannt, oder besteht der Träger, der die Rente früher festgestellt hat, nicht mehr, so richten

- a) die im Gebiet der Bundesrepublik sich gewöhnlich aufhaltenden Personen ihre Anträge auf Nachzahlung von Renten
- aus der Unfallversicherung an den Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften in Bonn,
- aus der Rentenversicherung der Arbeiter an die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz in Düsseldorf,
- aus der Rentenversicherung der Angestellten an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf,
- aus der knappschaftlichen Rentenversicherung an die Aachener Knappschaft;
- b) die in Belgien sich gewöhnlich aufhaltenden Personen ihre Anträge auf Nachzahlung von Renten
- an das Ministerium für Arbeit und soziale Vorsorge in Brüssel.

Diese Stellen leiten die Anträge gegebenenfalls an die zuständigen Träger weiter.

- a) du côté allemand
- en ce qui concerne l'assurance-accidents, auprès de l'organisme assureur auquel l'intéressé a été affilié à la date à laquelle l'accident est survenu;
- en ce qui concerne l'assurance-pension des ouvriers, auprès de la « Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz » à Dusseldorf, à moins que, du fait de la nature de l'activité, le cas ne relève de la compétence de la « Bundesbahnversicherungsanstalt » à Francfort/Main ou de la « Seekasse » à Hambourg;
- en ce qui concerne l'assurance-pension des employés, auprès de la « Bundesversicherungsanstalt für Angestellte » à Berlin-Wilmersdorf;
- en ce qui concerne l'assurance-pension des ouvriers mineurs, auprès de la « Knappschaft » à Aachen (Aix-la-Chapelle)
- b) du côté belge
- s'il s'agit d'un accident du travail, auprès de l'employeur ou de son assureur subrogé;
- s'il s'agit d'une maladie professionnelle, auprès du Fonds de Prévoyance en faveur des victimes de maladies professionnelles, à Bruxelles;
- s'il s'agit de pension de vieillesse ou de survie pour ouvrier ou employé, auprès du Ministère du Travail et de la Prévoyance Sociale, à Bruxelles;
- s'il s'agit de pension pour ouvrier mineur, auprès du Fonds National de Retraite des ouvriers mineurs, à Bruxelles;
- s'il s'agit d'indemnité d'invalidité pour ouvrier ou pour employé, auprès du Fonds National d'Assurance maladie-invalidité, à Bruxelles.

Les organismes allemands et belges précités sont compétents à la fois pour la fixation et le paiement des pensions.

(3) Lorsque le requérant ne connaît pas l'organisme assureur qui a fixé la pension antérieurement ou lorsque l'organisme assureur qui a fixé la pension antérieurement n'existe plus,

- a) les personnes résidant sur le territoire de la République fédérale introduiront leurs demandes de reprise de paiement de pension:
- auprès du « Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften » à Bonn, en ce qui concerne l'assurance-accidents,
- auprès de la « Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz » à Dusseldorf, en ce qui concerne l'assurance-pension des ouvriers,
- auprès de la « Bundesversicherungsanstalt für Angestellte » à Berlin-Wilmersdorf en ce qui concerne l'assurance-pension des employés,
- auprès de la « Knappschaft » à Aachen, en ce qui concerne l'assurance-pension des ouvriers mineurs;
- b) les personnes résidant en Belgique introduiront leurs demandes de reprise de paiement de pension:
- au Ministère du Travail et de la Prévoyance Sociale, à Bruxelles.

Les organismes susmentionnés transmettront, le cas échéant, les demandes aux organismes assureurs compétents.

Artikel 5

Die Träger jedes Vertragsstaates können in den Fällen des Artikels 2 Abs. 1 die anspruchsbegründenden Tatsachen im Wege der Verwaltungshilfe von dem Träger des anderen Staates nachprüfen lassen, der für den Ort des gewöhnlichen Aufenthalts des Antragstellers zuständig ist.

Artikel 6

Die deutschen Träger berücksichtigen bei Personen, denen auf Grund der belgischen Rechtsvorschriften ein Anspruch auf Wiedergutmachung zuerkannt worden ist, den Sachverhalt, der von den zuständigen belgischen Stellen ermittelt worden ist. Bei Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften wird vermutet, daß zwischen dem Ereignis, das sich aus dem ermittelten Sachverhalt ergibt, und der Körperbeschädigung ein ursächlicher Zusammenhang besteht. Die deutschen Träger sind jedoch berechtigt festzustellen, daß nach den deutschen Rechtsvorschriften die Voraussetzungen für einen Leistungsanspruch nicht erfüllt sind.

Artikel 7

(1) Die deutschen Träger überweisen die von ihnen an Berechtigte in Belgien zu zahlenden Beträge mit befreiender Wirkung an das Ministerium für Arbeit und soziale Vorsorge, das sie durch Vermittlung der zuständigen belgischen Stellen ohne Abzug von Verwaltungs- oder Überweisungskosten an die Berechtigten auszahlt.

(2) Die belgischen Träger überweisen die von ihnen an Berechtigte im Gebiet der Bundesrepublik zu zahlenden Beträge mit befreiender Wirkung an die in Artikel 4 Abs. 3 Buchstabe a genannten Stellen, die sie ohne Abzug von Verwaltungs- oder Überweisungskosten an die Berechtigten auszahlen.

(3) Soweit den Berechtigten Vorschüsse oder Leistungen zu Lasten der Staatskasse oder zu Lasten der in den Absätzen 1 und 2 genannten Stellen gezahlt worden sind, sind diese Stellen berechtigt, die ihnen überwiesenen Beträge bis zur Höhe dieser Vorschüsse oder Leistungen aufzurechnen.

Artikel 8

(1) Die zuständigen Behörden können in einer Vereinbarung Näheres über die Durchführung dieser Zusatzvereinbarung regeln.

(2) Artikel 52 des Allgemeinen Abkommens ist entsprechend anzuwenden.

Artikel 9

(1) Diese Vereinbarung bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Brüssel ausgetauscht.

(2) Diese Vereinbarung tritt gleichzeitig mit dem Allgemeinen Abkommen in Kraft. Sie wird für die Dauer eines Jahres nach dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens geschlossen. Sie gilt als stillschweigend von Jahr zu Jahr verlängert, sofern sie nicht von einem Vertragsstaat spätestens drei Monate vor Ablauf der Jahresfrist schriftlich gekündigt wird.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diese Vereinbarung unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 7. Dezember 1957 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

v. Brentano

Blank

Für das Königreich Belgien:

Baron de Gruben

Léon Eli Troclet

Article 5

Les organismes compétents de l'une des Parties contractantes peuvent, dans les cas visés à l'article 2, paragraphe 1, faire vérifier la matérialité du fait générateur du droit en recourant aux bons offices des organismes de l'autre Partie, compétente pour le lieu de résidence de l'intéressé.

Article 6

Les organismes assureurs allemands prendront en considération, pour les personnes qui ont été admises au droit à réparation en vertu de la législation belge, la situation de fait recueillie par les autorités compétentes belges. Pour l'application de la législation allemande, il est présumé qu'il y a un lieu de causalité entre l'événement tel qu'il se révèle suivant la situation de fait constatée et la lésion corporelle. Toutefois, les organismes assureurs allemands ont le droit de déterminer que, selon la législation allemande, les conditions requises pour le droit à réparation ne sont pas remplies.

Article 7

(1) Les organismes assureurs allemands transféreront, avec effet libératoire, au Ministère du travail et de la Prévoyance Sociale, les sommes dues aux titulaires en Belgique, auxquels elles seront versées par l'entremise des organismes compétents belges sans aucune déduction pour frais d'administration ou de transfert.

(2) Les organismes compétents belges transféreront, avec effet libératoire, les sommes dues aux titulaires se trouvant sur le territoire de la République fédérale aux organismes désignés à l'article 4, paragraphe 3 litt. a, qui les verseront aux titulaires sans aucune déduction pour frais d'administration ou de transfert.

(3) Pour autant que des sommes aient été versées aux bénéficiaires, au titre d'avances ou de prestations, à charge du Trésor ou à charge de l'un des organismes compétents visés aux paragraphes 1 et 2, ces derniers sont autorisés à retenir les sommes qui leur sont transférées à concurrence desdites avances ou prestations.

Article 8

(1) Les autorités compétentes peuvent convenir des dispositions de détail pour l'application du présent Accord.

(2) Les dispositions de l'article 52 de la Convention générale sont applicables par analogie.

Article 9

(1) Le présent Accord sera ratifié et les instruments de ratification en seront échangés à Bruxelles, aussi tôt que possible.

(2) Le présent Accord entrera en vigueur à la même date que la Convention générale. Il est conclu pour une durée d'un an, à compter de la date de son entrée en vigueur. Il sera renouvelé par tacite reconduction d'année en année, sauf dénonciation par une Partie contractante, laquelle devra être notifiée, par écrit, au moins trois mois avant l'expiration du terme.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Accord et y ont apposé leurs cachets.

FAIT à Bonn, le 7 décembre 1957 en deux exemplaires originaux, chacun d'eux étant établi en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne:

v. Brentano

Blank

Pour le Royaume de Belgique:

Baron de Gruben

Léon Eli Troclet

Schlußprotokoll
zu dem Allgemeinen Abkommen vom 7. Dezember 1957
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit

Protocole final
relatif à la Convention générale de Sécurité sociale
du 7 décembre 1957
entre la République fédérale d'Allemagne
et le Royaume de Belgique

BEI DER UNTERZEICHNUNG des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien abgeschlossenen Allgemeinen Abkommens über Soziale Sicherheit haben die Unterzeichneten folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Das Allgemeine Abkommen sowie die Erste, Zweite und Dritte Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen gelten auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens gegenüber der belgischen Regierung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

(2) Bei Anwendung des Allgemeinen Abkommens und der Ersten, Zweiten und Dritten Zusatzvereinbarung gelten Bezugnahmen auf die Bundesrepublik auch als Bezugnahmen auf das Land Berlin, insbesondere Bezugnahmen auf das Gebiet der Bundesrepublik auch als Bezugnahmen auf das Gebiet des Landes Berlin und Bezugnahmen auf die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik auch als Bezugnahmen auf die Rechtsvorschriften des Landes Berlin.

(3) Gebiet des Landes Berlin im Sinne des Absatzes 2 sind die Gebiete, über die der Senat von Berlin behördliche Befugnisse ausübt.

Artikel 2

Für die Anwendung des Artikels 43 des Allgemeinen Abkommens gilt folgendes:

(1) Träger einer gesetzlichen Rentenversicherung im Gebiet des Landes Berlin sind:

- a) für die Zeit vor dem 1. Juli 1945 die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter (Invalidenversicherung), der Rentenversicherung der Angestellten (Angestelltenversicherung) und der knappschaftlichen Rentenversicherung, die bis zu diesem Zeitpunkt für das Gebiet des Landes Berlin zuständig gewesen sind;
- b) für die Zeit vom 1. Juli 1945 bis zum 31. Januar 1949 die Versicherungsanstalt Berlin;
- c) für die Zeit vom 1. Februar 1949 bis zum 31. März 1952 die Versicherungsanstalt Berlin (West);
- d) für die Zeit nach dem 31. März 1952
 - aa) in bezug auf die Rentenversicherung der Arbeiter die Landesversicherungsanstalt Berlin;
 - bb) in bezug auf die Rentenversicherung der Angestellten
 1. für die Zeit vom 1. April 1952 bis zum 31. Januar 1954 die Landesversicherungsanstalt Berlin und

AU MOMENT DE SIGNER la Convention générale de Sécurité sociale conclue ce jour entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique, les sous-signés sont convenus de ce qui suit:

Article 1

(1) La Convention générale ainsi que les premier, deuxième et troisième Accords complémentaires à la Convention générale sont également applicables au «Land Berlin», sauf si le Gouvernement de la République fédérale fait une déclaration contraire au Gouvernement belge dans les trois mois suivant l'entrée en vigueur de la Convention.

(2) Pour l'application de la Convention générale et des premier, deuxième et troisième Accords complémentaires, les références à la République fédérale sont réputées être des références également au «Land Berlin» et, notamment, les références au territoire de la République fédérale sont réputées être des références également au territoire du «Land Berlin» et les références à la législation de la République fédérale sont réputées être des références à la législation du «Land Berlin».

(3) «Territoire du Land Berlin» au sens du paragraphe 2 signifie les régions qui relèvent de la compétence administrative du Sénat de Berlin.

Article 2

Pour l'application de l'article 43 de la Convention générale:

(1) Les organismes de l'assurance-pension réglementaire sur le territoire du «Land Berlin» sont:

- a) pour la période antérieure au 1^{er} juillet 1945 les organismes assureurs de l'assurance-pension des ouvriers (Invalidenversicherung), de l'assurance-pension des employés (Angestelltenversicherung) et de l'assurance-pension des ouvriers mineurs qui étaient compétents, jusqu'à cette date, pour le territoire du «Land Berlin»;
- b) pour la période allant du 1^{er} juillet 1945 au 31 janvier 1949, la «Versicherungsanstalt Berlin»;
- c) pour la période allant du 1^{er} février 1949 au 31 mars 1952, la «Versicherungsanstalt Berlin (West)»;
- d) pour la période postérieure au 31 mars 1952:
 - aa) en ce qui concerne l'assurance-pension des ouvriers, la «Landesversicherungsanstalt Berlin»;
 - bb) en ce qui concerne l'assurance-pension des employés,
 1. pour la période allant du 1^{er} avril 1952 au 31 janvier 1954, la «Landesversicherungsanstalt Berlin» et

2. für die Zeit seit dem 1. Februar 1954 die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte;
- cc) in bezug auf die knappschaftliche Rentenversicherung die Ruhrknappschaft, Geschäftsstelle Berlin.
- (2) Folgende Träger gelten nicht als Versicherungsträger einer gesetzlichen Rentenversicherung mit Sitz im Land Berlin:
- a) die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte,
 - b) die Reichsknappschaft,
 - c) die Reichsbahnversicherungsanstalt und
 - d) die Landesversicherungsanstalt Brandenburg.

Artikel 3

(1) Bei Anwendung der Bestimmungen des Allgemeinen Abkommens sowie der Zweiten und Dritten Zusatzvereinbarung über die Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenrenten gelten Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die

- a) von Personen, die am 1. Januar 1920 in den Kreisen Eupen, Malmédy und St. Vith ihren Wohnsitz hatten, vor diesem Zeitpunkt in einer deutschen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, als belgische Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten,
- b) von Personen, die am 1. Januar 1920 in Neutral-Moresnet ihren Wohnsitz hatten, vor diesem Zeitpunkt in einer deutschen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, als deutsche Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten,
- c) zwischen dem 1. Januar 1941 — soweit Beiträge nach den deutschen Rechtsvorschriften bereits ab 1. Juli 1940 zu entrichten waren, zwischen dem 1. Juli 1940 — und dem 30. September 1944 von Personen mit Wohnsitz in den Kreisen Eupen, Malmédy und St. Vith in einer deutschen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, als deutsche Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, soweit nicht etwas anderes vereinbart ist. Im letzteren Falle gilt diese anderweitige Regelung auch für Zeiten, für die eine Nachversicherung in einer deutschen Rentenversicherung zu Lasten des früheren Deutschen Reiches durchgeführt worden ist.

(2) Die Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten, die nach Absatz 1 Buchstaben b und c als deutsche Beitragszeiten oder gleichgestellte Zeiten gelten, stehen bei Anwendung des Allgemeinen Abkommens sowie der Zweiten und Dritten Zusatzvereinbarung den Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten gleich, die im Gebiet der Bundesrepublik zurückgelegt worden sind.

(3) Bei Anwendung der Bestimmungen des Allgemeinen Abkommens sowie der Dritten Zusatzvereinbarung über die Renten aus den Versicherungen gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

- a) gelten Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, die zwischen dem 10. Mai 1940 und dem 30. September 1944 in den Kreisen Eupen, Malmédy und St. Vith eingetreten sind, in keinem Falle als im Zusammenhang mit einer Beschäftigung im Gebiet der Bundesrepublik stehend;

2. pour la période postérieure au 1^{er} février 1954 la « Bundesversicherungsanstalt für Angestellte »
- cc) en ce qui concerne l'assurance-pension des ouvriers mineurs, la « Ruhrknappschaft, Geschäftsstelle Berlin ».

(2) Ne sont pas considérés comme des organismes de l'assurance-pension réglementaire ayant leur siège sur le territoire du « Land Berlin » les organismes suivants:

- a) « Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte »;
- b) « Die Reichsknappschaft »;
- c) « Die Reichsbahnversicherungsanstalt » et
- d) « Die Landesversicherungsanstalt Brandenburg ».

Article 3

(1) Pour l'application des dispositions de la Convention générale, ainsi que des deuxième et troisième Accords complémentaires à ladite Convention, les dispositions suivantes valent pour les pensions de vieillesse, d'invalidité et de survivant. Les périodes de cotisation et les périodes assimilées accomplies:

- a) par des personnes ayant, au premier janvier 1920, leur domicile sur les territoires d'Eupen, Malmédy et Saint-Vith, qui ont été accomplies antérieurement à cette date sous le régime d'une assurance-pension allemande, sont considérées comme des périodes de cotisation et des périodes assimilées belges;
- b) par des personnes ayant, au 1^{er} janvier 1920, leur domicile sur le territoire de « Neutral-Moresnet », qui ont été accomplies antérieurement à cette date sous le régime d'une assurance-pension allemande, sont considérées comme des périodes de cotisation et des périodes assimilées allemandes;
- c) entre le 1^{er} janvier 1941 — ou entre le 1^{er} juillet 1940 si les cotisations devaient être versées déjà à partir de cette dernière date en vertu de la législation allemande — et le 30 septembre 1944, par les personnes domiciliées sur les territoires d'Eupen, Malmédy et Saint-Vith sous le régime d'une assurance-pension allemande, sont considérées comme des périodes de cotisation ou des périodes assimilées allemandes, pour autant qu'il n'en soit pas convenu autrement. Dans ce cas, cet autre règlement s'applique également aux périodes pour lesquelles une assurance rétroactive est intervenue sous le régime d'une assurance-pension allemande à charge de l'ancien Reich allemand.

(2) Les périodes de cotisation et les périodes assimilées qui, en vertu du paragraphe 1 littéras b) et c) sont considérées comme des périodes allemandes de cotisation ou des périodes assimilées sont, pour l'application de la Convention générale et des deuxième et troisième Accords complémentaires, équivalentes à des périodes de cotisation et des périodes assimilées accomplies sur le territoire de la République fédérale.

(3) Pour l'application des dispositions de la Convention générale ainsi que du troisième Accord complémentaire relatives aux rentes de l'assurance contre les accidents de travail et les maladies professionnelles:

- a) les accidents du travail et les maladies professionnelles qui se sont produits dans les territoires d'Eupen, Malmédy et Saint-Vith entre le 10 mai 1940 et le 30 septembre 1944, ne sont, en aucun cas, considérés comme s'étant produits en relation avec une occupation dans le territoire de la République fédérale;

- b) sind Arbeitsunfälle, die vor dem 1. Januar 1919 in Elsaß-Lothringen eingetreten und auf Grund der Entscheidung des Rates des Völkerbundes vom 21. Juni 1921 (Reichsgesetzbl. Seite 1289) nicht von französischen Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung übernommen worden sind, von den deutschen Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung zu entschädigen.

Artikel 4

(1) In den deutschen Gebieten, die vorübergehend unter belgischer Verwaltung stehen, gelten von dem Zeitpunkt an, in dem diese Gebiete in die Bundesrepublik eingegliedert werden, die in Artikel 2 Abs. 1 Nr. 1 des Allgemeinen Abkommens genannten Rechtsvorschriften.

(2) Personen, die auf Grund einer Beschäftigung oder Tätigkeit in den in Absatz 1 genannten Gebieten vor dem dort genannten Zeitpunkt während der Dauer der belgischen Verwaltung nach den belgischen Rechtsvorschriften einen Anspruch auf Leistungen für den Fall der Krankheit, der Mutterschaft und des Todes (Sterbegeld) oder auf Entschädigung eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit erworben haben, behalten die ihnen nach diesen Rechtsvorschriften zustehenden Ansprüche unter Berücksichtigung des Allgemeinen Abkommens sowie der Ersten, Zweiten und Dritten Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen.

(3) Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die in den in Absatz 1 genannten, vorübergehend unter belgische Verwaltung gestellten deutschen Gebieten nach den in Artikel 2 Abs. 1 Nr. 2 Buchstaben a und b des Allgemeinen Abkommens genannten Rechtsvorschriften zurückgelegt worden sind, werden bei Anwendung des Allgemeinen Abkommens sowie der Zweiten und Dritten Zusatzvereinbarung so behandelt, als ob sie im Gebiet der Bundesrepublik zurückgelegt worden wären, es sei denn, daß die betreffenden Personen in Belgien ihren Wohnsitz hatten, während sie diese Zeiten zurückgelegt haben. Soweit für diese Zeiten bereits eine Rente nach den belgischen Rechtsvorschriften zuerkannt worden ist, wird diese Rente neu festgestellt; die Rechtskraft früherer Entscheidungen und Bescheide steht nicht entgegen.

(4) Beiträge, die nach den belgischen Rechtsvorschriften für Zeiten entrichtet worden sind, welche nach Absatz 3 als im Gebiet der Bundesrepublik zurückgelegte Beitragszeiten oder gleichgestellte Zeiten gelten, sind auf Grund einer Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden an die in dieser Vereinbarung zu bestimmende Stelle zu überweisen.

Artikel 5

Sonderversicherungen im Sinne des Artikels 25 des Allgemeinen Abkommens sind

- in der Bundesrepublik
- die knappschaftliche Rentenversicherung;
- in Belgien
- die Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung der Bergleute,
- die Alters- und Hinterbliebenenversicherung der Angestellten,
- die Alters- und Hinterbliebenenversicherung der Seeleute.

Artikel 6

Die zuständigen Träger eines Vertragsstaates gewähren dem Versicherten während des Verfahrens zur Feststellung der Rente nach Abschnitt III des Allgemeinen Abkommens und nach den Artikeln 3 bis 8 der Zweiten Zu-

- b) les accidents du travail qui se sont produits en Alsace-Lorraine avant le 1^{er} janvier 1919 et qui n'ont pas été pris en charge, conformément à la décision du Conseil de la Société des Nations du 21 juin 1921 (Reichsgesetzblatt 1921 page 1289) par des organismes français de l'assurance réglementaire contre les accidents, sont réparés par les organismes allemands de l'assurance réglementaire contre les accidents.

Article 4

(1) Les législations énumérées à l'article 2, par. 1, alinéa 1 de la Convention générale sont applicables aux territoires allemands placés temporairement sous administration belge à partir de la date de leur incorporation dans la République fédérale.

(2) Les personnes qui conformément aux législations belges ont acquis un droit à des prestations de l'assurance maladie, maternité ou de décès (indemnité funéraire) ou à la réparation d'un accident de travail ou d'une maladie professionnelle au titre d'une occupation ou d'une activité dans les territoires visés au par. 1 avant la date y mentionnée et sous l'administration belge, conservent les droits acquis en vertu de ces législations, compte tenu des dispositions de la Convention générale et des premier, deuxième et troisième Accords complémentaires à ladite Convention.

(3) Les périodes de cotisation et les périodes assimilées accomplies sur les territoires allemands placés temporairement sous administration belge et sous l'empire de l'une des législations énumérées à l'article 2, par. 1, alinéa 2, lettres a) et b) de la Convention générale, ainsi que des deuxième et troisième Accords complémentaires, assimilées à des périodes accomplies sur le territoire de la République fédérale, pour les personnes ayant accompli ces périodes sauf si elles étaient domiciliées en Belgique. Dans le cas où, pour cette période, une pension leur avait déjà été reconnue en vertu de la législation belge, cette pension devra être fixée à nouveau; les jugements et décisions antérieures, même s'ils ont force de loi, ne peuvent être opposés aux demandes.

(4) Les cotisations qui ont été payées en vertu de la législation belge pour les périodes d'assurance qui, conformément au paragraphe 3, sont assimilées à des périodes de cotisation ou à des périodes assimilées accomplies sur le territoire de la République fédérale, seront, après un accord administratif à intervenir entre les autorités compétentes des deux Parties contractantes, transférées aux organismes qui auront été désignés par cet Accord.

Article 5

Les régimes d'assurance particuliers, au sens de l'article 25 de la Convention générale sont:

- pour la République fédérale
- le régime d'assurance-pension des mineurs
- pour la Belgique
- le régime de retraite des ouvriers mineurs
- le régime de pension des employés
- le régime de pension des marins.

Article 6

Pendant la procédure de détermination de la pension, conformément au Titre III de la Convention générale et aux articles 3 à 8 du deuxième Accord complémentaire à ladite Convention générale, les organismes compétents

satzvereinbarung einen vorläufigen Vorschuß, wenn der Versicherte die Voraussetzungen zum Bezug einer Rente nach den Rechtsvorschriften dieses Staates erfüllt oder wenn aus den vorgelegten Urkunden hervorgeht, daß er wahrscheinlich die Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Rente nach den Rechtsvorschriften dieses Staates erfüllen wird.

Artikel 7

(1) Die deutschen Träger der Rentenversicherungen verfahren bei Feststellung der Renten, für welche die bis zum 1. Januar 1957 geltenden Vorschriften anzuwenden sind, wie folgt:

- a) Für die Entscheidung, ob die Anwartschaft erhalten ist oder als erhalten gilt, stehen Beitragszeiten nach belgischem Recht den Beitragszeiten nach deutschem Recht und gleichgestellte Zeiten nach belgischem Recht den gleichgestellten Zeiten nach deutschem Recht gleich;
- b) für die Halbedeckung gilt als erster Eintritt in die Versicherung der erste Eintritt in die Versicherung nach den deutschen Rechtsvorschriften oder der erste Eintritt in die Versicherung nach den belgischen Rechtsvorschriften, je nachdem, welcher Zeitpunkt der frühere ist;
- c) für die Berechnung des Steigerungsbetrages nach den deutschen Rechtsvorschriften werden Beitragszeiten, die nach den belgischen Rechtsvorschriften zurückgelegt worden sind, berücksichtigt. Für diese Zeiten wird der Steigerungsbetrag angerechnet, der im Durchschnitt auf die nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten entfällt.

(2) Für die Entscheidung, ob eine Rente nach den vor dem 1. Januar 1957 geltenden Rechtsvorschriften über die Zusammensetzung und Berechnung der Rente gewährt werden kann, werden Beiträge, die nach dem 31. Dezember 1956 nach den belgischen Rechtsvorschriften entrichtet worden sind oder entrichtet werden, wie Beiträge behandelt, die nach diesem Zeitpunkt nach den deutschen Rechtsvorschriften entrichtet worden sind oder entrichtet werden.

(3) In den Fällen der Absätze 1 und 2 werden Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten nach den belgischen Rechtsvorschriften in dem Zweig der deutschen Rentenversicherung berücksichtigt, der nach der Art der zuletzt in Belgien ausgeübten Beschäftigung zuständig gewesen wäre, wenn diese Beschäftigung in der Bundesrepublik ausgeübt worden wäre. Dabei gilt folgendes:

- a) Wäre die zuletzt in Belgien ausgeübte Beschäftigung nach den deutschen Rechtsvorschriften nicht versicherungspflichtig gewesen, so werden die Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten in der Rentenversicherung der Angestellten berücksichtigt. Wäre jedoch die zuletzt in Belgien ausgeübte Beschäftigung nach den deutschen Rechtsvorschriften deshalb nicht versicherungspflichtig gewesen, weil es sich um eine vorübergehende Dienstleistung gehandelt hat, so werden die Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten in der Rentenversicherung der Arbeiter berücksichtigt, wenn diese bei nicht vorübergehender Dienstleistung nach der Art der Beschäftigung zuständig gewesen wäre.
- b) Läßt sich die Art der zuletzt in Belgien ausgeübten Beschäftigung nicht mehr feststellen, so

d'une Partie contractante octroyeront une avance si l'assuré remplit les conditions pour l'octroi d'une pension d'après la législation de cette Partie contractante ou s'il apparaît, d'après les documents produits que l'assuré remplira vraisemblablement les conditions exigées pour le droit aux prestations de ladite Partie.

Article 7

(1) En vue d'établir les pensions pour lesquelles les prescriptions en vigueur jusqu'au 1^{er} janvier 1957 sont applicables, les organismes allemands de l'assurance-pension procèdent comme suit:

- a) pour décider si les droits en cours d'acquisition sont maintenus ou réputés être maintenus, les périodes de cotisation selon le droit belge sont équivalentes aux périodes de cotisations selon le droit allemand, et les périodes assimilées selon le droit belge sont équivalentes aux périodes assimilées selon le droit allemand;
- b) en vue de la demi-couverture, est considérée comme première entrée dans l'assurance, la première entrée dans l'assurance au titre de la législation allemande ou bien, la première entrée dans l'assurance selon la législation belge, selon qu'il s'agit de la date la plus ancienne;
- c) pour le calcul du montant de la majoration au titre de la législation allemande, il est tenu compte des périodes de cotisations accomplies conformément aux dispositions légales belges. Pour ces périodes, le montant de la majoration pris en compte est le montant moyen correspondant aux périodes de cotisations et périodes assimilées accomplies selon la législation allemande.

(2) Pour décider si une pension peut-être accordée selon la législation en vigueur avant le 1^{er} janvier 1957, en ce qui concerne la composition et le calcul de la pension, les cotisations effectuées selon la législation belge après le 31 décembre 1956, sont considérées comme cotisations ayant été effectuées ou étant effectuées selon la législation allemande postérieurement à cette date.

(3) Dans les cas visés aux paragraphes 1 et 2, les périodes de cotisation et les périodes assimilées accomplies conformément à la législation belge sont prises en considération dans le régime de l'assurance-pension allemande qui, en vertu de la nature de la dernière profession exercée en Belgique, aurait été applicable si cette profession avait été exercée sur le territoire de la République fédérale. A cette fin, il est fait application des dispositions suivantes:

- a) si la dernière profession exercée en Belgique n'aurait pas donné lieu à l'obligation d'assurance en vertu de la législation allemande, les périodes de cotisation et les périodes assimilées sont prises en considération dans l'assurance-pension des employés. Si toutefois la dernière profession exercée en Belgique n'aurait pas donné lieu à l'obligation d'assurance en vertu de la législation allemande en raison de ce qu'il s'agissait de prestations passagères de travail, les périodes de cotisation et les périodes assimilées sont prises en considération dans le régime des ouvriers de l'assurance-pension, lorsque ce régime aurait été applicable en raison de la nature de la profession s'il ne s'était pas agi de prestations de travail passagères;
- b) s'il n'est plus possible de déterminer quelle était la dernière profession exercée en Belgique, les

werden die Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten in der Rentenversicherung der Arbeiter berücksichtigt.

Artikel 8

Das Allgemeine Abkommen, die Erste, Zweite und Dritte Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen sowie die Bestimmungen dieses Schlußprotokolls gelten auch für Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Genfer Abkommen), die sich im Gebiet der Bundesrepublik oder im Land Berlin oder in Belgien gewöhnlich aufhalten. Dabei haben die in Artikel 1 Abschnitt A des Genfer Abkommens enthaltenen Worte „Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind“ die Bedeutung, die ihnen die beiden Vertragsstaaten für ihre Verpflichtungen aus dem Genfer Abkommen gegeben haben.

Dieses Schlußprotokoll ist Bestandteil des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit. Es tritt an demselben Tag in Kraft wie das Abkommen und bleibt ebenso lange wie dieses in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Schlußprotokoll unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 7. Dezember 1957 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

v. Brentano
Blank

Für das Königreich Belgien:

Baron de Gruben
Léon Eli Troclet

périodes de cotisation et les périodes assimilées sont prises en considération dans l'assurance-pension des ouvriers.

Article 8

La Convention générale, les premier, deuxième et troisième Accords complémentaires à la Convention générale, ainsi que les dispositions du présent Protocole final, sont applicables aux Réfugiés dans le sens de l'article 1 de la Convention relative au statut des Réfugiés du 28 juillet 1951 (Convention de Genève), qui résident sur le territoire de la République fédérale, ou du « Land Berlin », ou de la Belgique. L'expression: « événements survenus avant le 1^{er} janvier 1951 », figurant à l'article 1, littera A de la Convention de Genève a la signification qui lui a été attribuée par les deux Parties contractantes au point de vue des obligations assumées en vertu de la Convention de Genève.

Ce Protocole final fait partie intégrante de la Convention générale de Sécurité sociale entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique. Il entre en vigueur le même jour que cette Convention et demeure en vigueur pendant la même durée que celle-ci.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires respectifs ont signé ce Protocole final et y ont apposé leurs cachets.

FAIT à Bonn le 7 décembre 1957 en deux exemplaires originaux, chacun d'eux étant établi en langue allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne:

v. Brentano
Blank

Pour le Royaume de Belgique:

Baron de Gruben
Léon Eli Troclet

Zusatzprotokoll
zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit vom 7. Dezember 1957,
zur Dritten Zusatzvereinbarung und zum Schlußprotokoll
zu dem Allgemeinen Abkommen vom 7. Dezember 1957

Protocole complémentaire
à la Convention générale de Sécurité sociale
entre la République fédérale d'Allemagne
et le Royaume de Belgique,
au 3^{ème} Accord complémentaire et au Protocole final à la Convention,
signés à Bonn, le 7 décembre 1957

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER,

MONSIEUR LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

et

SA MAJESTÉ LE ROI DES BELGES,

VON DEM WUNSCH GELEITET, Vorschriften des Allgemeinen Abkommens über Soziale Sicherheit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien vom 7. Dezember 1957, der Dritten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit vom 7. Dezember 1957 über die Zahlung von Renten für die Zeit vor dem Inkrafttreten des Abkommens, und des Schlußprotokolls zum Allgemeinen Abkommen vom 7. Dezember 1957 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit zu berichtigen und zu ändern,

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, ein Zusatzprotokoll zu schließen, und haben hierfür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident
der Bundesrepublik Deutschland
den Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt

Herrn Dr. Friedrich Janz,

Seine Majestät der König der Belgier
Seine Exzellenz den belgischen Botschafter in Bonn
Herrn Rémi Baert,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Das Allgemeine Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit vom 7. Dezember 1957 wird wie folgt berichtigt:

1. In Artikel 8 Abs. 1 sind die Worte „Angehörige des Höheren Auswärtigen Dienstes“ zu ersetzen durch die Worte „Angehörige des berufsdiplomatischen und berufskonsularischen Dienstes“.

CONSIDÉRANT qu'il y a lieu d'apporter certaines modifications et rectifications au texte de la Convention générale de Sécurité sociale entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique du 7 décembre 1957, au 3^{ème} Accord complémentaire à la Convention générale de Sécurité sociale entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique du 7 décembre 1957 relatif au paiement des pensions et rentes dues pour la période antérieure à la mise en vigueur de la Convention et au Protocole final à la Convention générale de Sécurité sociale entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique du 7 décembre 1957,

SONT RÉSOLUS de conclure un Protocole complémentaire à cet effet et ont désigné comme leurs plénipotentiaires:

Monsieur le Président
de la République fédérale d'Allemagne
Ministerialdirektor au Ministère fédéral des Affaires
étrangères

Monsieur le Dr. Friedrich Janz,

Sa Majesté le Roi des Belges
Son Excellence l'Ambassadeur de Belgique à Bonn
Monsieur Rémi Baert,

lesquels après avoir échangé leurs pleins pouvoirs en bonne et due forme sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1

Les rectifications suivantes sont apportées à la Convention générale de Sécurité sociale entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique du 7 décembre 1957:

1. Dans l'article 8, par. 1, les mots «Angehörige des Höheren Auswärtigen Dienstes» sont à remplacer par les mots «Angehörige des berufsdiplomatischen und berufskonsularischen Dienstes».

2. In Artikel 8 Abs. 2 Nr. 4 sind nach den Worten „par un agent diplomatique ou consulaire de la première Partie“ einzufügen die Worte „sur le territoire de l'autre Partie“.
3. In Artikel 16 Abs. 2 sind nach den Worten „la Caisse-maladie auprès de laquelle le bénéficiaire“ zu streichen die Worte „de la pension“ und einzufügen die Worte „de prestations“.
4. In Artikel 33 Abs. 3 sind nach den Worten „sont servies“ einzufügen die Worte „suivant les dispositions que les institutions débitrices sont tenues d'appliquer“.
5. In Artikel 40 sind die Worte „des périodes d'assurance“ zu ersetzen durch die Worte „de certaines périodes“ und die Worte „périodes en cause“ zu ersetzen durch die Worte „périodes de cotisations“.
6. In Artikel 43 Abs. 2 sind die Worte „dont un organisme allemand fixe de droit et le montant, à titre définitif ou non“ zu ersetzen durch die Worte „dont un organisme allemand a fixé ou fixera le droit et le montant“.
7. In Artikel 48 Abs. 2 sind nach den Worten „oder sonstige Schriftstücke, die“ einzufügen die Worte „bei Durchführung dieses Abkommens“.
8. In Artikel 49 sind nach den Worten „Les demandes, déclarations et recours qui“ einzufügen ein Komma und die Worte „selon la législation d'une des Parties Contractantes“.
9. In Artikel 53 sind nach den Worten „organes des organismes“ zu streichen die Worte „d'assurance sociale“ und einzufügen die Worte „et leurs associations ainsi qu'aux autorités de l'assurance sociale“.

Artikel 2

Artikel 57 Abs. 2 des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit vom 7. Dezember 1957 erhält folgende Fassung:

„(2) Das Abkommen tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden mit Wirkung vom 1. Januar 1959 an in Kraft.“

Artikel 3

In Artikel 1 der Dritten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit vom 7. Dezember 1957 über die Zahlung von Renten für die Zeit vor dem Inkrafttreten des Abkommens werden die Worte „Personen, die sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten und Anspruch auf eine Rente oder einen Teil einer Rente auf Grund der Rechtsvorschriften eines der beiden Staaten über die Entschädigung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten oder auf Grund der Rechtsvorschriften eines oder beider Staaten über die Rentenversicherungen haben“ ersetzt durch die Worte „Personen, die sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten und nach den Rechtsvorschriften eines der beiden oder beider Staaten über die Entschädigung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten oder über die Rentenversicherungen Anspruch auf eine Rente oder einen Teil einer Rente haben“.

Artikel 4

In Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 der Dritten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit vom 7. Dezember 1957 über die

2. Dans l'article 8, par. 2, alinéa 4, il y a lieu d'ajouter après les mots « par un agent diplomatique ou consulaire de la première Partie », les mots « sur le territoire de l'autre Partie ».
3. Dans l'article 16, par. 2, il y a lieu de supprimer après les mots « la Caisse-maladie auprès de laquelle le bénéficiaire » les mots « de la pension » et d'ajouter les mots « de prestations ».
4. Dans l'article 33, par. 3, il y a lieu d'ajouter après les mots « sont servies » les mots « suivant les dispositions que les institutions débitrices sont tenues d'appliquer ».
5. Dans l'article 40, il y a lieu de remplacer les mots « des périodes d'assurance » par les mots « de certaines périodes » et les mots « périodes en cause » par les mots « périodes de cotisations ».
6. Dans l'article 43, par. 2, il y a lieu de remplacer les mots « dont un organisme allemand fixe le droit et le montant, à titre définitif ou non » par les mots « dont un organisme allemand a fixé ou fixera le droit et le montant ».
7. Dans l'article 48, par. 2, il y a lieu d'ajouter après les mots « oder sonstige Schriftstücke, die » les mots « bei Durchführung dieses Abkommens ».
8. Dans l'article 49, il y a lieu d'ajouter après les mots « Les demandes, déclarations et recours qui » une virgule et les mots « selon la législation d'une des Parties Contractantes ».
9. Dans l'article 53, il y a lieu de supprimer après les mots « organes des organismes » les mots « d'assurance sociale » et d'ajouter les mots « et leurs associations ainsi qu'aux autorités de l'assurance sociale ».

Article 2

L'article 57, par. 2 de la Convention générale de Sécurité sociale entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique du 7 décembre 1957 est rédigé comme suit:

« (2) La Convention entre en vigueur le jour de l'échange des instruments de ratification et sortira ses effets le 1^{er} janvier 1959. »

Article 3

Dans l'article 1 du 3^{ème} Accord complémentaire à la Convention générale de Sécurité sociale entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique du 7 décembre 1957, relatif au paiement des pensions et rentes dues pour la période antérieure à la mise en vigueur de la Convention, les mots « Personen, die sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten und Anspruch auf eine Rente oder einen Teil einer Rente auf Grund der Rechtsvorschriften eines der beiden Staaten über die Entschädigung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten oder auf Grund der Rechtsvorschriften eines oder beider Staaten über die Rentenversicherungen haben » sont remplacés par les mots « Personen, die sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten und nach den Rechtsvorschriften eines der beiden oder beider Staaten über die Entschädigung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten oder über die Rentenversicherungen Anspruch auf eine Rente oder einen Teil einer Rente haben ».

Article 4

Dans l'article 2, par. 2, 1^{ère} phrase du 3^{ème} Accord complémentaire à la Convention de Sécurité sociale entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique du 7 décembre 1957, relatif au paiement des

Zahlung von Renten für die Zeit vor dem Inkrafttreten des Abkommens werden die Worte „nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung“ ersetzt durch die Worte „vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden zu dieser Vereinbarung an gerechnet“.

Artikel 5

Artikel 7 Abs. 3 der Dritten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit vom 7. Dezember 1957 über die Zahlung von Renten für die Zeit vor dem Inkrafttreten des Abkommens erhält folgende Fassung:

„(3) Soweit den Berechtigten Vorschüsse oder Leistungen zu Lasten der Staatskasse oder zu Lasten der in den Absätzen 1 und 2 genannten Stellen gezahlt wurden, sind die Ansprüche, die diesen Personen am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden zu dieser Vereinbarung zustehen, mit Wirkung von diesem Tag auf die Staatskasse oder die vorgenannten Stellen übergegangen; diese können die Feststellung der Leistungen betreiben und Rechtsmittel einlegen.“

Artikel 6

Das Schlußprotokoll zu dem Allgemeinen Abkommen vom 7. Dezember 1957 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Soziale Sicherheit wird wie folgt berichtigt:

In Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe c muß die erste Jahreszahl „1941“ lauten.

Artikel 7

1. Artikel 4 Abs. 3 Satz 1 des Schlußprotokolls zu dem Allgemeinen Abkommen vom 7. Dezember 1957 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien erhält folgende Fassung:

„Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die in den in Absatz 1 genannten, vorübergehend unter belgische Verwaltung gestellten deutschen Gebieten nach den in Artikel 2 Abs. 1 Nr. 2 Buchstaben a und b des Allgemeinen Abkommens genannten Rechtsvorschriften zurückgelegt worden sind, werden bei Anwendung des Allgemeinen Abkommens sowie der Zweiten und Dritten Zusatzvereinbarung so behandelt, als ob sie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt worden wären, es sei denn, daß die betreffenden Personen am 1. Oktober 1958 in Belgien ihren Wohnsitz hatten.“

2. Artikel 4 Abs. 4 des Schlußprotokolls zu dem Allgemeinen Abkommen vom 7. Dezember 1957 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien erhält folgende Fassung:

„(4) a) Von den Beiträgen zur belgischen Alters- und Hinterbliebenenversicherung für Zeiten, die nach Artikel 4 Abs. 3 als im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegte Beitragszeiten gelten, werden auf Grund einer Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden die für den Reservefonds bestimmten Beitragsanteile einschließlich der aufgelaufenen Zinsen an die in der Vereinbarung zu bestimmenden Stellen überwiesen. Auf Antrag eines Versicherten mit Beitragszeiten nach Satz 1 überweist die Caisse Générale d'Épargne et de Retraite in Brüssel die mathematischen Reserven, die den Renten entsprechen, welche nach der Verordnung Nr. 19 des Militärbefehlshabers für die vorübergehend unter belgische Verwaltung ge-

pensions et rentes dues pour la période antérieure à la mise en vigueur de la Convention, les mots « d'entrée en vigueur du présent Accord » sont remplacés par les mots « à laquelle les instruments de ratification du présent Accord ont été échangés ».

Article 5

L'article 7, par. 3 du troisième Accord complémentaire à la Convention générale de Sécurité sociale entre le Royaume de Belgique et la République fédérale d'Allemagne du 7 décembre 1957 relatif au paiement des pensions et rentes dues pour la période antérieure à la mise en vigueur de la Convention est rédigé comme suit:

« (3) Pour autant que des sommes ont été versées aux bénéficiaires, au titre d'avances ou de prestations, à charge du Trésor ou des organismes compétents visés aux paragraphes 1 et 2, ces derniers sont subrogés dans les droits que ces bénéficiaires détiennent, au jour de l'échange des instruments de ratification du présent accord, avec effet à cette date; ils peuvent engager la procédure en fixation des prestations et interjeter appel des décisions. »

Article 6

Le Protocole final à la Convention générale de Sécurité sociale entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique du 7 décembre 1957 est rectifié comme suit:

Dans le texte français, l'article 3, par. 1, litt. c, le premier chiffre d'année doit être « 1941 ».

Article 7

1. L'article 4, par. 3, 1^{ère} phrase du Protocole final à la Convention générale du 7 décembre 1957 entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique est rédigé comme suit:

« Les périodes de cotisations et les périodes assimilées qui ont été accomplies dans les territoires allemands placés temporairement sous administration belge désignés au paragraphe 1, selon les dispositions énumérées à l'article 2, par. 1, alinéa 2, littéras a et b de la Convention générale, lors de l'application de la Convention générale et des 2^{ème} et 3^{ème} Accords complémentaires, sont considérées comme si elles avaient été accomplies dans le territoire de la République fédérale d'Allemagne, à moins que les personnes intéressées n'aient eu leur domicile en Belgique au 1^{er} octobre 1958. »

2. L'article 4, par. 4 du Protocole final à la Convention générale du 7 décembre 1957 entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique est rédigé comme suit:

« (4) a. Les quote-parts des cotisations pour l'assurance belge de vieillesse et de survie, destinées au Fonds de réserve, pour les périodes qui, en vertu de l'article 4, par. 3, sont à considérer comme des périodes accomplies sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, ainsi que les intérêts, seront transférés aux institutions indiquées dans un arrangement que les autorités compétentes prendront à cet effet. A la demande d'un assuré ayant conformément au par. 1, accompli des périodes de cotisations, la Caisse générale d'Épargne et de Retraite à Bruxelles, transfèrera les réserves mathématiques qui correspondent aux rentes prévues dans l'Ordonnance n° 19 du Commandant militaire des territoires placés temporairement sous ad-

stellten Gebiete vom 8. September 1949 festzustellen wären, an die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz in Düsseldorf oder an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf, je nachdem, ob es sich um Arbeiter oder Angestellte handelt.

- b) Wird in den Fällen des Buchstabens a kein Antrag gestellt, so hat der zuständige belgische Träger die Rente zu zahlen, die sich nach den belgischen Rechtsvorschriften aus dem nicht überwiesenen Betrag ergibt. Um den Betrag dieser Rente ist der Zahlbetrag der Rente zu kürzen, die der zuständige deutsche Träger in Anwendung des Absatzes 3 zu zahlen hat. Der zuständige belgische Träger teilt in den Fällen, in denen er eine Rente ausschließlich oder zum Teil aus dem nicht überwiesenen Betrag zu zahlen hat, dem zuständigen deutschen Träger den Zahlbetrag oder den Teil des Zahlbetrages der Rente mit, der aus dem nicht überwiesenen Betrag zu gewähren ist.
- c) Der Antrag nach Buchstabe a ist nur wirksam, wenn er bis zum Ablauf der für die Anfechtung des Feststellungsbescheides geltenden Frist gestellt wird, der von dem zuständigen deutschen Träger auf Grund der in Absatz 3 genannten Zeiten zu erlassen ist.
- d) Tritt bei einem Versicherten mit Beitragszeiten nach Absatz 3 der Versicherungsfall der Invalidität unter Zugrundelegung der innerstaatlichen belgischen Rechtsvorschriften ein, so gewährt der zuständige belgische Träger nach Maßgabe der belgischen Rechtsvorschriften und unter Beachtung des Artikels 26 Abs. 2 der Verordnung Nr. 3 der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer Leistungen. Ansprüche gegen Versicherungsträger im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland auf Leistungen für die Fälle der Berufsunfähigkeit und der Erwerbsunfähigkeit sind insoweit ausgeschlossen.
- e) Ist der Versicherungsfall unter Zugrundelegung der innerstaatlichen belgischen Rechtsvorschriften noch nicht eingetreten, so gewährt der zuständige deutsche Träger Leistungen nach Maßgabe der innerstaatlichen deutschen Rechtsvorschriften. Von der festgestellten Rente wird jedoch nur der Teil gezahlt, der dem Verhältnis der für den Reservefonds bestimmten Beitragsanteile des Versicherten zu den gesamten nach Buchstabe a entrichteten Beiträgen entspricht."

Artikel 8

(1) Dieses Zusatzprotokoll bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Brüssel ausgetauscht.

(2) Dieses Zusatzprotokoll tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden mit Wirkung vom 1. Januar 1959 in Kraft.

ministration belge du 8 septembre 1949 à la « Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz » à Düsseldorf ou à la « Bundesversicherungsanstalt für Angestellte » à Berlin-Wilmersdorf selon qu'il s'agit d'ouvriers ou d'employés

- b. Si dans les cas visés sous a. aucune demande n'est faite, l'institution compétente belge doit, en application de la législation belge, verser la rente résultant du montant non transféré. Le montant de cette rente est à déduire du montant de la rente que l'institution compétente allemande doit verser, en application du par. 3. Dans les cas où l'institution compétente belge doit verser entièrement ou partiellement des rentes résultant du montant non transféré, les montants ou les parties du montant de ces rentes à octroyer sur la base du montant non transféré, seront communiqués à l'institution compétente allemande.
- c. La demande visée au litt. a n'a d'effet que lorsqu'elle est introduite avant l'expiration du délai fixé pour le recours contre la notification de la détermination de la pension, qui a été adressé par l'institution compétente allemande, en vertu des périodes citées au par. 3.
- d. Dans le cas où un assuré qui a accompli des périodes d'assurance visées au par. 3 est reconnu invalide en vertu de la législation belge, l'institution compétente belge accorde les prestations à partir des dispositions légales belges, compte tenu de l'article 26, par. 2 du Règlement n° 3 de la Communauté Économique Européenne concernant la sécurité sociale des travailleurs migrants. Les prétentions aux prestations d'un organisme assureur sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, pour des cas d'incapacité professionnelle ou de gain sont, dans ce cas, exclues.
- e. Dans le cas où l'invalidité n'est pas encore survenue, conformément à la législation belge, l'institution compétente allemande accorde les prestations à partir des dispositions légales allemandes. Cependant, une partie seulement de la rente fixée sera versée, notamment celle qui résulte du rapport entre la part des cotisations de l'assuré versée au Fonds de Réserve et l'ensemble des cotisations visées au litt. a. »

Article 8

1. Ce Protocole complémentaire doit être ratifié. L'échange des instruments de ratification aura lieu à Bruxelles, dès que possible.

2. Ce Protocole complémentaire entre en vigueur le jour de l'échange des instruments de ratification et sortira ses effets le 1^{er} janvier 1959.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Zusatzprotokoll unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 10. November 1960 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires respectifs ont signé ce Protocole complémentaire et y ont apposé leurs cachets.

FAIT à Bonn, le 10 novembre 1960, en deux exemplaires originaux, chacun d'eux étant établi en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Pour la République fédérale d'Allemagne:
F. Janz

Für das Königreich Belgien:
Pour le Royaume de Belgique:
R. Baert

Denkschrift

I.

Allgemeines

In der Bundesrepublik und in Belgien sind verbindlich und gelten unmittelbar seit dem 1. Januar 1959 die Verordnung Nr. 3 des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer vom 25. September 1958 und die Verordnung Nr. 4 des Rates der EWG zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung Nr. 3 über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer vom 3. Dezember 1958 (beide im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 30 Seite 561/58 veröffentlicht) — im folgenden als Verordnung Nr. 3 und als Verordnung Nr. 4 bezeichnet. Die beiden Verordnungen bestimmen die Rechte und Pflichten der Personen, für die sie gelten, in bezug auf alle Zweige der Sozialen Sicherheit, wenn für diese Personen die Rechtsvorschriften eines anderen als des Mitgliedstaates ihres Wohnortes oder nacheinander die Rechtsvorschriften von zwei oder mehr Mitgliedstaaten gelten oder galten. Die Verordnungen gelten nach Artikel 4 Abs. 1 der Verordnung Nr. 3 für Arbeitnehmer und ihnen Gleichgestellte, die Staatsangehörige eines Mitgliedstaates sind oder als Staatenlose oder Flüchtlinge im Gebiet eines Mitgliedstaates wohnen, sowie für die Familienangehörigen und die Hinterbliebenen dieser Personen. Sie gelten nach Artikel 4 Abs. 2 der Verordnung Nr. 3 auch für Hinterbliebene von Personen, die nicht Staatsangehörige eines Mitgliedstaates oder Staatenlose oder Flüchtlinge waren, wenn die Hinterbliebenen selbst Staatsangehörige eines Mitgliedstaates oder Staatenlose oder Flüchtlinge sind.

Die Verordnungen Nr. 3 und 4 treten für die Personen, für die sie gelten, im Interesse der Gleichbehandlung, der Vereinfachung und der Erleichterung auf dem Gebiet der Sozialen Sicherheit innerhalb der EWG grundsätzlich an die Stelle der zwei- und mehrseitigen Abkommen, die zwischen den Mitgliedstaaten der EWG bestehen. Diese Abkommen bleiben jedoch unberührt,

1. soweit sie ganz oder teilweise im Anhang D zur Verordnung Nr. 3 aufgeführt sind; dies ist für eine Reihe von Vorschriften des vorliegenden Abkommens, des Schlußprotokolls dazu sowie für die Zweite und die Dritte Zusatzvereinbarung geschehen;
2. soweit Personen in Frage kommen, für die die Verordnungen Nr. 3 und 4 nicht gelten.

Die Verordnungen gelten

- a) nicht für Grenzgänger, soweit die diesen Arbeitnehmern zu gewährenden Leistungen durch eigens für sie getroffene Bestimmungen geregelt sind (Artikel 4 Abs. 3 der Verordnung Nr. 3),
- b) nicht für Angehörige des berufsdiplomatischen und berufskonsularischen Dienstes einschließlich des Geschäftspersonals sowie für Personen, die der staatlichen Verwaltung eines Mitgliedstaates angehören und von ihrer Regierung in das Ge-

biet eines anderen Mitgliedstaates entsandt werden (Artikel 4 Abs. 5 der Verordnung Nr. 3),

- c) erst dann für Seeleute, wenn die Anwendung in einer weiteren Verordnung geregelt wird (Artikel 4 Abs. 6 der Verordnung Nr. 3).

Die Anwendung des vorliegenden Vertragswerkes kommt ferner in Betracht gegenüber Personen (mit Ausnahme solcher, die nicht Staatsangehörige der Mitgliedstaaten der EWG sind, aber als deren Familienangehörige oder Hinterbliebene nach Artikel 4 Abs. 2 der Verordnung Nr. 3 unter diese fallen), die Staatsangehörige anderer als der in der EWG zusammengeschlossenen Mitgliedstaaten des Europarates sind, wenn für diese Staaten das Vorläufige Europäische Abkommen über Soziale Sicherheit unter Ausschluß der Systeme für den Fall des Alters, der Invalidität und zugunsten der Hinterbliebenen oder das Vorläufige Europäische Abkommen über die Systeme der Sozialen Sicherheit für den Fall des Alters, der Invalidität und zugunsten der Hinterbliebenen, beide vom 11. Dezember 1953 (Bundesgesetzbl. 1956 II S. 507), beide für die Bundesrepublik seit dem 1. September 1956, für Belgien seit dem 1. Mai 1957 wirksam, in Kraft getreten sind.

II.

1. Abkommen

Das Abkommen regelt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Beziehungen zwischen den beiden Vertragsstaaten im Bereich der Sozialen Sicherheit mit Ausnahme der Altershilfe für Landwirte und der Arbeitslosenversicherung. Es erstreckt sich in der Bundesrepublik auf die Krankenversicherung, die Unfallversicherung, die Rentenversicherungen und die Kindergeldgesetze. Es gilt grundsätzlich für Deutsche und für belgische Staatsangehörige sowie für die Familienangehörigen und Hinterbliebenen dieser Personen (Artikel 3 Abs. 1). Es beruht im wesentlichen auf denselben Grundsätzen, die in den Verordnungen Nr. 3 und 4 enthalten sind. Dies gilt vor allem für die Vorschriften über

- a) die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in ihren Rechten und Pflichten aus der Sozialen Sicherheit (Artikel 3 Abs. 2),
- b) die — in der Regel uneingeschränkte — Gewährung von Leistungen bei Aufenthalt im anderen Staat (Artikel 4 Abs. 1),
- c) die Anwendung der deutschen oder belgischen Rechtsvorschriften (Artikel 5 bis 9),
- d) die Zusammenrechnung der nach dem Recht beider Staaten zurückgelegten Versicherungszeiten für den Erwerb und die Erhaltung von Ansprüchen, für die Begründung einer Pflichtversicherung und für die Berechnung der Geldleistungen (Artikel 11 Abs. 1 und 2, 19, 22 Abs. 2 und 3, 28 Abs. 1, 32 und 38),
- e) das Recht zur freiwilligen Weiterversicherung unter Anrechnung im anderen Staat zurückgelegter Versicherungszeiten (Artikel 10 Abs. 1),

- f) die Gewährung von Aushilfeleistungen aus der Kranken- und Unfallversicherung bei Aufenthalt in dem Staat, in dem nicht der zuständige Träger seinen Sitz hat (Artikel 12 bis 15, 18, 33 und 34),
- g) die Gewährung von Teilrenten aus den Rentenversicherungen, wenn der Berechtigte in beiden Staaten versichert war (Artikel 22 Abs. 3),
- h) die Berücksichtigung von Arbeitsunfällen, die nach dem Recht des einen Staates als solche gelten, bei der Feststellung der Entschädigungspflicht und der Minderung der Erwerbsfähigkeit durch die Versicherungsträger im anderen Staat (Artikel 35),
- i) die Entschädigung von Berufskrankheiten, wenn der Erkrankte in beiden Staaten eine gefährdende Beschäftigung ausgeübt hat (Artikel 36),
- k) die Anwendung des Abkommens auch auf Versicherungszeiten und Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten zurückgelegt oder eingetreten sind (Artikel 54 Abs. 2 und 3).

Auch in Gliederung und Aufbau gleicht das Abkommen der Verordnung Nr. 3. Es enthält folgende Abschnitte:

Allgemeine Bestimmungen	(Artikel 1 bis 10),
Krankenversicherung	(Artikel 11 bis 21),
Rentenversicherung	(Artikel 22 bis 32),
Unfallversicherung	(Artikel 33 bis 37),
Familienbeihilfen	(Artikel 38),
Verschiedene Bestimmungen	(Artikel 39 bis 53),
Übergangs- und Schlußbestimmungen	(Artikel 54 bis 57).

2. Schlußprotokoll

Das Schlußprotokoll regelt insbesondere

- a) die Einbeziehung des Landes Berlin in das Vertragswerk (Artikel 1 und 2),
- b) die Behandlung der in den Gebieten Eupen-Malmedy und St. Vith vor ihrer Wiedereingliederung in das belgische Staatsgebiet zurückgelegten Versicherungszeiten und eingetretenen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten (Artikel 3), wobei die Versicherungslast jeweils den Versicherungsträgern des Staates zugewiesen werden, der die Deckungsmittel erhalten hat,
- c) die Behandlung der sozialversicherungsrechtlichen Ansprüche und Anwartschaften, die in den seit Ende des zweiten Weltkrieges vorübergehend unter belgischer Auftragsverwaltung gewesenen, auf Grund des deutsch-belgischen Vertrages vom 24. September 1956 (Bundesgesetzbl. 1958 II S. 262) am 27. August 1956 der Bundesrepublik eingegliederten deutschen Gebieten erworben wurden, wobei vom Tage der Eingliederung an unter Wahrung der auf Grund der vorherigen Zugehörigkeit zur belgischen Sozialver-

sicherung erworbenen Ansprüche das deutsche Recht gelten soll (Artikel 4),

- d) die Zahlung vorläufiger Vorschüsse der beiderseitigen Versicherungsträger während des Rentenfeststellungsverfahrens (Artikel 6),
- e) die Einbeziehung der Flüchtlinge im Sinne des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Bundesgesetzbl. 1953 II S. 559), das für die Bundesrepublik und für Belgien am 22. April 1954 in Kraft getreten ist (Artikel 8).

3. Erste Zusatzvereinbarung

Die Erste Zusatzvereinbarung legt den Begriff des Grenzgängers fest (Artikel 1) und enthält diese Personen begünstigende Vorschriften, die neben dem Abkommen gelten sollen (Artikel 2), und insbesondere die Gewährung der Sachleistungen in der Krankenversicherung und in der Unfallversicherung (Artikel 3 bis 9), die Entschädigung bei Wegeunfällen (Artikel 10) und die Gewährung der Familienbeihilfen (Artikel 11 und 12) regeln.

4. Zweite Zusatzvereinbarung

Die Zweite Zusatzvereinbarung gilt für die nach dem Recht eines Staates oder beider Staaten knappschaftlich Versicherten und ihre Hinterbliebenen (Artikel 1). Sie enthält für diese Personen Vorschriften, die neben dem Abkommen gelten sollen (Artikel 2). Sie regeln vor allem den Umfang der Gleichstellung der nach den Vorschriften des einen Staates zurückgelegten knappschaftlichen Versicherungszeiten mit denen, die nach den Vorschriften des anderen Staates zurückgelegt wurden (Artikel 3 bis 6), die Erhaltung der in der belgischen knappschaftlichen Altersversicherung vorgeschriebenen Anwartschaft (Artikel 7), die Gewährung von Invaliditätsrenten (Artikel 8) und Waisenrenten (Artikel 9) und das Verfahren bei Zusammentreffen einer belgischen Invaliditätsrente mit einer Rente aus der deutschen Unfallversicherung wegen einer Berufskrankheit, die während der Beschäftigung im Bergbau eingetreten ist (Artikel 10).

5. Dritte Zusatzvereinbarung

Die Dritte Zusatzvereinbarung ist besonders bedeutsam für die deutsch-belgischen Beziehungen in der Sozialversicherung. Sie dient, wie auch einzelne Vorschriften des Schlußprotokolls, der Bereinigung der Vergangenheit. Sie verlegt das Wirksamwerden der in Betracht kommenden Vorschriften der übrigen Teile des Vertragswerkes, das allgemein am 1. Januar 1959 in Kraft tritt, insbesondere auch der Vorschriften über die Zusammenrechnung der in den Versicherungen jedes Staates zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und über die Gewährung von Teilrenten in den Rentenversicherungen, auf den 1. Oktober 1944 vor (Artikel 1). Bis zu diesem Tage wurden die beiderseitigen Verpflichtungen zur Rentenzahlung gegenüber den Staatsangehörigen des

anderen Staates und gegenüber Personen, die sich im anderen Staat aufhielten, im allgemeinen erfüllt. Die beiderseitigen Versicherungsträger haben für die Zeit vor dem Inkrafttreten des Abkommens, frühestens für die Zeit vom 1. Oktober 1944 an, die Renten nachzuzahlen, die sie nach den jeweils in Kraft gewesenen innerstaatlichen Vorschriften und unter Berücksichtigung der nach Artikel 1 schon von diesem Tage an anzuwendenden Vorschriften des Abkommens schulden (Artikel 2). Zuständigkeit und Verfahren für die Nachzahlungen sind im einzelnen geregelt (Artikel 3 bis 7).

6. Zusatzprotokoll

Das Zusatzprotokoll, das erst am 10. November 1960 unterzeichnet wurde, enthält redaktionelle Änderungen des Vertragswerkes (Artikel 1 und 6), bestimmt, daß dieses zur Vereinfachung und Erleichterung an demselben Tage wie die Verordnungen Nr. 3 und 4, nämlich am 1. Januar 1959 in Kraft treten soll (Artikel 2) und sieht für einige Vorschriften der Dritten Zusatzvereinbarung und des Schlußprotokolls Änderungen vor, die aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen geboten waren (Artikel 3, 4, 5 und 7).